

TAGESSCHAU

POLITIK

Gemayel gibt nach: Der libanesisch-syrische Präsident Assad traf Syriens Staatschef Assad in Damaskus. Dieser hatte als Vorbedingung verlangt, dass Gemayel das Abkommen mit Israel aufkündigt. Der saudische König Fahd warnt die USA vor einem totalen Rückzug aus Libanon.

Vatikan/SSR: Der vatikanische Sonderbotschafter Poggi nahm gestern in Prag Verhandlungen über eine Entspannung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat auf. Die SSR gilt als „Vorreiter“ bei der Repression der Kirche im Ostblock. (S. 5)

Italien: Nach innerparteilichen Kämpfen ist Ciriaco De Mita für zwei Jahre als Chef der Christdemokraten bestätigt worden.

Ausbildungsplätze: Der Bedarf für 1984 wird von der Bundesregierung mit 735 000 veranschlagt. 1983 wurden 697 000 Lehrstellen angeboten. (S. 4)

Zene: Die UdSSR hat eine 200-Meilen-Wirtschaftszone vor ihren Küsten mit sofortiger Wirkung proklamiert.

Flick-Ausschluss: Ex-Kanzler Schmidt bestritt, Einfluss auf die Steuerbefreiung für den Flick-Konzern wegen der Anlage von Gewinnen aus dem Verkauf von Mercedes-Aktien genommen zu haben. (S. 5)

US-Vorwahlen: Nach dem Überwachungsbeschluss von Senator Gary Hart über den früheren Vizepräsidenten Mondale in New Hampshire, ist der Ausgang der Vorwahlen zur demokratischen Präsidentschaftskandidatur wieder völlig offen. Mondale, bisher hoher Favorit, erhielt 29, Hart 40 Prozent der Stimmen. (S. 3)

NATO: Irritiert über die „gegenwärtige Mode“, den Stand des Bündnisses herunterzuspielen, äußerte sich der Europa-Direktor im US-Außenministerium, Richard Burt. Das Argument, die NATO müsse rekonstruiert werden, sei „vollkommen bizarr“. (WELT-Gespräch S. 1)

Polen: Die katholische Kirche wolle keine politische Rolle spielen und habe nicht die Absicht, christliche Gewerkschaften zu gründen, erklärte Primas Glemp. (S. 8)

Schwarzarbeiter: Mit der Vergabe von Ausweisarten für Bauarbeiter will Bonn gegen die Schwarzarbeit vorgehen. Außerdem soll die illegale Beschäftigung von Ausländern künftig strafbar sein.

Heute Strauß bei Kanzler Sinowatz in Wien. - Israels Verteidigungsminister Arens trifft US-Außenminister Shultz in Washington. - Eröffnung des 54. Generals Autonomials.

ZITAT DES TAGES



„Ich werde keinem einzigen Streit aus dem Wege gehen, um mein Ziel, die Besserstellung der Familien, zu erreichen.“

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU)

WIRTSCHAFT

Innenderischer Handel: Der Umsatz stieg 1983 um acht Prozent auf 15,2 Milliarden DM. Lieferungen und Bestände der Bundesrepublik beliefen sich auf 7,08 bzw. 7,56 Milliarden DM. (S. 9)

Klöckner-Humboldt-Deutz: Trotz eines Umsatzrückgangs der AG um vier Prozent auf 3,77 Milliarden DM 1983 wird wieder mit einer Dividende von 7,50 DM pro 50-DM-Aktie gerechnet.

Goldmarkt: Nach einem Rückgang der Nachfrage um 17 Prozent zwischen 1980 und 1983 rechnet das DIW für dieses Jahr aufgrund der Aufschwungtendenzen wieder mit einer Belebung. (S. 9)

Golf-Öl: Der Verkauf der fünf größten US-Ölgesellschaften scheint beschlossene Sache zu sein. Favorit unter den potentiellen Käufern ist Atlantic Richfield. (S. 11)

US-Wirtschaft: Das Handelsbilanzdefizit stieg im Januar auf eine Rekordhöhe von 9,47 Milliarden Dollar, teilte das Handelsministerium mit.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten konnten sich die Kurse in etwa behaupten. Auch am Rentenmarkt lagen die Kurse stabil. WELT-Aktienindex 150,1 (151,2). Dollar-Mittelkurs 2,8068 (2,8031). Mark Goldpreis je Feinunze 394,25 (399,25) Dollar.

KULTUR

Samizdat aus Dresden: „Gedichte“ ist das erste aus der DDR in den Westen gelangte Selbstverlag gedruckte Buch der drei Autoren Theilmann, Anderson und Wüstefeld. Siegmar Faust empfiehlt, sich das Bändchen bei den Autoren selbst zu besorgen. (S. 15)

Schreier: Im Wiener Funkhaus wird die konzertante Aufführung des Schreier-Einakters „Das Spielwerk“ (in der revidierten Fassung von 1920) aus Anlaß der 50. Wiederkehr des Todesfalls des Komponisten zu einem faszinierend „modernen Erlebnis“. (S. 15)

SPORT

Bob: Der am 5. Februar in Cervinia schwer verunglückte Michael Sperr ist wieder ansprechbar und kann sogar aufstehen. Sperr, der in München behandelt wird, war 18 Tage ohne Bewußtsein.

Feßball: In einem Freundschaftsspiel der Nationalmannschaften schlug die deutsche Elf Belgien mit 1:0 (0:0). Den einzigen Treffer erzielte Voller durch Foulelfmeter in der 78. Minute.

AUS ALLER WELT

Flugunglück: Beim Abstieg einer Transportmaschine der US-Luftwaffe kamen in Nordspanien alle 18 Insassen ums Leben. Am New Yorker Kennedy-Flughafen gab es acht Verletzte, als ein Großraumflugzeug der SAS über die Rollbahn hinauschoß und in die Jamaica-Bucht rutschte.

Freie Fahrt: Seit gestern morgen rollt der Verkehr an den österreichisch-italienischen und bayerisch-schweizerischen Übergängen wieder. Die Lkw-Fahrer gaben die Blockaden auf. (S. 16)

Wetter: Bewölkt, vorwiegend niederschlagsfrei. 2 bis 7 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Der Krug am Brunnen. L. Schmidt-Mühlisch über die Deutschland-Politik. S. 2

Bären: Hoffen auf Ausländer. Leo Fischer zur Kursentwicklung deutscher Aktien. S. 9

Entbürokratisierung: Dem Amtschimmel soll das Wiehern vergehen. Von H. Gieskes. S. 3

Leichtathletik: Olympia ohne Weltrekordlerin Zola Budd - weil sie Südafrikanerin ist. S. 14

Bonn: Zimmermann und Stoltenberg und die Probleme des Bundesgrenzschutzes. S. 4

Fernsehen: Klon - der Abend für erwachende Herzen; heute von Radio Bremen. S. 14

Atomraketen: Karsten Voigt übt in Paris heftige Kritik an Frankreichs Militärlpolitik. S. 6

Neujahrsgedichte: „Glück ohne Ende“ versprechen in China verschickte Holzschnitte. S. 15

Forum: Personalien und Leserbrief. In der Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 7

Gilberg: „Idenwettbewerb“ zur Entscheidung der Deponie in Hamburg-Georgswerder. S. 16

Saudis warnen USA vor Rückzug aus Libanon. Gemayel bei Assad

Beirut: Abkommen mit Israel wird aufgehoben / „Ohrfeige für Amerika“

DW, Damaskus/Washington
 Das als Vermittler im libanesischen Bürgerkrieg engagierte Königreich Saudi-Arabien dringt offensichtlich darauf, daß die Vereinigten Staaten weiter eine aktive politische Rolle in dem Krisen-Land spielen. Die „Washington Post“ zitierte gestern aus einem Brief von König Fahd an Präsident Reagan: Ein Rückzug der USA aus Libanon könne dem amerikanischen Einfluß im Nahen Osten nicht wiedergutmachenden Schaden zufügen.

Die „Post“ brachte ihre Meldung just zu dem Zeitpunkt auf den Medienmarkt, zu dem der syrische Staatspräsident Assad und der libanesisch-saudiische König Fahd in Damaskus zu einem einhelfstündigen Gespräch über die Libanon-Krise zusammentrafen. Aus Beirut verlautete dazu, Gemayel habe dem Drängen seiner von Syrien unterstützten Gegner nachgegeben und werde das libanesisch-israelische Truppenabzugsabkommen vom 17. Mai 1983 aufkündigen.

Islamische Persönlichkeiten in Beirut ließen wissen, die Regierung des amtierenden libanesischen Ministerpräsidenten Wazzan werde zu einer

letzten Kabinettsitzung einberufen, um den Gesetzentwurf für die Aufkündigung des Truppenabzugs zu erarbeiten. Dieser Entwurf werde dann dem libanesischen Parlament zur Verabschiedung zugeleitet. Die Annullierung des Truppenabzugs würde den Weg zur Wiederaufnahme der Friedenskonferenz der Regierung mit ihren von Syrien unterstützten Gegnern freimachen.

Aus diplomatischen Kreisen in Washington verlautete, Gemayel strebe ein Abkommen mit Syrien an, weil die USA ihm vergangene Woche eine Bitte um militärische Unterstützung gegen die drusischen und schiitischen Milizen abgeschlagen hätten. Gemayels Reise nach Damaskus sei das Ergebnis der Weigerung Washingtons, den weiteren Vormarsch der Oppositionsmilizen durch die Feuerkraft der US-Schiffe und -Flugzeuge zu stoppen. Syrien scheine bereit zu sein, sich mit Gemayel zu arrangieren, wenn dieser auf eine Zusammenarbeit mit Damaskus eingehen, sagte ein Diplomat, der nicht genannt werden wollte.

Die Sozialistische Fortschrittspartei des Drusenführers Dschumblatt

erklärte gestern über ihren Sender, die Annullierung des Abkommens mit Israel wäre ein Sieg der Opposition und eine „Ohrfeige für Amerika“. Sie würde beweisen, daß Libanon gar nichts anderes sein könne als ein arabischer Staat.

Die israelische Regierung versucht nach einer Meldung des staatlichen Rundfunks zu erkunden, ob die USA eine neue Nahost-Friedensinitiative erwägen, die den Gesprächen des jordanischen Königs Hussein mit dem nach Amman gekommenen PLO-Chef Arafat Rechnung trägt. Vermutlich geht es bei den Gesprächen darum, ob der von Arafat geführte PLO-Flügel Jordanien ein Verhandlungsmandat für die Palästinenser bei künftigen Nahost-Verhandlungen überträgt, weil Israel direkte Gespräche mit der PLO ablehnt.

In diesem Zusammenhang meldete der israelische Rundfunk, US-Außenminister Shultz habe den israelischen Oppositionsführer Peres wissen lassen, daß König Hussein gegenüber den USA angedeutet habe, sein Land werde sich in den nächsten Wochen dem Nahost-Friedensprozess anschließen.

Washington auf Distanz zu Kissinger

Burt in einem WELT-Interview: Vorschläge sind „vollkommen bizarr“

TH. KIELINGER, Washington
 In höchst offizieller Form und in entschiedenem Ton hat sich die Reagan-Administration vor dem Aufsatze Henry Kissingers zur Reform der NATO (WELT vom 27., 28. und 29.2.) distanziert. In einem Interview, das der Europa-Direktor des State Department, Richard Burt, am Dienstagabend der WELT zu dieser Frage gab, sagte der amerikanische Diplomat: „Argumente (wie die von Kissinger vorgetragenen), daß die NATO rekonstruiert werden müsse, sind vollkommen bizarr.“

Burt zeigte sich, nach eigenen Worten, „frustriert“ über diese „gegenwärtige Mode, den Stand der Bündnisbeziehungen herabzusetzen“. Es gebe offensichtlich eine Gruppe von nicht mehr im Amt befindlichen Offizieren, „die lauter alte Schlachten kämpfen“. Verwundet äußerte er sich darüber hinaus über die Presse, die solche Äußerungen prominent aufgriffe. Er habe mit Staunen die breiten Seiten-Aufmachungen in der WELT und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ über den Kissinger-Aufsatz zur Kenntnis genommen. „Das alles gibt nicht den wirklichen Stand des Bündnisses wieder“, bemerkte Burt. Die Allianz funktioniere heute „so gut wie lange nicht mehr“.

In der Sowjetunion, so fuhr der Politiker fort, müsse man wahrscheinlich „sehr perplex“ sein über „diese seltsame Debatte“, die da geführt werde. „Moskau hat gerade eine Schlacht in Europa, um die Raketenstationierung im großen Stil verloren, und nun entziehen wir diese Diskussion.“

Kissinger hatte in seinem im Magazin „Time“ von dieser Woche abgedruckten Aufsatz unter anderem geschrieben, die Europäer müßten damit rechnen, daß die USA ihre Truppenpräsenz in Europa um bis zur Hälfte verringern würden, wenn Europa nicht einen größeren Beitrag zur konventionellen Verteidigung leistet. Im übrigen leide das Bündnis unter einer „inneren Unbalance“, wo eine Macht, die USA, überstark sei, und die anderen Mitglieder sich meistens den Entscheidungen der Stärksten „fugten“. Solch ein Verhältnis müsse „Selbsthaß und Schuldgefühle“ bei den „abhängigen“ Nationen auslösen.

Gegen beide Argumente erhob Richard Burt scharfe Einwände. „Wer glaubt, man könne die Europäer zu Mehrausgaben für die Verteidigung dadurch bewegen, daß man als USA

weniger tut, der irt sich gewaltig“, sagte er. Sicher sei nicht alles zum Besten mit der konventionellen Verteidigung, „aber es wird viel getan, und es wird mehr getan, davon kann man ausgehen.“

Gerade empört gab sich der Diplomat über Kissingers Ausführungen zur „inneren Unbalance“ der NATO. „Der Konsultationsprozess, wie er heute im Bündnis üblich ist“, meinte Burt, „zeigt, daß die Allianz gesund ist. Lassen Sie mich daran erinnern: Wir haben - siehe die Geschichte der INF-Konsultationen - eine grundlegende Veränderung der Entscheidungsmechanismen innerhalb der NATO vor uns. Nicht mehr die USA entscheiden, vielmehr herrscht eine pluralistische Beschlußfindung, wie sie noch nie in unserem Bündnis bestanden hat. Es wird diskutiert über brauchbare, über die besten Ideen, da können Vorschläge von jedem Mitglied kommen, auch von Luxemburg, und sie werden gleichrangig berücksichtigt.“

Auch den von Kissinger erhobenen Vorwurf, die Alliierten hätten nur noch einen verminderten Begriff von der sowjetischen Bedrohung, wies Burt entschieden zurück, indem er

Lösung im Fall der Stoph-Nichte?

„DDR“ deutet Straffreiheit und Ausreise an / Weitere 14 Flüchtlinge in Prager Botschaft

MANFRED SCHELL, Bonn
 In der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag haben sich neben der vierköpfigen Familie der Nichte von „DDR“-Ministerpräsident Stoph, Ingrid Berg, noch weitere 14 Personen aus Mittelsdeutschland auf, die ebenfalls ausreisen wollen. Nach den in Bonn vorliegenden Informationen haben sie in den vergangenen Tagen in der Botschaft Zuflucht gesucht.

Inzwischen zeichnet sich eine Lösung des Falles der Familie Berg ab. Gestern nachmittag ließ es in Regierungskreisen in Bonn, die „DDR“ sei jetzt offenkundig bereit, bei einer Rückkehr der Familie Straffreiheit zuzusichern und ihr dann alsbald eine Ausreisegenehmigung zu erteilen. Einen solchen Kompromiß hatte die Bundesregierung auf diskretem Wege angestrebt, nachdem sich Ost-Berlin von Anfang an geweigert hatte, einer sofortigen Ausreise zuzustimmen. Allerdings haben Ingrid Berg,

die Nichte Stophs, und deren Ehemann Hans-Dieter Berg, die mit ihren zwei Kindern und der Schwiegermutter der Frau in die Botschaft geflüchtet sind, noch Vorbehalte gegen eine solche Übereinkunft. Sie hegen Zweifel daran, daß sich die „DDR“ an Zusagen dieser Art halten werde.

Die Kontakte zwischen der Bundesregierung und der SED-Führung in Ost-Berlin laufen über den Ver-

SEITE 4:

Der Stabschef des Krim

trauten von SED-Generalsekretär Honecker, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel. Dieser war am Wochenende in West-Berlin mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel zusammengetroffen. Die Bundesregierung war darüber vorab nicht unterrichtet worden, sondern hatte erst nachträglich davon erfahren. Von einem Auftrag der Regierung an den SPD-Politiker, so hieß es in Regie-

runkskreisen, könne keine Rede sein. Außerdem habe man schon zu diesem Zeitpunkt in engem Kontakt mit dem Ostberliner Rechtsanwalt gestanden.

Bis zum gestrigen Nachmittag hatte es den Anschein gehabt, als wolle die „DDR“ im Falle der Familie Berg hart bleiben und ein Exempel statuieren. Dies hätte bedeutet, daß die fünf Personen auf unabsehbare Zeit in der Botschaft hätten bleiben müssen. Bundeskanzler Helmut Kohl hat angesichts dieser Entwicklung in der Kabinettsitzung alle Beteiligten gebeten, auch weiterhin mit großer Behutsamkeit und vor allem mit Diskretion vorzugehen. Direkte Kontakte zwischen Kohl und SED-Generalsekretär Honecker soll es in dieser Angelegenheit nicht gegeben haben.

Der Bundesminister für innerschweizerische Beziehungen, Heinrich Winkler, berichtete auf Bitten des Kanzlers in der Kabinettsitzung über den

Kritik an der Abtreibung wächst

DW/KNA, Bonn
 Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Friedrich Kronenberg, hat die Politik aufgefordert, aus der zunehmend kritischen Beurteilung der Abtreibungspraxis in der Bevölkerung Konsequenzen zu ziehen. Kronenberg, CDU-Bundestagsabgeordneter, bezog sich gegenüber der WELT auf Trendumkehrungen des Instituts für Demoskopie in Allensbach. Die Meinungsforscher hätten herausgefunden, daß sich seit 1973 bemerkenswerte Veränderungen in der Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch ergeben haben. Sie wurden jetzt erstmals in der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur / Christ und Welt“ veröffentlicht.

Nach den Umfrageergebnissen hielten 1982 insgesamt 44 Prozent der Personen, die älter als 16 Jahre wa-

ren, Abtreibung für „nicht gut“. 1974 waren es nur 38 Prozent. Gleichzeitig ging die positive Beurteilung der Abtreibung von 40 auf 32 Prozent zurück. Die Gleichsetzung der Abtreibung mit Mord wurde im Oktober 1979 nur von einem Viertel der Bevölkerung akzeptiert, im Sommer 1983 von 35 Prozent. Mehr als zwei Drittel datieren heute den Beginn menschlichen Lebens auf den Zeitpunkt der Zeugung und sehen Abtreibung deshalb grundsätzlich als Tötung menschlichen Lebens an.

Nach den Ermittlungen des Allensbacher Instituts wird die geltende Indikationsregelung heute zwar von 53 Prozent der Bevölkerung akzeptiert (1973: 40 Prozent), doch stößt die „soziale Indikation“ inzwischen auf erhebliche Zurückhaltung und eine stark differenzierende Beurteilung: Die Zustimmung liegt - je nach Art

der Notlage - zwischen vier und 60 Prozent. Im Vergleich dazu halten 74 Prozent einen Schwangerschaftsabbruch wegen ethischer Indikation (etwa wegen einer vorausgegangenen Vergewaltigung) für richtig, wegen eugenischer Indikation (Erkranktheit) sogar 84 Prozent.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, 71 Prozent, hält Abtreibung für „nicht verboten“, nur 20 Prozent wissen, daß das Gesetz nach wie vor Abtreibung grundsätzlich verbietet und nur bei bestimmten Indikationen von der grundsätzlich zu verhängenden Bestrafung absieht. Kronenberg hat daher vorgeschlagen, die Bevölkerung über die bestehende Gesetzeslage und die unterschiedlichen Indikationen präziser zu informieren und die Beratung der Betroffenen in Konfliktfällen zu verbessern.

DER KOMMENTAR

Unwägbarkeiten

JÜRGEN LEMINSKI

Wichtiger als der Besuch des libanesischen Präsidenten Gemayel in Damaskus dürfte für die amerikanische Orient-Diplomatie der Brief des saudischen Königs Fahd an Präsident Reagan sein. Darin erklärt der König - wenn man dem Bericht der „Washington Post“ glauben schenkt - ein Rückzug der USA aus Libanon könne dem amerikanischen Einfluß im Nahen Osten irreparablen Schaden zufügen. Das Schreiben muß im Weißen Haus Verwirrung stiften. Noch vor wenigen Wochen hatte der Kronprinz Abdallah die USA aufgefordert, Libanon zu verlassen. Was sollen die Amerikaner nun tun?

Der Brief Fahds deutet auf interne Auseinandersetzungen im Hause Saud hin. Dem Verhältnis zum saudischen Königshaus mißt man in Washington höchste Bedeutung bei. Nun aber zeigt die Dynastie Risse. Für die Regierung Reagan erhebt sich die Frage, welcher Gruppe in Riad sie folgen, welche sie unterstützen oder ob sie auch hier einfach die Ereignisse abwarten soll. Auch für die ehemaligen Manager des seit Jahrzehnten in Saudi-Arabien wirtschaftlich hochangesehenen US-Unternehmens Bechtel - Shultz, Weinberger und andere - sind diese Fragen so einfach nicht zu beantworten.

Kronprinz Fahd befiehlt die Nationalgarde und ist als Thronanwärter hinter einem kränklichen König vielleicht schon der bestimmende Faktor der saudischen Politik. Aber er steht gleichzeitig fest an der Seite des stärksten sowjetischen Verbündeten in der Region, Syrien. Das Regime ist jedenfalls nicht stabil. Wer heute noch als verlässlicher Partner gilt, kann morgen schon um politisches Asyl nachsuchen.

Angesichts solcher Unwägbarkeiten erscheint es relativ belanglos, ob der libanesisch-Kronprinz Abdallah die USA aufgefordert, Libanon zu verlassen und sich den Syrern als der libanesischen Quälsucht anbeugt oder nicht. Assad hat ihn mit allen Ehren empfangen und ihn bestens gehofet. Es liegt im Interesse des Syrers, den Präsidenten für seine Ziele einzunehmen und als Instrument gegen die letzten Widerstandskräfte in Libanon zu verwenden - und ihn nun auch als Beispiel gegen das Vertragswerk von Camp David in Stellung zu bringen.

Im Kampf gegen Camp David kann Assad mit der Unterstützung der Saudis rechnen. Wenn Amerika nicht noch mehr an Boden verlieren will, muß es sich stärker auf seine nach Mentalität und politischer Struktur verlässlichen Partner in der Region besinnen.

Vor US-Druck auf ausländische Firmen gewarnt

dpa, New York
 Gegen die Ausdehnung von US-Vorschriften auf ausländische Unternehmen hat sich Bundeswirtschaftsminister Lambsch (FDP) ausgesprochen. Der Minister, der sich zu politischen Gesprächen in Washington aufhält, erklärte in einem dpa/VWD-Interview: „Ich werde nicht zögern, dem Kabinett einen Gesetzentwurf nach britischen Muster vorzulegen.“ Er bezog sich damit auf ein von Großbritannien in 1982 verabschiedetes Gesetz, das es britischen Unternehmen verbietet, auf Druck ausländischer Regierungen aus gültigen Lieferverträgen auszuscheiden. Seinerzeit hatte es mit Washington Auseinandersetzungen über die Lieferung britischer Kompressorstationen mit US-Turbinenschaufeln für die sibirische Gasleitung gegeben.

Eine Ausdehnung amerikanischer Rechtsvorschriften auf das Ausland über eine Revision und Verlängerung des US-Exportverwaltungsgesetzes nannte der Bundeswirtschaftsminister völlig unakzeptabel. Solche Maßnahmen aber plant Washington, falls sich ausländische Firmen nicht an US-Exportverbote für technologisch hochwertige Waren oder andere Produkte halten, die sie in den USA beziehen oder aufgrund amerikanischer Lizenzen bauen und schließlich - als Bestandteil eigener Produkte - in den Ostblock oder in andere Länder exportieren. Der Minister will auch die „Ausuferung“ einer Besteuerung ausländischer Firmenverlängerungen in verschiedenen US-Bundesstaaten ansprechen.

Gorbatschow rückt an die zweite Stelle

rtr/DW, Moskau
 Das Politbüromitglied Michail Gorbatschow (62) hat sich nach dem Urteil westlicher Diplomaten endgültig als die Nummer zweier der Parteiführung etabliert. Sie schlossen das daraus, daß Gorbatschow gestern als letzter von Ministerpräsident Tschernomyrdin und KPdSU-Generalsekretär Tschernenko seine Rede für die „Wahl“ zum Obersten Sowjet am Sonntag hielt. Nach den Regeln des sowjetischen Protokolls halten die Führungsmittelglieder ihre Vorträge in strenger Rangabfolge. Den vorletzten Auftritt hat der Regierungschef, den letzten der Generalsekretär der KPdSU.

Am 16. Februar war aufgeflogen, daß der Moskauer Verlag „Politizdat“ den Text der Rede veröffentlichte, die Gorbatschow während der außerordentlichen Sitzung des ZK der KPdSU, auf der Tschernenko zum Parteichef berufen wurde, gehalten hatte. Auch diese Veröffentlichung wurde als Indiz für die herausgehobene Position des Andropow-Vertrauten gewertet.

Damals betonte Gorbatschow die „Kontinuität“ in der sowjetischen Politik. Auf einer Versammlung in seinem „Wahlkreis“ im Nordkaukasus sprach er jetzt von der Bereitschaft der Sowjetunion, jede realistische Chance für wirkliche Verhandlungen zu nutzen, um praktische Vereinbarungen mit dem Westen zu erreichen. In der gegenwärtig komplizierten internationalen Lage, so Gorbatschow, zeige Moskau ein „Hochmaß an Verantwortung für das Schicksal des Friedens“.

Anzeige

Sie haben noch Resturlaub!

Syte

nicht nur für Strandläufer,
Palmenmüde und Frischluftfanatiker.

z. B. 7-Tage-Flugreise ab Düsseldorf

Hinflug sonntags: 4. 3., 11. 3.,
18. 3. und 25. 3. 1984
Rückflug jeweils samstags

Ferienwohnung ab DM. 499,-

Hotel Syte Plaza DM. 669,-

Preise pro Person im Doppelzimmer
(6 Übern.), Zuschlag für EZ

Reisehansa

REISEBÜRO ESSEN

Porscheplatz 101 / City-Center
4300 Essen 1
Telefon 0201 / 231086 - 87

Na, dann feiert mal schön – aber richtig!

Wenn der Karneval zur Staatsfeier wird, dann muß ein Gesetz her, oder doch zumindest eine höchstministerielle Verfügung. So dachte man im Ministerium für Kultur in Ost-Berlin – damit auch im Trübel alles seinen sozialistischen Gang geht. Auszüge aus der „Anweisung über die Bildung von Arbeitskreisen für Karnevalsklubs“ (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Kultur, 18. 12. 1980):

Zur Unterstützung der zuständigen staatlichen Organe und deren nachgeordneten Einrichtungen bei der kulturellen und methodischen Anleitung der Karnevalsklubs, die in Städten und Gemeinden, bei Klubs der Werktätigen, Dorfkubs, Jugendklubs der FDJ, Kulturhäuser, Ortsgruppen des Kulturbundes der DDR oder anderen Trägern bestehen, wird im Einvernehmen mit dem Nationalrat der Nationalen Front, dem Zentralrat der FDJ und dem Präsidialrat des Kulturbundes der DDR folgendes angewiesen:

§ 1

(1) Es wird ein Zentraler Arbeitskreis für Karnevalsklubs gebildet.

(2) Die Bildung von Bezirksarbeitskreisen für Karnevalsklubs obliegt der Entscheidung des Mitgliedes des Rates für Kultur der Bezirke.

§ 2

(1) Die Arbeitskreise für Karnevalsklubs (im folgenden Arbeitskreise genannt) sind ehrenamtliche Gremien, die das Ministerium für Kultur beziehungsweise die Abteilung Kultur der Räte der Bezirke bei der Vorbereitung von Leitungsentscheidungen beraten. Sie unterbreiten Vorschläge zur Förderung und Entwicklung der Tätigkeit der Karnevalsklubs, die der Pflege von Unterhaltung und Geselligkeit dienen.

(2) Die Arbeitskreise haben den Auftrag, folgende Grundsätze und Aufgaben in ihrer Tätigkeit zu verwirklichen:

- niveauvolle, der sozialistischen Lebensweise entsprechende Gestaltung von Unterhaltung und Geselligkeit durch die Karnevalsklubs

- Parteilichkeit, Volkverbundenheit und hohe künstlerisch-ästhetische Qualität der Programme der Karnevalsklubs

- systematische Einbeziehung der Karnevalsklubs in das geistig-kulturelle Leben der Betriebe, Genossenschaften, Wohngebiete, Organisationen und Einrichtungen

- Förderung des Klublebens und der Beziehungen zwischen den Klubs

- Qualifizierung der Klubmitglieder entsprechend den gegebenen Möglichkeiten und den Besonderheiten der Karnevalsklubs

- Entwicklung und Sammlung von Repertoire, Materialtips u. ä. und deren Popularisierung und Publikalisierung gemeinsam mit dem Zentralhaus für Kulturarbeit der DDR.

- Unterstützung der Karnevalsklubs und anderer Einrichtungen bei der Vorbereitung und Durchführung von Tagungen, Erfahrungsaustauschen, Treffen, Werkstätten und dergleichen sowie die Auswertung solcher Veranstaltungen in ihrem Wirkungsbereich

- Ausarbeitung von Analysen über Tätigkeit und Wirksamkeit der Karnevalsklubs.

§ 3

(1) Grundlage für die Tätigkeit der Arbeitskreise sind die gemäß den Beschlüssen der Partei der Arbeiterklasse, den Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften sowie den Beschlüssen der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte aufgestellten Jahresarbeitspläne des Zentralhauses für Kulturarbeit der DDR bzw. der Bezirkskabinette für Kulturarbeit.

Gary Hart – ein Mann, der eigene Wege geht

Es ist zur Fanfare geworden: Wer bei der Vorwahl in New Hampshire nicht obsiegt, hat keine Chance, Chef im Weißen Haus zu werden. Wenn dies auch 1984 gilt, dann heißt der Favorit der Demokraten nicht mehr Walter Mondale, sondern Gary Hart.

Von TH. KIELINGER

Walter Mondale hat sich nicht in acht genommen. So sicher wählte er sich seines Vorsprungs, so unschlagbar mit der Organisation, die er seit 14 Monaten in New Hampshire in Bewegung gehalten hatte, daß er drei Tage vor der Vorwahl New Hampshire bereits verließ, um im Nachbarstaat Maine auf Stimmenfang zu gehen. Und so kam, was kommen mußte: Walter Mondale unterlag in der ersten „primary“ des diesjährigen Präsidentschaftswahlkampfes; er wurde zur Strecke gebracht von Wählern, die sich durch die mächtige Publicity-Welle eines angeblich schon Gesalbten in ihrer Entscheidung bedroht fühlten.

Für die Unabhängigkeit ihrer Entscheidung sind die Leute aus New Hampshire seit 1952 berüchtigt, seit jenem Jahr, in dem dieser Staat erstmals die Vorwahlen hat eröffnen dürfen. Favoriten-Killer, so sagt man auch. Es unterlagen in New Hampshire 1952 Harry Truman, 1964 Barry Goldwater, 1968 Lyndon Johnson, 1973 Edmund Muskie, 1980 Edward Kennedy bei den Demokraten, George Bush bei den Republikanern. Eine unheimliche Serie, seit 30 Jahren ungebrochen: Noch nie ist seit 1952 ein Kandidat Präsident geworden (oder geblieben), der in New Hampshire unterlag. Wer hier siegt, muß weiß Gott nicht Präsident werden – aber wer Präsident werden will, muß auf jeden Fall in New Hampshire gewonnen haben.

Dies ist nicht politische Folklore, sondern Teil einer in den USA viel diskutierten historischen Realität, die von nun an dem New-Hampshire-Sieger Gary Hart einen ungeheuren Auftrieb in den amerikanischen Medien und weit darüber hinaus geben wird. Gleichzeitig erwirbt Mondale, im Kontext der New-Hampshire-Tradition, eine Aura des verlorenen Postens. Das Fatum heftet sich an seine Person – die Geldströme beginnen sich zu verflüchten.

Nichts lieben die Amerikaner mehr als den Wechsel, wie schon Alexis de Tocqueville bemerkte. Sie können

sich „nur an den Wechsel gewöhnen“, schrieb der Franzose vor einhundertfünfzig Jahren, „denn sie halten ihn für den natürlichen Zustand des Menschen. Sie bedürfen des Wechsels, ... scheint doch Instabilität, weit davon entfernt, Unheil zu künden, ihnen wie die Geburtshilfe für lauter Wunder um sie herum vorzukommen“.

Das neue Wunder der demokratischen Partei heißt Gary Hart, 46 Jahre alt, seit zehn Jahren demokratischer Senator im US-Kongress für seinen Heimatstaat Colorado, und für viele, vor allem jugendliche Wähler die willkommene Setzung vor Walter Mondale, den Kandidaten des Partei-Establishments.

Wenn Gary Hart lächelt, dann überträgt sich nicht nur der diskrete Charme vergangener Kennedy-Träume auf seine Umgebung – dann zeigt die neue Generation der hierarchiefrei empfindenden Demokraten ihre Zuversicht. „Neue Führung, neue Ideen“ verheißt der Demokrat aus Colorado – und schon die Verbindung aus Liberalismus und konservativem westlichen Bundesstaat läßt aufhorchen, das Ungewöhnliche vermuten, den eigenständigen, keiner Parteilinie konformen Zuschnitt.

Dieser Zug fort vom vielfachen Interessenspektrum der Partei ist für die Demokraten eine Frage des politischen Überlebens geworden. Die Demokraten in ihrem traditionellen Muster sind spendabel, immer für Steuererhöhungen gut, verteilungsfreudig und gegen das Militär eingestellt. Diese Partei hat 1980 nicht nur Jimmy Carter als Präsidenten verloren, sondern auf absehbare Zeit auch den Krieg der Ideen, der geistigen Innovation. Gary Hart weiß das, hat es seit vier Jahren auf seine intellektuelle Beharrlichkeit durchgedacht und immer artikuliert. Er führt das Abzeichen „liberal“ nicht wie einen Ketchismus mit sich, den man abfragen kann; er benutzt es als Lizenz für selbständiges Denken. Das macht ihn für Reagan gefährlicher, als Mondale, der Mann von gestern, je sein könnte.

Für die erste Überraschung der Öffentlichkeit sorgte der Jurist Hart (mit Abschied der Yale Law School), als er im ersten Anlauf 1974 den Senatsitz für Colorado gewann. Der Mann, der 1972 in einer brillanten Strategie seinem Chef George McGovern zur Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokraten verhalf – was McGovern nicht daran hinderte, im November 1972 gegen Ni-



Überraschungssieger in New Hampshire: Gary Hart. FOTO: AP

xon im größten Wahlkampf-Debakel der amerikanischen Geschichte unterzugehen – dieser Mann schien für ein Rocky-Mountain-Publikum wie in Colorado als Liberaler völlig ungeeignet.

Aber Hart war schon immer ganz anders. Er setzte sich früh für eine marktwirtschaftliche Energiepolitik ein, bekämpfte Preiskontrollen bei Öl und Gas und suchte sich in Washington ausgerechnet einen Sitz im Verteidigungsausschuß des Senats, nicht, um nur dem Pentagon die Filen zu stützen, sondern um eigene Gedanken für eine schlagkräftige US-Verteidigung zu entwickeln. So bekämpfte er zwar den B-1-Bomber und die MX-Rakete, unterstützte aber die seegestützte strategische Komponente, das Trident-Programm. Dazu will er der Navy eine wachsende Rolle zuspielen.

Er haßt teure Einzelanschaffungen wie Flugzeugträger mit Atomtrieb, möchte aber die Bereitschaft der Streitkräfte erhöhen und sich mehr auf mobiles kleineres Gerät stützen. In Zentralamerika freilich setzt er ganz auf amerikanischen militärischen Rückzug.

Im Wirtschaftspolitischen hat Gary Hart der alten Verteilungsdeologie der Liberalen tapfer den Kampf angesagt. Ihm schwebt mehr eine neue „Industriepolitik“ vor, die ähnlich wie bei der konzertierten Aktion den interessierten Partnern den Weg zu neuer Wachstumssteigerung weisen soll.

Es lebt in ihm die herbe Entschlossenheit des Westlers, der sich nicht von traditionellen Programmen majornisieren läßt, aber eine eigene Majorität zu finden beginnt. Das liebt seine Anhänger, unter denen Frauen und junge Wähler zwischen 18 und 36 Jahren den größten Anteil stellen.

Jetzt muß es noch an den großen Industriestädten des Nordostens und mittleren Nordens, wie an den Staaten des Südens, wo die traditionelle demokratische Couleur aus Minderheiten und verarmten Schichten vorherrscht, getestet werden. Aber Hart ist ein neues Gesicht, er hat eine individualistische Stimme, die über dem Dröhnen der Interessengruppen zu hören ist. Davon geht in dem großen Rausch, genannt Amerika, noch immer eine besondere Faszination aus.

Das Matterhorn hat einen neuen Besitzer

Von WALTER H. RUEB

Ungerührt und kalt ragte das Matterhorn auch gestern in den blauen Himmel. Weder Lawinen noch Eisabrisse donnerten von den Flanken der legendären 4478 Meter hohen Pyramide aus Fels, Eis und Schnee zu Tal. Dabei hatte der schönste und eintägigste Berg der Welt seinen Besitzer gewechselt. Nach höchststrittiger Entscheidung des Schweizer Bundesgerichts in Lausanne gehört das neben Wilhelm Tell, Urien und Schokolade berühmteste Wahrzeichen der Schweiz nicht der Bürgergemeinde, sondern der politischen Gemeinde.

Der Besitzwechsel beendet einen fast 20jährigen Streit. Er konfrontierte die sogenannte Bürgergemeinde mit der Municipalgemeinde: ersterer gehören 21 alteingesessene Familien mit insgesamt rund 1400 Frauen, Männern und Kindern an. Zur Municipalgemeinde dürfen sich alle im Ort zu Füßen des Matterhorns wohnenden 3700 Einwohner zurechnen. Und

es ging nur vordergründig um den legendären Berg, sondern vor allem um handfeste wirtschaftliche Interessen.

Sie sind schnell umschrieben: Die Bürger beanspruchten seit Jahrhunderten die uneingeschränkten und alleinigen Eigentums- und Nutzungsrechte am unkultivierten Land oberhalb des Dorfes. Bisher hat niemand erreicht, um wirtliche Quadratmeter Boden es sich handelt. Fest steht nur, daß die Geröllhalden, Gletscher und Felswände an den Flanken mehrerer Viertausender sich mit dem Aufkommen des Tourismus in bares Geld verwandeln ließen. Seilbahnen und Skilifte, Bergrestaurants und Alpbühnen ließen denn auch die Bürger reich, die armen Schlucker von der Municipalgemeinde aber grün vor Neid werden.

Beim Bau der höchsten Luftseilbahn der Welt zur 3820 Meter hoch gelegenen Bergstation am Kleinen Matterhorn kam es schließlich zum Eklat. Die Municipalgemeinde zog

vor Gericht. Sie bekam vom dem Waliser Kantonsgericht recht. Nicht länger dürfen die Bürger kulturfähiges Land verkaufen und den Erlös in ihre Taschen stecken, wurde in Sitten befunden. Die Bürger, längst eine Macht an Einfluß und Geld, zogen vor die höchste Instanz. Schließlich hätten sie im 16. und 17. Jahrhundert für 7397 Mörserfund und drei fette Hammel von den ehemaligen Feudalherren das gesamte Tal gekauft – samt Matterhorn, Breithorn, Castor, Polhu, Lyskamm und Monte Rosa.

Erfolg und Reichtum hatten den Blick der Bürger für die Realität getrübt. Sie wollten nicht einsehen, daß Gegenwart und modernes Recht Überbleibsel aus dem Mittelalter heute nurmehr wenig Spielraum lassen. Und sie hatten die Niederlage gegen Alexander Seiler in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts vergessen. Seiler, erster Hotelgründer in Zermatt und schließlich Vater der touristischen Entwicklung zu Füßen des Matterhorns und des heutigen

Reichtums, hatte sich das Bürgerrecht vor mehreren Gerichtsstufen erstritten, mußte jedoch eine Kompanie von schwerbewaffneten Soldaten zu Hilfe holen, um den Urteilen Achtung zu verschaffen. Der Sturz der Bürger von Zermatt sei so hart wie das Gestein vom Matterhorn oder das Eis am höchsten Berg der Schweiz, am 4634 Meter hohen Monte Rosa, den sie ebenfalls für sich beanspruchten, sagte ein Schweizer.

Trotzdem steht nicht zu befürchten, daß auch dem Urteilspruch von Lausanne mit bewaffneter Gewalt Nachachtung verschafft werden muß. Bürgerpräsident Othmar Julien ließ sich gestern zwar von niemanden sprechen, und Pessimisten rechnen bereits mit einem Rattenstich langwieriger Nachfolgeprozesse um die Besitzrechte an der Weltrekord-Bahn auf das Kleine Matterhorn; Kurdirektor Constant Cacin aber gab gestern die versöhnliche Parole aus: „Das Matterhorn gehört allen.“

Dem Amtsschimmel soll das Wiehern vergehen

Hunderte von Gesetzen, Tausende von Normen gängeln Industrie, Handel und den einzelnen Bürger. Das alles soll nun – wie schon so oft – besser werden. Entbürokratisierung heißt das Zauberwort.

Von HANNA GIESKES

Die Bundesregierung will den Amtsschimmel auf Diät setzen. Um die Bürokratie etwa beim Bau eines Eigenheims wieder auf menschliche Dimensionen zu reduzieren, soll das Baurecht bis 1986 in einem Gesetzbuch vereinheitlicht werden – auf diese Weise werden das Bundesbaugesetz, das Städtebauförderungsgesetz sowie das Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz hinfällig. Der Wirtschaftsminister will unter anderem die Vorschriften über Schlußverkäufe und das Rabattgesetz abschaffen. Alle reden von der Notwendigkeit, Verwaltung und Gesetzgebung zu vereinfachen – was dabei herauskommt, wird sich zeigen.

Notwendig ist es allemal. Wenn ein Lebensmittelkaufmann etwa 200 Gesetze und Verordnungen kennen muß, bevor er eine einzige Tüte Mehl über die Theke reichen darf, dann ist es eigentlich verwunderlich, daß überhaupt noch Lebensmittelgeschäfte existieren. Wenn Ordnungsbehörden zulassen, daß mehrere tausend Kilo Kartoffeln verderben, weil sie wegen des auf dem Etikett fehlenden Vermerks „mehlig-festkochend“ den Verkauf untersagen – so vor einiger Zeit in Hessen geschehen – dann ist offenbar mit der geistigen Verfassung dieser Ordnungshüter einiges nicht in Ordnung. Und wenn die Kommission der Europäischen Gemeinschaft in einem Richtlinienentwurf festlegt, daß Schenkelpferde demnächst eine Art TÜV zu absolvieren haben, dann hilft nur noch Wiehern.

Die Richtlinien sind wie eine Hydra

Das indes vergeht einem schnell: Dem CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Helmrich war es zwar in zäher Kleinarbeit gelungen, große Teile dieser Richtlinie bei der Kommission „abzuschießen“, aber nun machen die EG-Beamten, weil sie an ihrer eigenen Arbeit eben besonders hängen, aus den herausgenommenen Teilen zwei Richtlinien. Als ob sie der stauenden Öffentlichkeit demonstrieren wollten, wie eine Hydra funktioniert: „Schlagt ihr mir einen Kopf ab, dann wachsen mir eben zwei nach.“

Kein Wunder, daß die Wirtschaft über ständige Behinderung durch die Bürokratie klagt. Doch auf der anderen Seite gebärdet sie sich selbst als Motor der Bürokratisierung. Da gibt es zum Beispiel in Berlin ein Institut für Industrie-Normen, in dem die Wirtschaft maßgebend ist. Dieses Institut spuckt jährlich über 1600 neue Normen aus. Etliche davon sind sicher sehr nützlich: Es wäre zweifellos unangenehm, wenn Glühlampen nicht in Fassungen paßten, weil jeder Hersteller nach eigenem Gusto verfährt, oder wenn plötzlich die Hälfte aller Schrauben Linksgewinde hätte, so daß die Hälfte aller Muttern Schrott wäre. Aber muß nun Beispiel DIN Nr. 66362 sein, Entwurf einer Norm zur Herstellung von Luftballons?

Für seinen Bereich hat Bundesbauminister Schneider das Normenwesen bereits gründlich durchforstet. Etwa die Hälfte aller Neuauflagen wurden schon im vergangenen Jahr von den zuständigen Behörden abgelehnt, und demnächst will der Minister mit seinen Kollegen aus den Bun-

desländern die Zahl der 250 eingeführten Normen am Bau auf 100 reduzieren.

Im übrigen aber ist es Sache der Wirtschaft, die Überproduktion an Normen zu drosseln, und auch das scheint nicht ganz leicht zu sein. Böse Zungen behaupten sogar, daß die Wirtschaft diese Normen dringend brauche, um sich unliebsame ausländische Wettbewerber vom Hals zu halten.

Freilich ist es nicht damit getan, einmal mit einem eisernen Besen durch die Bürokratie zu kehren und dann nie wieder. „Das ist ein Dauerproblem, mit dem wir ständig kämpfen müssen“, sagt Herbert Helmrich, der vor anderthalb Jahren die „Gesellschaft zur Förderung der Entbürokratisierung“ gegründet und damit in Fachkreisen inzwischen Respekt gewonnen hat. Er möchte in der Öffentlichkeit Verständnis auch dafür wecken, „daß man nicht alles und jedes regeln kann“. Am Ende habe die Gesellschaft nämlich verlernt, ihre Selbstregulierungskräfte zu mobilisieren.

Auch der Schlußverkauf soll verschwinden

Graf Lambsdorff, der die Regelung der Schlußverkäufe abschaffen will, traut der Wirtschaft dies offenbar noch zu. Obwohl Winter- und Sommerschlußverkauf in den letzten Jahren mehr und mehr zu einer Farce geworden sind – die Preise werden ja regelmäßig schon Wochen vorher kräftig reduziert – verteidigt vor allem die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels dieses Institut mit dem Hinweis, daß der Handel bei Abschaffung in eine Art Kannibalisierung zurückfallen müßte.

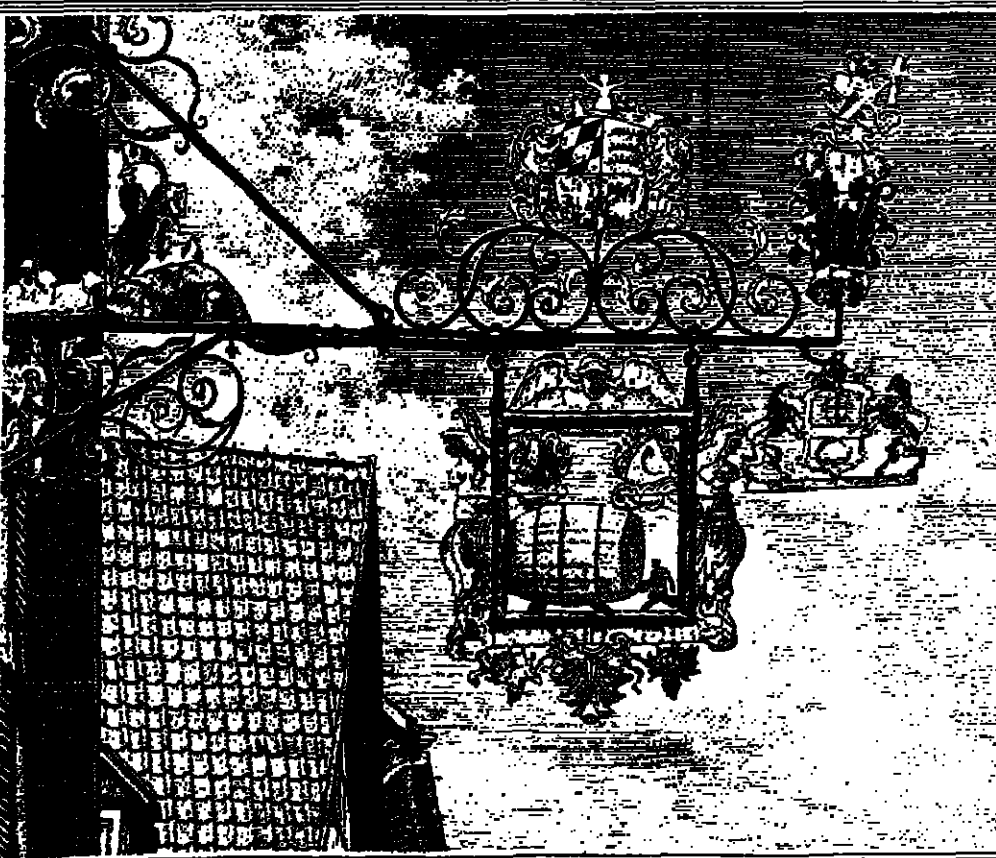
„Profitieren würden unseriose Anbieter und Gauner“, heißt es in ihrem Protest auf den Kabinettsentwurf der Bundesregierung, „und auf der Verliererseite stünden solche mittelständischen Handelsunternehmen, die ihren Erfolg bisher auf reelles Geschäftsgeheimnis stützen konnten.“ Hauptverlierer bei der vorgeschlagenen Abschaffung des Rabattgesetzes wäre die Masse der Verbraucher, „die zum Feilschen nicht gerissen genug ist“.

Das darf zwar nicht ganz wörtlich genommen werden, aber es muß wohl die Frage an den Bundeswirtschaftsminister erlaubt sein, ob er tatsächlich glaubt, seine Vorstellungen, und seien sie auch noch so vernünftig, gegen den Handel durchsetzen zu können. Die Vermutung liegt nahe, daß er es nicht glaubt. Warum er es dann trotzdem versucht? Vielleicht, um diejenigen, die immer so laut nach Entbürokratisierung rufen, in Verlegenheit zu bringen, weil sie sich ja nun dagegen wehren?

Was auch immer der Wirtschaftsminister glauben mag – deutlich wird jedenfalls schon jetzt, daß die Entbürokratisierung nach demselben Grundsatz gehandelt wird wie Hauskürzungen: Nach dem Sankt-Florian-Prinzip nämlich, wo man doch, bitteschön, des Nachbarn Haus anzünden möchte. Wenn der Bundesbauminister zwecks Verbilligung des Eigenheimbaus die Zahl der im Schlafzimmer vorgeschriebenen Steckdosen von fünf auf vier reduzieren möchte, „dann geht in der Wirtschaft das Geschrei los“, heißt es im Hause Schneider. Und wenn der Wirtschaftsminister die Schlußverkäufe abschaffen will – siehe oben.

Der Abgeordnete Helmrich, den der Bundesinnenminister jetzt in seine Entbürokratisierungskommission berufen hat, wird noch eine Menge Arbeit haben, bis das öffentliche Bewußtsein bereit ist, dem Amtsschimmel die Rationen zu kürzen.

Heute wie in alter Zeit ein Zeichen guter Gastlichkeit



Zum faß

Gar manches ist für den aufmerksamen Betrachter auf diesem nun annähernd zweihundert Jahre alten Wirtshausfaß zu sehen: ein zwei Mann hohes Faß und ein eiliger Wirt, zwei barbusige Damen ohne Unterleib rechts und links, verschiedene Wappen und Weinlaub – auch ein holder Engel, der im Mittelfeld thront. Aber das ist noch nicht alles: Wappenstein umgeben ein gekröntes Mühlrad mit samt einer Brezel, ein großer Löwe mit üppigem Blütenkranz hält Petri Schlüssel, und neben dem Wappen der Grafen von Arach rückt noch ein Fuhrwerk mit Geleitzschwarz heran.

So also hat ein bedachter Kunstschmied die ihm gestellte schwierige Aufgabe erfüllt und sein Bestes gegeben – und das in rührender Vielfalt. Da liegt es sehr nahe, daß sicherlich auch die Wirtin hier einfl alles aus Küche und Keller aufgetoben haben, ihre Gäste vollends zufrieden zu stellen. Jetzt wird es nicht anders sein. Daß aber zu guter Speise auch ein ergebender Trunk gehört, nicht gleich ein ganzes Faß, aber vielleicht ein oder zwei Gläschen Asbach-Uralt aus Rüdesheim am Rhein, als vollendenden Abschluß eines guten Mahles, das ist gewiß als allgemein bekannt vorauszusetzen.

Asbach-Uralt

Im Asbach-Uralt ist der Geist des Weines!

Zimmermann, Stoltenberg und die Probleme des Bundesgrenzschutzes

Dem BGS droht im personellen Bereich eine Überalterung und ein Absinken der Stärke

MANFRED SCHELL, Bonn
Der Bundesgrenzschutz (BGS) steht hinsichtlich seiner personellen Entwicklung vor großen Problemen. Aber auch Erklärungen aus dem Bereich der BGS-Kommandeure haben im Bundesinnenministerium zu einem gewissen Unmut geführt, so daß man dort an den Primat der Politik erinnert, der übrigens auch für die Generalität der Bundeswehr gilt. Innenminister Friedrich Zimmermann hat klargestellt, daß es bei der polizeiorientierten Konzeption des BGS und der damit einhergehenden Bemühungen um eine Verstärkung des Verbandscharakters bleibt, stärkere militärische Vorstellungen aber nicht gewollt sind.

Was die personelle Situation des BGS betrifft, so droht eine gewisse Überalterung. Gleichzeitig besteht das Risiko, daß die Gesamtpersonalstärke des BGS absinkt. Die Bundesländer übernehmen - entgegen ursprünglichen Absichtserklärungen - pro Jahr nur 400 bis 500 BGS-Beamte in ihren Polizeidienst. Dieser personelle Abgang soll nach den Vorstellungen Zimmermanns durch Neueinstellungen jüngerer Kräfte ausgeglichen werden. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg aber weigert sich einstellen noch, die notwendigen Mittel dafür zu genehmigen, so daß in Kürze die Haushalts- und Finanzpolitik des Bundesstaates gefordert sein werden.

Die Überlegungen, im BGS „Zeitbeamtete“ zu schaffen, hat der Bundesinnenminister wegen der daraus ent-

stehenden „Folgewirkungen“ abgelehnt. Ausbildungsprobleme wären entstanden, es hätten Abfindungen gezahlt und Umstellungsregelungen geschaffen werden müssen. Um einen Ausweg zu finden, hat der Bundesinnenminister dem Finanzminister vorgeschlagen, die Zollverwaltung, immerhin 30 000 Mann stark, solle ihren Nachwuchs aus dem BGS nehmen. Der Zoll braucht jährlich etwa 700 Personen.

Bundesfinanzminister Stoltenberg, für die Zollverwaltung zuständig, hat sich dagegen gesperrt. Er hat im Gegenzug die Forderung erhoben, der Grenzschutzeinzelstand müsse dann in den Zoll eingegliedert werden. Dies wiederum wollte Zimmermann nicht, denn Stoltenberg wäre - von anderen Überlegungen abgesehen - dann wohl der erste Finanzminister, der auch für die Sicherheit an den deutschen Grenzen zuständig wäre. Das prinzipielle Argument des Bundesfinanzministers gegen die Bereitstellung der vom Bundesinnenminister geforderten Stellen, sie kosteten zuviel Geld, ist allerdings bei den Beratungen brüchig geworden. Es stellte sich dabei heraus, daß der Zoll allein an den Grenzschnitten zur „DDR“ (einschließlich Berlin) und zur Tschechoslowakei 3765 Zöllner stationiert hat. Davon sind nicht weniger als 2335 für die „Grenzaußenposten“ zuständig, und nur der Rest für die Abfertigung an den Übergängen.

Im Innenministerium wird deshalb die Frage aufgeworfen, ob dies sein müsse, beziehungsweise hier der Finanzminister nicht Millionen einspa-

ren könnte. Außerdem sei es unsinnig, Grenzschnitte, wie zum Beispiel zur CSSR, gleich dreifach bewachen zu lassen: durch den BGS, dessen originäre Aufgabe dies ist, durch die bayerische Grenzpolizei, die nicht aufgelöst wird, und dann noch durch den Zoll. Das Finanzministerium selbst hat auf Anfrage bestätigt, daß das „Zollaufkommen“ zum Beispiel an der Demarkationslinie zur „DDR“ so gering ist, daß es statistisch nicht erfaßt wird.

Das personelle Dilemma, in dem jetzt der BGS steckt und aus dem ein Ausweg in Parlamentsberatungen gefunden werden muß, ist auf das vom früheren Innenminister Maihöfer (FDP) zu verantwortende Personalstrukturgesetz zurückzuführen. Allerdings werden Klagen von BGS-Kommandeuren darüber etwas bläsel, wenn man bedenkt, daß die finanzielle Begleiterscheinung dieses Gesetzes, also die Höherdotierung der Bezüge beim BGS, damals sehr willkommen war.

In jüngster Zeit haben sich verschiedene BGS-Kommandeure zu Problemen des Grenzschutzes geäußert, auch Verbesserungsvorschläge in Medien „transportiert“. Im Innenministerium ist man darüber nicht glücklich, weil Stellungnahmen dieser Art häufig zwar sichtlich korrekt und gut gemeint seien, aber die politischen Aspekte und Zwänge, die ein Minister berücksichtigen müsse, unbeachtet ließen. Es sei nicht Aufgabe von BGS-Kommandeuren, so heißt es im Bundesinnenministerium, „in die Politik hineinzureden“.

Kabinetts lockert Bestimmungen für die Jugendarbeit

GISELA REINERS, Bonn

Jugendliche sollen künftig in Bäckereien schon von vier Uhr an ausgebildet werden dürfen, in der Landwirtschaft und Binnenschifffahrt von fünf Uhr an, wenn sie über 16 sind, in mehrschichtigen Betrieben von 5.30 Uhr an. Das zulässige Arbeitsende bleibt grundsätzlich bei 20 Uhr, kann aber in Ausnahmefällen wie in der Landwirtschaft auf 21 Uhr hinausgeschoben werden (für über 16-Jährige, in mehrschichtigen Betrieben bis 23 Uhr, nach Meldung bei der Aufsichtsbehörde „aus verkehrsbedingten Gründen“ auch bis 23.30 Uhr).

Mit diesen Änderungen ergänzt das Bundeskabinett in einer Stellungnahme Empfehlungen des Bundesrats zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Wie Staatssekretär Wolfgang Vogt vom Bundesarbeitsministerium gestern in Bonn erklärte, werde der Gesundheitsschutz der Auszubildenden nicht in Frage gestellt. Auch gebe es keinerlei Änderungen beim Mindesturlaub und Alkoholverbot bleibe weiterhin verboten. Man wolle nur Regelungen korrigieren, die sich in der Praxis nicht bewährt hätten und den „buntegezeichneten Flickenteppich“ von Ausnahmeregelungen beseitigen.

Neu ist, daß künftig Lehrlinge nur noch an einem Wochentag, an dem der Berufsschulunterricht länger als fünf Unterrichtsstunden dauert, für den Rest des Tages freigestellt werden. Die Unterrichtsstunde wird mit 45 Minuten berechnet. Nach geltendem Recht haben Lehrlinge auf einen freien Resttag Anspruch, wenn der Unterricht mindestens fünf Zeitstunden dauert. Nach Vogts Worten steht es den Arbeitgebern jedoch frei, den Lehrlingen auch weiterhin freizugeben.

Als „wichtigen Vorschlag“ nennt die Regierung die Einführung einer Tarifoffenklausel, die es den Tarifpartnern ermöglichen soll, die tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit des Erfordernisses einzelner Bereiche und Branchen anzupassen. Grundsätzlich bleibe es jedoch bei einer Arbeitszeit für Auszubildende von 40 Stunden an fünf Tagen der Woche. Die Öffnungsklausel lasse jedoch eine andere Verteilung der Arbeitszeit zu, z. B. 8,5 Stunden an 4,5 Tagen, wodurch das Wochenende für alle schon Freitagabendmittag beginne.

Union: Begrenzte Neuverschuldung im Etat 1985

HH, Bonn

Die Neuverschuldung des Bundes kann im Haushaltsentwurf 1985 auf 25 bis 27 Milliarden Mark begrenzt werden. Diese Prognose knüpfte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Carstens (Emstek), allerdings an die Voraussetzung, daß sich die Zuwachsraten der Ausgaben an der von 1984 orientiere, also unter zwei Prozent bleibe. Dazu bedürfe es vor allem deshalb keiner zusätzlichen Einschnitte, weil die beiden Sparpakete der vergangenen Haushaltsrunden über 1984 hinauswirkten. Nur dann sei es möglich, die wichtigste Aufgabe dieser Legislaturperiode in Angriff zu nehmen, also die Neugestaltung des Familienlastenausgleichs und des Einkommensteuertarifs mit Kosten von rund 25 Milliarden Mark für Bund, Länder und Gemeinden. Diese Reform dürfe jedoch die Sanierung des Bundeshaushalts nicht gefährden. Carstens macht daher den Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Steuerreform ganz wesentlich von weiteren Fortschritten bei der Sanierung abhängig.

DIE WELT (Lupa 690-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 550 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

In diesem Jahr wird der Bedarf an Lehrstellen weiter anwachsen

Bildungsministerin Wilms empfiehlt „Politik der 100 Schritte“ / Appell an die Wirtschaft

GISELA REINERS, Bonn

Die Bundesregierung hat den von ihr errechneten Ausbildungsstellenbedarf für 1984 auf 715 000 bis 735 000 nach oben korrigiert. In Modellrechnungen war sie von bis zu 730 000 Plätzen ausgegangen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin schätzt den Bedarf aufgrund von Berechnungen der Kultusministerkonferenz und Befragungen in vier Bundesländern auf rund 742 000 Plätze.

Ob die Zahl im nächsten Jahr sinken werde, läßt sich nach Ansicht des DIW noch nicht sagen, weil z. B. in den Rechnungen rund 30 000 Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag und junge Ausländer nicht berücksichtigt seien. Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) begründete gestern vor der Presse in Bonn die Heraussetzung der Bedarfsschätzung mit einem veränderten Ausbildungsverhalten der jungen Leute. So streben z. B. immer mehr Abiturienten eine betriebliche Lehre an. Deshalb werde auch 1984 wieder ein „schwieriges Ausbildungsjahr“. Allerdings ermutigten die guten Erfahrungen des vergangenen Jahres zu den Erwartungen, daß wieder genügend Plätze zur Verfügung gestellt würden.

Schließlich seien die Rahmenbedingungen, so Frau Wilms, günstig, da für 1984 mit zunehmendem Wirtschaftswachstum und deutlicher Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen sei. Das DIW meint dagegen,

obwohl 1983 in Wirtschaft und Staat die meisten Lehrstellen seit 1976 bereitgestellt worden seien, habe dies nicht zur Deckung der Nachfrage ausgereicht. Die Zahl der unversorgten Gebildeten sei höher als in den Vorjahren gewesen. Bis 1985 müßten private und öffentliche Arbeitgeber ihr Angebot noch ausweiten, um die Nachfrage zu befriedigen.

Nach Angaben von Frau Wilms gibt es zur Lösung des Lehrstellen-Problems kein „Patentrezept“. Realistisch und erfolgversprechend sei allein eine „Politik der 100 Schritte“. Dazu gehöre, daß der Bund seine Ausbildungsplätze um 1000 auf 28 500 ausdehne. Dieser Beschluß solle als Signal für die Wirtschaft dienen, ebenfalls wieder über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden. Das setze allerdings voraus, daß mit der Ausbildung keine Übernahme-garantie im erlernten Beruf verbunden sein könne. Hinzu kämen Änderungen bei der Arbeitszeitordnung, beim Schwerbehinderten- und beim Jugendarbeitsschutzgesetz mit dem Ziel, die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft zu erhöhen.

Frau Wilms machte deutlich, daß besonders in diesem Jahr nicht mit staatlichen Finanzhilfen zur Ausbildungsförderung zu rechnen sei. Das würde nach ihren Worten nur zu einer abwartenden Haltung in der Wirtschaft und zu einer Benachteiligung der Betriebe führen, die bisher ohne Unterstützungen ausgebildet hätten. Ein Sonderprogramm wie 1983 für benachteiligte Jugendliche, das spä-

ter auf alle ausgedehnt wurde, werde es 1984 nicht geben. Das duale System habe 1983 seine große Bewährungsprobe bestanden. Änderungen werde es nicht geben, insbesondere keine gesetzliche Umlagefinanzierung, die nur zu einer Vernichtung von Lehrstellen führen würden.

Bei der Lösung der Ausbildungsfrage komme dem gesellschaftspolitischen verantworteten Handeln der Sozialpartner eine Schlüsselfunktion zu, sagte Frau Wilms. In der sich zuspitzenden Auseinandersetzung über eine Arbeitszeitverkürzung sehe sie die Gefahr, daß den Lehrstellenproblemen bei den Tarifverhandlungen „nicht die notwendige Aufmerksamkeit“ gewidmet werde.

Die Tarifpartner sollten auch die Wirkung von Forderungen nach höheren Ausbildungsvergütungen berücksichtigen. Daß noch große Reserven zu erschließen seien, habe das Beispiel einer „angemessenen“ Regelung in der chemischen Industrie vom Vorjahr gezeigt. Auch die Möglichkeiten der Vorruhestandsregelung (Tarifrente mit 59 Jahren) sollten zugunsten der Ausbildungsplätze genutzt werden.

Nach Ansicht des DIW muß eine beruflich qualifizierte Erstausbildung stets das Ziel der Berufsbildungspolitik bleiben. Im internationalen Vergleich nehme die Bundesrepublik einen guten Platz ein. Der Anteil der Jugendlichen ohne eine berufliche Bildung liege bei etwa zehn Prozent.

Alleinerziehende „steuerlich benachteiligt“

AP, Hamburg

Die von der Bundesregierung geplante Neuregelung des Kindersteuergesetzes für alleinerziehende Eltern teilt die Bundesregierung nach Ansicht der Deutschen Juristinnenbund nach wie vor die Betroffenen. In einer Stellungnahme zu dem Referentenentwurf des Bundesfinanzministeriums hieß es, die geplante Neuregelung stoße auf erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. So bleibe der Spaltungsvorteil der Verheirateten trotz Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach gleichwertigem Ausgleich meist deutlich höher als die beabsichtigte Steuerentlastung für Alleinerziehende, erklärte Renate Damm, die Vorsitzende der 580 Mitglieder starken Juristinnenvereinigung.

Der Entwurf unterscheide nicht ausreichend zwischen voll- und teilzeitschäftigen Eltern im Verhältnis zu solchen Eltern, die steuerpflichtige Unterhaltsleistungen erhielten oder über andere Einkünfte verfügten und sich so ganz der Kindererziehung widmen könnten. Erwerbstätige Eltern teile bedürften einer stärkeren steuerlichen Entlastung.

„Tarifstreit verkommt zu Kinderkreuzzug“

DW, Bonn

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die IG Metall wollen nach Ansicht von Professor Erwin Scheuch unter dem Deckmantel eines Wettbewerbs Schülern zu Verbündeten in ihrem Tarifstreit machen. Damit verkomme die Tarifverhandlung der Arbeitnehmer zum „Kinderkreuzzug“, erklärte Scheuch, einer der Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Besonders skandalös sei es, daß sich SPD-Kulturlenker wie der ehemalige nordrhein-westfälische Minister Jürgen Girsengohn und der amtierende hessische Kultusminister Hans Krollmann an der „Schein-Jury“ des „Agitationswettbewerbs“ beteiligten.

Die FDP plädiert für mehr Selbstbeteiligung

Fachtagung „Selbstverantwortung und Gesundheit“

PETER JENTSCH, Baden-Baden
Das „Prinzip Hoffnung“ bestimmte die Beratungen der FDP-Fachtagung „Selbstverantwortung und Gesundheit“ in Baden-Baden. Die Hoffnung, daß für den deutschen Medizinbetrieb endlich politische Lösungen gefunden werden, die die Diskussion um seine Finanzierung zum Erliegen bringen und an deren Ende Eingriffe des Gesetzgebers in die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens auf ein Minimum beschränkt sind.

Doch der Weg dahin - das machte die Tagung deutlich - ist weit. Zu



L. Adam-Schwetzer

heterogen sind die Interessen von Ärzten, Apothekern, der Pharmaindustrie oder den Krankenkassen.

Sie alle waren der Einladung von FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwetzer und des sozialpolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, Dieter-Julius Cronenberg, gefolgt, um in Baden-Baden Perspektiven zu entwickeln, die die FDP in Bonn in politische Realität umsetzen will.

Irmgard Adam-Schwetzer geht davon aus, daß der Freiheit will, Verantwortung übernehmen muß, auch oder gerade in der Sozialversicherung. In diesem Sinne gelte es, Selbstverantwortung und Solidarität wiederherzustellen, die in der Anonymität der Großversicherung verlorengegangen seien.

In dieser Meinung wurde sie unterstützt von Professor Frank E. Münich, Volkswirt an der Universität München: „Eine gesetzliche Krankenversicherung ohne Mitverantwortung

bedeutet eine anonyme Behandlung des einzelnen quasi als Idiot. Dieses System aber ist an menschlichen Verhaltensweisen vorbeigebaut.“

Hier sieht die FDP Chancen, im Sinne ihrer Politik aktiv zu werden, die Verantwortung und die Freiheit des einzelnen zu erweitern und Chancengleichheit und Solidarität ohne Gleichmacherei zu erzielen. Die Formel, die diesen Weg eben soll, heißt nach Adam-Schwetzer Selbstbeteiligung, das heißt, direkte Beteiligung an den Gesundheitskosten bei ihrer Entstehung. Diese Selbstbeteiligung muß nach ihren Worten sozial tragbar und spürbar sein; sie soll die Nachfrage auf das medizinisch Notwendige begrenzen, und sie darf keine gerechtfertigte Inanspruchnahme verhindern.

Darüber hinaus müsse die Selbstbeteiligung, die dem einzelnen die Folgen eines bestimmten Verhaltens sichtbar mache, einhergehen mit einer spürbaren Beitragssatzsenkung bei denjenigen Leistungen, die ausschließlich über das Solidarprinzip finanziert werden.

Dieser Forderung stimmte Professor Siegfried Häußler, Landarzt und Ordinarius für Allgemeinmedizin, mit den Worten zu: „Durch die Selbstbeteiligung wird das Kranksein etwas, was den Patienten persönlich betrifft; er erkennt, welche Kosten er verursacht.“

Wie freiwillig eine Selbstbeteiligung realisiert werden sollte, darüber waren sich die Beteiligten uneins. Rezeptblattgebühren oder eine Ausweitung der Negativliste wurden ebenso abgelehnt wie die Einführung einer Positivliste. Franz-Josef Oldiges vom Bundesverband der Ortskrankenkassen lehnte Selbstbeteiligung in jeglicher Form ab.

Dieter-Julius Cronenberg machte indes deutlich, daß es nötig sei, die Bundesrepublik von ihrer Rolle als Land mit den höchsten Lohnnebenkosten zu befreien. Die Selbstbeteiligung mache Beitragssenkungen möglich.

Der Stabsgefreite des Kremls in der Wehrmacht

Die kometenhafte Karriere des Maurers Willi Stoph

WERNER KAHL, Bonn

Alle haben sie ihre Erinnerungen an den sozialistischen Markt gebracht, und mancher Spitzenfunktionär wie Erich Honecker füllte so nachträglich eine biographische Lücke aus. Der erste Mann der SED-Führung bekannte sich inzwischen zu seiner freiwilligen Rückkehr in die Zuchthauszelle, aus der er im Frühjahr 1945 entwichen war. Hinter den Mauern von Brandenburg-Görden schien es ihm sicher, den Fall der nahen Reichsstadt abzuwarten und sich am Zuchthaus von der Roten Armee befreien zu lassen.

Willi Stoph dagegen schwieg. Der bald siebzehnjährige ranghöchste SED-Funktionär nach Honecker läßt nicht erkennen, daß er das Schwebende über seine Doppelrolle während des Krieges aufzugeben gedenkt: Stabsgefreiter des Kremls in der deutschen Wehrmacht. In der Ostberliner Society blüht - nicht erst seit Bekanntwerden der Zukunft seiner Nichte in der Bonner Botschaft in Prag - der Flachs um sein Erinnerungsvermögen.

Die Ostberliner Akademie der Wissenschaften mußte sich vor der Herausgabe des Stoph-Lebenslaufes in ihrer zeitgeschichtlichen Dokumentation „DDR - Werden und Wachsen“ einem unerhörtlichen Zensur unterwerfen. Dem Rotsift fielen die Jahre zwischen 1931 und 1945 zum Opfer. Übrig blieben für Vorkriegszeit und Drittes Reich acht Druckzeilen. Die lesen sich so: „Willi Stoph wurde am 9. Juli 1914 in Berlin geboren. Als gelernter Maurer und Bautechniker hatte er sich früh der revolutionären Arbeiterbewegung angeschlossen. Er wurde 1928 Mitglied des KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) und 1931 der KPD.“

Die Jahre zwischen 1931 und 1945 waren offensichtlich die Basis für die kometenhafte Nachkriegskarriere des gelernten Maurers. Als Willi Stoph nach 1945 Innenminister (1952-1956) - mit Aufsicht über den Staatssicherheitsdienst - und 1956 Verteidigungsminister wurde, kam er nicht wie die Gruppe um Ulbricht aus dem Moskauer Exil der Überle-

benden stalinischer Säuberungen; er hatte den Genossen jedoch fast in (Fertig-)Sichtweite 1941 gegenüberstanden. Sein Einsatzraum war das Gebiet zwischen Gornal und Mogilew. Ursprünglich beim Artillerie-Regiment 59, 2. Abteilung, in Brandenburg ausgebildet, wurde der Gefreite Stoph bei einem Sicherungsregiment an der Rollbahn nach Moskau für die Rote Armee ein unschätzbarer Aktivposten bei der Ausspähung deutscher Nachschubtransporte und Aktionen gegen die Partisanen.



Willi Stoph

Vorausschauend hatte der Sowjetgeheimdienst GRU zu Beginn der 30er Jahre eine neue Agentenwerbung in Deutschland gestartet. Zu den Aufklärern des Generalstabes der Roten Armee gehörten von da an neben Stoph der spätere langjährige außenpolitische Berater Walter Ulbricht, Gerhard Kegel - Gesandter nach dem Krieg am Genfer UNO-Sitz -, und Ruth (Deckname „Sonja“) Kuczynski, die Schwester des „DDR“-Wirtschaftstheoretikers Jürgen Kuczynski.

In allen Auseinandersetzungen um die Deutschlandpolitik hielten die Sowjets bisher zu ihm. 1976, als er schon von der Seilschaft Honeckers verdrängt schien, wurde er als Vorsitzender des Ministerrates eingesetzt. Ost-West-Bewegungen in der Familie sind ihm nichts Neues. Sowohl seine 1947 geschiedene Frau als auch die Frau seines verstorbenen Bruders, des SED-Staatssekretärs Kurt Stoph, aus erster Ehe, leben beide in der Bundesrepublik Deutschland.

Ausweis soll Schwarzarbeit am Bau erschweren

AP, Bonn

Mit einer Ausweiskarte für Bauarbeiter will die Bundesregierung den Kampf gegen die Schwarzarbeit intensivieren. Der parlamentarische Staatssekretär im Bonner Arbeitsministerium, Wolfgang Vogt, sagte in einem Interview mit Radio Luxemburg, im Baubereich bestehe „die größte Gefahr für Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung“. Die Bundesregierung wolle deshalb mit dem „Gesetz zur Förderung der Beschäftigung“ eine Ausweiskarte für alle Beschäftigten auf Baustellen einführen.

Dieser Ausweis soll von den Krankenkassenversicherungen auf den Namen des jeweiligen Arbeitnehmers ausgestellt werden. Auf diese Weise könne kontrolliert werden, „ob es ein echter Arbeitsplatz ist oder nicht“, sagte der CDU-Politiker. Er wies zugleich darauf hin, daß die Nachbarschaftshilfe beim Eigenheimbau nicht als illegale Beschäftigung gilt.

Wie Vogt weiter sagte, will die Bundesregierung die illegale Beschäftigung von Ausländern als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch einbringen. Statt Geldbußen sollen dann Geldstrafen verhängt werden können.

Räte bewilligen Geld für 210 Leopard 2

tr, Bern

Im schweizerischen Rüstungsprogramm für 1984 sind 2,41 Milliarden Schweizer Franken für die Beschaffung des deutschen Kampfpanzers Leopard 2 vorgesehen. Wie das Eidgenössische Militärdepartement am Mittwoch mitteilte, beantragte der Bundesrat bei der Verabschiedung des Programms bei den Eidgenössischen Räten (Parlament) für 1984 einen Verpflichtungskredit von insgesamt 2,788 Milliarden sfr. Zunächst soll eine erste Tranche von 210 Leopard-2-Panzern nebst Munition und Ersatzteilen beschafft werden. Dazu kommen Einrichtungen für Ausbildung und Betrieb.

Die neue Bundesanleihe



Rendite: 8,0% - Zinsen: 8,0% jährlich
Laufzeit: 10 Jahre - Ausgabekurs: 100% spesenfrei

Erhältlich ab 100 DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken. Private Sparer werden bevorzugt. Wiederverkauf zum Börsenkurs jederzeit möglich. Ausführliche Informationen: Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 2328, 6000 Frankfurt 1, Tel.: (0611) 550707.

Verkauf 1. bis 6. 3. 1984

„Polizei verläßt sich nicht blind aufs Schießen“

GÜNTHER BADING, Bonn
Die Polizeigewerkschaft (GdP) hat sich energisch gegen die in einer Sendung des ARD-Magazins „Monitor“ erhobenen Vorwürfe gewehrt, daß Polizisten aufgrund ihrer immer perfekteren Ausbildung sich „im Ernstfall blind auf das Schießen verlassen“.

Der GdP-Vorsitzende Günter Schröder bezeichnete die Darstellung als „böse Stimmungsmache“. Die Polizisten bedauerten als erste, wenn Menschen durch polizeilichen Schußwaffengebrauch verletzt oder getötet würden. „Aber wir wehren uns dagegen, daß hier in einer unverzeihlichen Weise eine Problematik so verzerrt dargestellt wird, die nur einen Schluß zulassen soll: Der Polizeibeamte schließt zu schnell und menschliches Leben ist ihm gleichgültig.“

Gegenüber der WELT wies Schröder auch die Behauptung zurück, daß das Berufsrisiko des Polizisten dem eines Kellners oder Kochs entspreche, wie in der Sendung unter Berufung auf nicht näher bezeichnete „Wissenschaftler“ eines „Informationsdienstes Bürgerrechte und Polizei“ gesagt worden war. Der gesetzliche Auftrag verpflichtete den Polizisten, unter Gefährdung der eigenen Gesundheit und des eigenen Lebens seinen Dienst zu versehen. Daran änderten alle Selbstschutzmaßnahmen nichts. Der Polizeibeamte wisse, wenn er wegen eines Einbruchs gerufen werde, eben nicht, ob der Täter bewaffnet sei und auf ihn schießen werde. Dennoch kann er sich an einer gefährlichen Situation nicht vorbeischießen.

In der Sendung wurde die Entwertung der Polizei gefordert, da die „Ausrüstung der Polizei“ Todesstrafen vorprogrammierte. Schröder verwies dazu auf die seit langen Jahren von seiner Gewerkschaft erhobene Forderung nach Entwicklung polizeitypischer Einsatzmittel, die ernste Verletzungen oder gar den Tod ausschließen. Insgesamt sei ein Blickgang des Schußwaffengebrauchs durch die Polizei festzustellen, sagte der GdP-Vorsitzende. So sei in Nordrhein-Westfalen 1983 61mal auf Personen geschossen worden, 36mal weniger als im Jahr zuvor. Darunter seien außerdem 28 Warnschüsse und 14 Schüsse auf fahrende Fahrzeuge (meist Fluchtfahrzeuge) gewesen.

Seite 2: Tief-Schuß

Schmidt vor dem Flick-Ausschuß: Keinen „materiellen Einfluß“ genommen

Matthöfer meldet Vorbehalte gegen den Konzernchef und dessen Management an

STEFAN HEYDECK, Bonn
Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß gerät bei seinen Bemerkungen, die Flick-Affäre aufzuklären, zunehmend in Schwierigkeiten. Er beginnt, sich bei seinen Vermutungen im Kreis zu drehen. Einerseits erfahren die Abgeordneten von den geladenen Zeugen kaum noch neue Einzelheiten, andererseits kommt das Gremium aufgrund unterbrochener und verzerrter Befragungen sowie neuer Vorladungen in einen immer stärkeren Zeitdruck. Das wurde auch gestern wieder deutlich, als der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und der frühere Bundesfinanzminister Hans Matthöfer zu den teilweise rund zehn Jahre zurückliegenden Vorgängen vernommen wurden.

Schmidt, der seinen Beruf als „Pensionist“ angab, betonte zu Beginn seiner Befragung in einer Zehn-Punkte-Erklärung, er habe nie „materiellen Einfluß“ auf die steuerlich begünstigte Wiederanlage des Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets durch den Flick-Konzern genommen. Er habe sich dazu weder im Kabinett noch in der Öffentlichkeit positiv oder negativ geäußert. Für ihn hätte es auch zu keinem Zeitpunkt einen Anlaß gegeben, in die nach dem Gesetz vorgeschriebenen Bewilligungsverfahren einzugreifen. Ausdrücklich sagte der ehemalige Bundeskanzler, der auf sein gutes Verhältnis zu den damals zuständigen Ressortministern hinwies, er hätte sich nur „eingeschaltet“, wenn es „Streitigkeiten oder Auseinandersetzungen“ zwischen dem Bundeswirtschafts- und dem Finanzministerium gegeben hätte. Genauso eindeutig hob er hervor, daß ihm gegenüber „kein Versuch einer Einflußnahme und auch nicht einer unzulässigen Einflußnahme erfolgt“ sei, um Entscheidungen im Sinne des Flick-Konzerns herbeizuführen.

Keine Zweifel

Auf Fragen des CDU-Abgeordneten Dietrich Austermann verwies Schmidt auf zwei Briefe von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und dessen Vorgänger Hans Friderichs. In ihnen sei ihm versichert worden, „daß sie nichts Gesetzwidriges zu verantworten hätten“. Schmidt: „Ich hatte keinen

Grund, daran zu zweifeln.“ Gleichzeitig empörte er sich über „Tartarenmeldungen“, in denen „angesehene Personen“ verdächtigt worden seien, von dem Konzern Geld bekommen zu haben.

Schmidt, der nach eigenen Angaben vor seiner Vernehmung kein Aktienstudium betrieben hatte, habe 1974 erstmals von den Absichten Flicks gehört, die Daimler-Benz-Aktien zu verkaufen. Er habe damals deutlich gemacht, daß er den „Ausverkauf der Perle der deutschen Industrie an ein instabiles System (den Iran, d. Red.) im Nahen Osten verhindern“ wollte. Gesetzliche Mittel habe er zwar keine gehabt, er habe aber damals angekündigt, die Öffentlichkeit so mobilisieren zu wollen, „daß der Verkauf de facto unmöglich würde“. Weiter bestätigte er, daß er der Deutschen Bank als Aktien-Käuferin „moralische Rückendeckung“ zugesichert habe. Dies aber nur unter der Voraussetzung, daß das Geldinstitut die Wertpapiere „nicht auf Dauer“ im Eigenbesitz bewahren würde.

Auf Vorhaltungen wollte er nicht ausschließen, daß über diese Transaktion im Kabinett am 15. Januar 1975 beraten worden sei. Auch Äußerungen des damaligen stellvertretenden Regierungssprechers, Armin Grünwald, nach denen er „jüngere Tricks oder Operationen“ insbesondere im Zusammenhang mit dem Abschreibungsparagrafen 6b abgelehnt hätte, wollte er nicht in Abrede stellen.

Ähnlich wie bei Matthöfer wurden auch bei Schmidt Vorbehalte gegenüber Friedrich Karl Flick und dessen Management deutlich. So sei er mit Flick „ein einziges Mal“, am 25. Oktober 1979, zusammengetroffen. Dabei habe er es absichtlich unterlassen, sich zu den „schwebenden Anträgen“ zu äußern und statt dessen auf die zuständigen Ministerien verwiesen.

Genauso eindeutig wandte er sich dagegen, daß er in einem Vermerk des Bundeskanzleramtes die Bekanntgabe der steuerlich begünstigten Beteiligung von Flick am Gerling-Konzern durch Matthöfer erst nach den Bundestagswahlen 1980 verlangt hätte. Dies sei ausschließlich ein „interner“ Vorgang seines Amtes gewesen. In diesem Sinne habe sich vor ihm

vor dem Ausschuß der damalige Finanzminister geäußert. Matthöfer hatte am zweiten Tag seiner Zeugenvernehmung, bei der es zu einem teilweise heftigen Wortgefecht mit Ausschußmitgliedern gekommen war, nachdrücklich entgegen der Liste des früheren Flick-Buchhalters Rudolf Diehl dementiert, niemals Spenden von dem Konzern erhalten zu haben: „Ganz sicher nicht.“ Er fügte hinzu: „Nicht mal einen Pfennig und nichts, was einen Pfennig wert ist.“

Vorsichtige Kritik

Erneut verwies er auch auf die Staatsanwaltschaft, die die Ermittlungen gegen ihn eingestellt hat. Vorsichtige Kritik meldete er jedoch gegenüber den Ermittlungsbehörden an: Er habe zwar „die Leute für korrekt“, sie seien „nur überfordert.“ Sichtbar verzögert ging er deshalb auch auf die Vorhaltung ein, nach der eine „anonyme Anruferin“ gegenüber der Staatsanwaltschaft berichtet hatte, seine Frau habe beim Ball des Sports in Mainz von Brauchitsch ein Los geschenkt bekommen, damit einen Ring gewonnen, und er somit bestochen worden sei. Matthöfer wies nicht ohne Ironie in einem längeren Vortrag darauf hin, daß seine Frau neben diesem Los „fünf bis sechs“ weitere zugunsten der Sporthilfe gekauft hätte. Als sie dann „das erbärmlich geschmacklose Ding“ gewonnen hätte, habe sie zu Brauchitsch „höflich wie sie ist, gesagt: ‚Ihr Los hat mir Glück gebracht‘“.

Genauso wie am Vortag hielt er daran fest, daß er bei allen Flick-Entscheidungen nur nach Recht und Gesetz entschieden habe. Er räumte zwar ein, daß ihm „das alles“ nicht gepaßt habe. Er hätte jedoch als Chef einer Verwaltung zu entscheiden gehabt. Als Minister sei er gezwungen gewesen, „die Grenzen der Gesetze des Bundes“ zu beachten.

Ausdrücklich kritisierte er, daß Friedrich Karl Flick ihm nach einem Gespräch über den früheren SPD-Schatzmeister Alfred Nau 6b-Unterlagen übermittelt hatte. Diese seien vernichtet worden. Denn, so Matthöfer gestern: „Wenn du glaubst, mich durch so etwas beeinflussen zu können, dann hast du dich geirrt.“ Er habe auch nicht gewußt, „daß da Geld fließt und auch nicht gehaut“.

Wirtschaft Sudans vor einer Katastrophe

Partisanen stoppen die wichtigsten Entwicklungsprojekte

PETER M. RANKE, Kairo
Wegen zunehmender Partisanentätigkeit in Südsudan mußten die Erdölsuche und die Arbeit an dem 350 Kilometer langen Jonglei-Kanal aufgegeben werden. Die Ausländer ziehen ab, das große Arbeitscamp bei Malakal wird geräumt. Auch die Arbeit am Ausbau des Flugplatzes von Juba, der Hauptstadt des Südens, ruht nach dem Abzug der französischen Fachkräfte.

Für die Regierung des Präsidenten Numeiri ist die Einstellung der wichtigsten Entwicklungsprojekte eine wirtschaftliche Katastrophe. Die Ölförderung, die 1985 beginnen sollte, war die letzte Hoffnung, die Devisenlöcher lindern zu können. Das größte afrikanische Land hat Schulden von mehr als sieben Milliarden Dollar und ist praktisch bankrott.

Nach Entführungen, Überfällen und zunehmender Verringerung der Pisten hat die französische Baugesellschaft GTM (Marseille) rund neunzig ausländische Arbeitskräfte, unter ihnen Franzosen, Pakistans und andere, nach Hause beordert. Der Jonglei-Kanal war seit 1980 im Bau und sollte zwischen der Stadt Bor und dem Einfluß des Sobat-Flusses den weißen Nil verkürzen und einen Teil der riesigen Südsümpfe im Westen trocknen. Das Projekt soll 360 Millionen Dollar kosten und zusätzlich Nilwasser für die Landgewinnung von 1,5 Millionen Hektar bringen.

Die Partisanen errangen einen wichtigen Erfolg

Mit der Einstellung der Entwicklungsarbeiten haben die Partisanen der „Sudanese People's Liberation Army“ in der Provinz „Weißer Nil“ einen wichtigen Erfolg errungen. Wie die Truppe der Partisanen-Gruppe „Anyanya 2“, die in den Provinzen Äquatoria und Bahr el Ghazal seit einem Jahr aktiv sind, fordern die Aufständischen, daß der „Reichtum des Südens“ nicht von den Moslems des Nordsudan ausgebeutet werden dürfe.

Zu den Reichtümern des Südens, der dreimal so groß ist wie die Bundesrepublik, aber nur sechs Millionen Einwohner hat, gehören zweifel-

los Nilwasser und Erdöl. „Chevron Oil“ hat westlich der Südsümpfe ein Ölfeld mit Reserven von 200 Millionen Barrel erschlossen. Die Bohrarbeiten sind weit fortgeschritten. Das Rohöl sollte von Mitte 1985 an durch eine 1425 Kilometer lange Pipeline über Kosti zur Raffinerie in Port Sudan gepumpt werden. Auch der Bau dieser Ölleitung kommt jetzt nicht voran.

Rohöl-Lieferungen sollen verhindert werden

Die Rebellenbewegung im Süden, die angeblich von Äthiopien und Libyen unterstützt wird, will verhindern, daß das Rohöl nach Norden gepumpt wird (wo die Verbrauchszentren sind), nachdem aus Kostengründen der Bau einer zweiten Raffinerie in Kosti aufgegeben worden war. Auch die Wasser des Jonglei-Kanals, rund 30 Prozent der Flut des oberen Nil, sollen nicht zur Ansiedlung von Moslems aus dem Norden im heidnisch-christlichen Süden verwendet werden.

Besonders aktiv sind die Partisanen seit einem halben Jahr, als Präsident Numeiri die muslimischen Scharia-Gesetze einführt, also Alkoholverbot und scharfe Strafen für Diebstahl, Ehebruch oder Mord. Auch die Aufteilung des Südens in drei Provinzen wird bekämpft. Zwar hat Numeiri erklären lassen, daß die muslimische Gesetzgebung nur für Moslems gelten soll, also nicht für Animisten und Christen im Süden, doch scheinen sich Verwaltung und Armeen im Süden nicht daran zu halten.

Erst 1972 hatte Numeiri den 15-jährigen Bürgerkrieg und Aufstand in Südsudan durch Autonomie-Zusagen und Wirtschaftsförderung beenden können. Den damaligen Führer der „Anyanya 1“, Joseph Lagu, machte er zum Vizepräsidenten mit Sitz in Juba. Wenn die neue Aufstandsbewegung sich nun „Anyanya 2“ nennt (nach einer Giftschlange), so knüpft sie bewußt an die alten Ziele an: keine Islamisierung, keine Ausbeutung, am besten Unabhängigkeit. Die marxistisch ausgerichtete „People's Army“ verlangt für Südsudan einen eigenen Staat.

Vatikan läßt in Prag sondieren

DW. Rom/Bonn
Der vatikanische Sonderunterschied Luigi Poggi ist gestern mit einem Vertreter des Staatssekretariats der Kurie nach Prag gereist. Diese Mission wird in Vatikan-Kreisen als „wichtig“ bezeichnet, da sie Schritte zur Entspannung der Beziehungen zwischen der Kirche- und der CSSR-Führung bringen könnte.

Der Prager Außenminister Bohuslav Chmoupek war am 2. Januar vom Papst in Privataudienz empfangen worden. Bei dem Gespräch ging es offenbar nicht nur um die Ost-West-Beziehungen, sondern auch um die Lage der Kirche in der CSSR, wo seit Jahren keine Bischofsnennungen möglich sind. Die meisten der zwölf Diözesen sind ohne einen Bischof.

Vor allem das Problem der „Friedenspriester“ steht zwischen Prag und dem Vatikan. Da die Zugehörigkeit zu der regimetreuen Organisation „Pacem in terris“ den katholischen Geistlichen durch das Dekret der vatikanischen Kleruskongregation vom 8. März 1982 verboten ist, mußten sich 1983 Priester einzeln und öffentlich in Dekanatversammlungen, die von den örtlichen Behörden einberufen und von diesen geleitet wurden, für oder wider den Papst bekennen.

Kardinal Frantisek Tomasek (Prag) und einige andere Oberhirten drängen auf die Auflösung der Organisation „Pacem in terris“, die dem Staat als Instrument zur Kontrolle des kirchlichen Lebens dient. Zahlreiche kirchliche Schlüsselpositionen sind mit „Pacem in terris“-Priestern besetzt, die von ihren Posten nur mit behördlicher Genehmigung abberufen werden können.

Papst Johannes Paul II. wurde von CSSR-Funktionären mehrmals scharf angegriffen. Ein slowakischer Spitzenpolitiker beschuldigte den Vatikan im März 1983, einen „psychologischen Krieg gegen den Realsozialismus“ in der Tschechoslowakei zu führen.

In der in Preßburg erscheinenden Parteizeitung „Prawda“ schrieb der Sekretär des Zentralkomitees der slowakischen KP, Ludovik Peczlar, der Vatikan übe „Druck auf die katholische Hierarchie aus, damit sie in Konflikt mit dem Staat gerät“. Dabei ließen sich die „Menschen des Vatikan von dem polnischen Vorbild leiten“.

Schreibmaschinen mit immer mehr Elektronik!

Wie soll die Sekretärin damit fertig werden?

Annelore Schütz,
Vorsitzende des BDS (Bund Deutscher Sekretärinnen e.V.)
Leiterin des SPK (Sekretärinnen-Fachseminar Köln)

Eine klare Sache:
das Schreibsystem SE 1041
von Triumph-Adler.

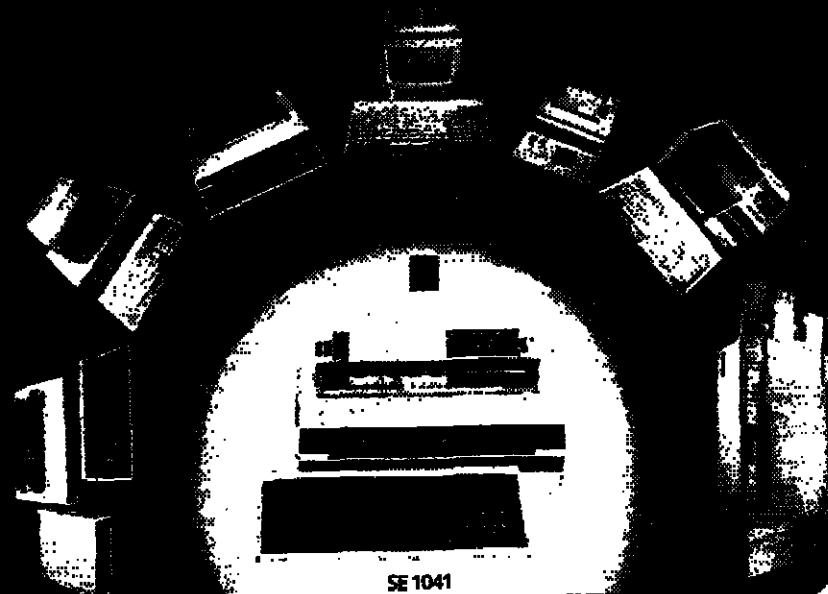
Warum?

Zugegeben: Schreibmaschinen werden immer komfortabler. Sie werden aber auch immer anspruchsvoller, da die Hersteller immer mehr Leistungen hineinpacken. Eine wichtige Forderung zielt auf die leichte Bedienbarkeit der elektronischen Schreibmaschinen. Ich sage immer: „Eine Schreibmaschine ist dann bedienbar und einfach, wenn die Handhabung schnell erlernbar und einfach ist.“

Meiner Meinung nach vorbildlich ist zum Beispiel die SE 1041 von Triumph-Adler. Schon allein die Trennung von Tastatur und Drucker bietet ergonomische Vorteile und damit eine Arbeitserleichterung, da sie die neuesten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse verwirklicht.

Die günstige Neigung der Tastatur trägt zum entspannten Schreiben ebenso bei, wie die ideale Ausformung der Tasten. Wertvolle Erleichterungen für die Sekretärin bietet vor allem das 40-Zeichen-Display. Eventuelle Fehler werden schon hier korrigiert und somit erst gar nicht geschrieben. Und natürlich der praktische Arbeitsspeicher zur Text- und Verarbeitung. Mit dem externen Diskettenspeicher können leicht 150 DIN A 4 Seiten (300.000 Zeichen) pro Diskette gespeichert und archiviert werden. Gerade die Speichereinrichtungen, auch für abrufbare Kurztex te und schnelle Korrekturen, haben dem Schreibmaschinenschreiben viel von seinem Streß genommen.

TA Die ganze Welt der Bürokommunikation



Hannover Messe '84

Halle 7, Stand 667/700
Halle 7, Stand 666/706
607/707

Lassen Sie sich doch auch mal beraten!
Ich möchte ausführliche kostenlose Informationen über folgende Produktbereiche:
□ Elektronische Schreibmaschinen □ LTA Kopiersysteme □ TA 1600 Bürokommunikator
□ Alpha 800 PC □ Elektronische Mikrocomputer □ Management by PRITZ
Name _____ Straße/Nr. _____ PLZ/Ort _____
Triumph-Adler AG, AB, 1000, Augsburg, D-83134, 8500 Nürnberg 80

Die praxisgerechte Lösung schafft **TA**

Unbeirrt wies De Mita alle Notabeln in ihre Schranken

Nach nächtelanger Diskussion folgten Italiens Christdemokraten ihrem Parteisekretär

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
Der gestern in Rom zu Ende gegangene Parteitag der italienischen Christdemokraten hat den bisherigen Parteisekretär Ciriaco De Mita für weitere zwei Jahre wiedergewählt. Als erste große Bewährungsprobe für De Mitas Programm einer Erneuerung der DC gelten allgemein die diesjährigen Neuwahlen zum Europaparlament. Die Christdemokraten hoffen, bei diesen Wahlen den Rückschlag wieder wettmachen zu können, den sie bei den italienischen Parlamentswahlen des vergangenen Jahres mit einem Rückgang ihres Stimmenanteils von 38,3 auf 32,9 Prozent erlitten hatten.

Ein weißbärtiger Veteran mit dem hahnenbefeckten Alpinhut schwenkte begeistert die Parteifähne mit dem Kreuzschild, als der Sekretär der italienischen Christdemokraten, Ciriaco De Mita, im römischen Sportpalast zu seiner Replik auf die fünfjährige Debatte des 16. Nationalkongresses der Democrazia Cristiana (DC) ansetzte. Irgendwann in der Nacht hat der Fahnenträger dann sein Emblem resigniert eingelegt. Italiens Führungspartei durchlebte in dieser Nacht dramatische Stunden. Auf dem Spiel stand ihre innere Erneuerung nach fast vierzigjährigem Machtverschleiß und der empfindlichen Wahlschlappe des 26. Juni 1983. Das nächtliche Drama, das die Partei an den Rand der Zerfallsprobe brachte, begann mit einem unerwarteten Ultimatum De Mitas. Der Parteisekretär, dessen Wiederwahl zu Beginn des Kongresses eine ausgemachte Sache gewesen war, drohte in seiner Replik plötzlich mit Verzicht. Er stehe nun dann zur Wiederwahl zur Verfügung, sagte er, wenn ihm der Kongress ein umfassendes Vertrauensmandat gebe. Ohne Entscheidungs-freiheit bei der Zusammenstellung seiner Führungsmannschaft und bei der Realisierung der innerparteilichen Erneuerungspolitik könne er die Verantwortung nicht wieder übernehmen.

Der Sekretär schloß seine Rede mit den Worten: „Die Menschen verstehen uns nicht mehr. Wir haben alle Worte verbraucht. Um uns verständlich zu machen, bedarf es der Taten. Ich will mit einem Beispiel vorangehen: Wenn dieser Kongress nicht ein Zeichen der Einheit setzt, sehe ich für mich die Bedingungen für meine Kandidatur als nicht mehr gegeben an.“ Im Klartext hieß das: Wenn mir der Kongress kein volles Vertrauensmandat gibt, das mich aus der Abhängigkeit von den Parteinotabeln und ihren Strömungen befreit, muß er sich einen anderen Parteisekretär suchen.

In der Praxis verlangte der Sekretär, daß dieses Vertrauensmandat nicht nur in einer generellen politischen Zustimmung zu seinem fünfjährigen einleitenden Rechenschaftsbericht, sondern auch in einer mit ihm abgesprochenen Einheitsliste für die Wahl des neuen Nationalrates der Partei zum Ausdruck kommen müsse. Damit rührte er unmittelbar an die Macht der Notabeln, die den Nationalrat nach dem Proporzsystem, das heißt unter zahlenmäßiger Berücksichtigung der Stärke, jeder Parteiströmung besetzen wollten.

Zwar sind diese organisierten Strömungen offiziell schon für tot erklärt. Die facto aber teilen sich ihre traditionellen Führer von Fanfani über Andreotti, Piccoli und Forlani bis zu Zaccagnini bisher noch immer die effektive Macht in der Partei. Sie versuchten denn auch, das Ultimatum De Mitas so weit wie möglich zu unterlaufen. Während der Kongreß von Stunde zu Stunde aufs neue vertagt wurde, bemühten sie sich in hektischen Gesprächen hinter den Kulissen, den rebellischen Parteisekretär zu zähmen. Gegen Abend machte Fanfani als Parteipräsident den Delegierten den Vorschlag, zunächst einmal die Wahl des Parteisekretärs abzuhalten und erst danach über die Modalitäten für die Neuwahl des Nationalrates zu entscheiden. Der Kongreß lehnte ab.

Die Verhandlungen zogen sich dann bis in den frühen Morgen hin, als sich De Mita endlich mit seiner Forderung weitgehend durchzusetzen vermochte. Die ihn unterstützende Kongreßmehrheit einigte sich auf Einreichung einer Einheitsliste für die Nationalratswahl. Zu dieser Liste bekannten sich Ex-Parteisekretär Zaccagnini als Vertreter des linken Flügels, die von Piccoli, Andreotti und Fanfani repräsentierte „PAF“-Gruppe der Mitte – und große Teile der rechten Mitte unter Forlani und Colombo, die auf dem letzten Kongreß in Opposition zu De Mita gestanden hatten. Die Opponenten von links und rechts sammelten sich hinter De Mitas einzigen Gegenkandidaten, Vincenzo Scotti.

Auf dem Papier wurde der Kongreß damit zu einem fast uneingeschränkten Erfolg De Mitas. In der Praxis freilich muß sich erst noch erweisen, inwieweit die gedemütigten Notabeln bereit sind, ihr Vertrauenssiegel zu honorieren.

Nicht wenigen Christdemokraten, die jetzt wieder für den alten und neuen Sekretär gestimmt haben, sind gerade am letzten Kongreßtag Zweifel gekommen, ob er wirklich der richtige Mann – der „Moses“, so Fanfani, – ist, um die Partei in das gelobte Land der Erneuerung zu führen.

Mit neuem Vorschlag will die NATO die MBFR-Gespräche voranbringen

Erst Verifikation, dann eventuell Lösung der Datenfrage / Moskau bleibt starr

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel
In der NATO wird ein neuer Plan diskutiert, der vorsieht, die seit elf Jahren andauernden Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa durch eine Initiative des Westens zu beleben. Der als riskoreich beschriebene Plan bedarf noch konkreter Abstimmung in der Atlantischen Allianz. Wie von informierter Seite verlautet, ist deshalb nicht damit zu rechnen, daß die NATO-Staaten nach Beendigung der gegenwärtigen Verhandlungspause am 16. März schon einen neuen Vorschlag auf den Wiener Verhandlungstisch legen werden.

Kerngedanke der neuen Vorstellungen ist die Überwindung der sogenannten Datenfrage. Statt diese Frage nun mit Nachdruck zu verfolgen, will der Westen die Verifikation verstärken, also die Überwachung getroffener Vereinbarungen durch Inspektionsmannschaften an Ort und Stelle.

Die NATO-Staaten haben in Wien immer wieder erklärt, Moskau unterlege bei seinen Angaben über die Stärke der im MBFR-Raum stationierten Truppen des Warschauer Pakts 160 000 Mann. Aber ohne zu wissen, wie die Ausgangsbasis für einen Vertrag tatsächlich sei, könne man kein Abkommen abschließen.

Nun erwägt der Westen, ob man nicht nach dem Prinzip kommunizierender Röhren von einer Einigung über die vorhandenen Truppenstärken abzurufen kann, wenn zugleich

auf der anderen Seite die Kontrolle der Überwachung des Abkommens verstärkt würde. Verstärkte Inspektionen könnten am Ende eines einjährigen Prozesses ebenfalls dafür sorgen, daß keine Seite über mehr als 700 000 Mann Landstreitkräfte und 200 000 Mann Luftstreitkräfte, zusammen also jeweils 900 000 Mann, verfügt.

Die NATO-Staaten würden sich nach diesen Vorstellungen auf ein solches Vorgehen einlassen, wenn sichergestellt ist, daß der Osten sich vertraglich zu umfangreichen Verifikationsmaßnahmen verpflichtet. Dennoch sehen NATO-Beobachter ein erhebliches Risiko in einem solchen Verfahren. Wenn nämlich im Laufe der Verwirklichung eines derartigen Vertrages die östliche Seite hinter den nach westlicher Ansicht erforderlichen asymmetrischen Abzügen zurückbleibt, spricht seinen Truppenüberhang nicht abbaufähig am Schluß eine erhebliche Überlegenheit des Ostens bestehen bleiben. Das Risiko ist für den Westen insbesondere deshalb groß, weil in einer bestimmten innenpolitischen Situation auf Fortschritte gedrängt werden könnte, die sich sicherheitspolitisch als verhängnisvoll erweisen könnten.

In der NATO herrscht die Stimmung vor, daß man Fortschritte in Wien erreichen soll, aber unter Beobachtung aller dem Metier innewohnenden Gefahren. Es gelte vor allem

zu differenzieren zwischen dem, was die Sowjetunion als Propaganda nach außen darstelle und was sie am Verhandlungstisch tatsächlich vorbringe.

So habe Moskau sich im Sommer 1983 prinzipiell für die vom Westen seit langem gewünschten Verifikationen ausgesprochen, aber einen Text vorgelegt, der im Kern nur dem Prinzip huldige. In der Sache habe die Sowjetunion so viele Auswege in den Vertragstext gebaut, daß dieser sich selbst beseitige.

Als Beispiel wird Artikel 19 des sowjetischen Vertragsentwurfs erwähnt, der vorsieht, daß jede Seite das Recht erhalte, bei der anderen Seite eine „Überprüfung an Ort und Stelle“ zu beantragen, wenn der Verdacht entstehe, daß die gleichen kollektiven Höchststärken der Truppen überschritten werden. Mit anderen Worten: die Sowjetunion will sich das Recht vorbehalten, zu entscheiden, wann kontrolliert werden darf, und wann nicht.

Weder bei den Wiener Verhandlungen noch bei der Abrüstungsrunde in Genf, wo es um die Beseitigung der chemischen Waffen geht, hat die Sowjetunion nach dem Urteil Brüsseler Beobachter bisher mehr als nur „Fensterbuckel“ vorgelegt. Jedoch ist der Westen entschlossen, die Sowjetunion mit wirklichen Inspektionen jetzt am ganzen Arm zu packen.

(SAD)

Der Parteitag der Sozialistischen Partei Japans (SPJ) stand im Zeichen eines vom neuen Vorsitzenden, Masashi Ishibashi, eingeleiteten pragmatischen Kurses. Ishibashi will die Außen- und Verteidigungspolitik der SPJ auflockern, um weitere Wählerschichten ansprechen zu können.

Der Parteivorsitzende warnte vor neuen sozialistischen Rückschlägen bei den nächsten Wahlen, wenn es nicht gelänge, die SPJ zu erneuern und von ihren verkrusteten Dogmen zu befreien.

Die Sozialisten, die die größte Oppositionspartei bilden, hatten bei den Unterhauswahlen Ende 1983 elf Mandate hinzugewonnen und ihre Stärke in der 511-Sitze-Kammer auf 112 erhöht. Diese Wende in dem vorausgehenden kontinuierlichen Abschwung der SPJ während der letzten Jahre

war eindeutig auf den realistischen Kurs zurückzuführen. Die entscheidende Korrektur im sozialistischen Programm ist eine duldsamere Haltung gegenüber den japanischen Verteidigungstreitkräften. Ishibashi hatte sie vorher als verfassungswidrig aber gesetzsmäßig bezeichnet, nannte sie aber nach Einwänden linker Genossen jetzt verfassungsgemäß und gesetzswidrig, doch durch einen legalen Mehrheitsbeschuß des Parlaments zustande gekommen.

Trotz des Rückzählers signalisierte die neue Formel doch eine allmähliche Wende in der sozialistischen Politik. Der Parteivorsitzende gab auch zu verstehen, daß die Verteidigungstreitkräfte nicht unverzüglich aufgelöst würden, wenn seine Partei an die Macht käme.

Die SPJ ist in sieben Gruppen aufgesplittet, die sich durch Ideologie und politisches Konzept unterscheiden.

Die Vereinigten Staaten haben nach Angaben des Pentagon in den 15 grundlegenden technischen Bereichen von überragender militärischer Bedeutung einen Vorsprung vor der Sowjetunion. In sieben Bereichen habe die UdSSR ihren Abstand verringern können, schrieb der Leiter der Forschungsabteilung im US-Verteidigungsministerium, Richard Delauer, in einem Bericht an den Kongreß.

Erheblich vergrößern konnten die USA ihren Vorsprung im Bereich elektronische Rechner und Computerprogramme. Auch bei den Techniken zur Absorption von Radarstrahlen, die Bomber und Marschflugkörper für die gegnerische Abwehr „unsichtbar“ machen sollen, seien die USA weit voraus. Moskau sei es zu dem nicht gelungen, den Rückstand in den Bereichen U-Boot-Ortung, Robotertechnik, Signalverarbeitung, Gentechnik, Fernmeldeweisen und Fertigungstechniken einzuholen. Aufgeschlossen hat die Sowjetunion unter anderem in den Bereichen optisch-elektronische Sensoren, Navigation, Feuerleitsysteme, Optik und Fertigung von integrierten Schaltkreisen.

Marchais über Sowjets erbost

v.K. Paris

Der französische KP-Chef Georges Marchais ist böse auf seine Genossen in Moskau. In sowjetischen Augen leben nämlich in Frankreich nicht nur Franzosen, sondern auch Korsen, Basken, Elsässer, Juden und Zigeuner. Diese Aufteilung gefällt Marchais ganz und gar nicht. Daher protestierte er in einem vom KP-Organ „L'Humanité“ abgedruckten Brief an das Zentralkomitee der KPdSU „mit Entrüstung gegen diese lächerlichen und abscheulichen Unterstellungen“.

In dem jetzt auf französisch erschienenen Werk „Die Bevölkerung der Welt“ unterscheidet der sowjetische Autor S. Bruk beim Stichwort Frankreich zwischen 82,5 Prozent „richtigen Franzosen“ und 17,5 Prozent anderen ethnischen Gruppen. Besonders unverschämte erscheint Marchais die Behauptung Bruks, die Bewohner von Elsäß-Lothringen seien mit den Deutschen „verwandt“.

Der KP-Chef betont, „Frankreich ist kein multinationaler Staat“. Jeder Versuch, irgendein Mitglied der französischen Gemeinschaft als „nicht rein französisch“ einzustufen, sei eine Beleidigung unseres Nationalbewußtseins.

Giscard plante Allianz mit Bonn

dpa, Paris

Der frühere französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt sollen während ihrer Amtszeit den Abschluß eines deutsch-französischen Verteidigungsabkommens erwogen haben. Giscard berichtet in seinem neuen Buch „Zwei von drei Franzosen“, er hätte das Abkommen gern im Jahre 1983 zum 20-jährigen Bestehen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages geschlossen, um ihm die nötige „historische Tragweite“ zu verleihen. Er habe sich vorgestellt, daß die französische Atomstreitmacht „auf gleiche Weise beide Rheinufer“ beschützen sollte.

Nach seiner Ansicht hätte auch General Charles de Gaulle, der 1963 den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag mit dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer unterzeichnet hatte, eine derartige Initiative ergriffen. Die Vorstellung einer Verteidigungsallianz mit der Bundesrepublik Deutschland sei von „unseren vorausgegangenen Gedanken austauschen und gemeinsamen Manövern vorbereitet worden“, schrieb Giscard weiter.

Die Debatte darüber, wann und in welcher Form Frankreichs Atomstreitkräfte Deutschland mitschützen und die Deutschen sogar einen Finger an ihrem Abzug haben sollten, wogt in Frankreich zur Zeit heftiger denn je hin und her. Der frühere Präsident Giscard d'Estaing tritt in seinem soeben erschienenen Buch „Zwei Drittel der Franzosen“ für einen solchen Schutz im Rahmen einer europäischen Verteidigung ein, ohne den Deutschen allerdings einen Einsatz einzuräumen. Andere, wie der Philosoph Glucksmann oder die ehemalige Ministerin Simone Veil wollen die Bindung der Bundesrepublik an den Westen durch Einräumung einer atomaren Mitverantwortung stärken. Wieder andere, wie der ehemalige französische Botschafter in Bonn Henri Froment-Meurice, warnen vor einer unabhängigen europäischen Verteidigung, die zu einer Abkopplung Amerikas führen könnte.

Wieso können wir als engste Nachbarn Deutschlands den Deutschen nicht sagen, daß wir auf Gedeih und Verderb in einem Boot zusammensteigen, wenn die Amerikaner 6000 km entfernt dies seit 30 Jahren tun?

Die Debatte darüber, wann und in welcher Form Frankreichs Atomstreitkräfte Deutschland mitschützen und die Deutschen sogar einen Finger an ihrem Abzug haben sollten, wogt in Frankreich zur Zeit heftiger denn je hin und her. Der frühere Präsident Giscard d'Estaing tritt in seinem soeben erschienenen Buch „Zwei Drittel der Franzosen“ für einen solchen Schutz im Rahmen einer europäischen Verteidigung ein, ohne den Deutschen allerdings einen Einsatz einzuräumen. Andere, wie der Philosoph Glucksmann oder die ehemalige Ministerin Simone Veil wollen die Bindung der Bundesrepublik an den Westen durch Einräumung einer atomaren Mitverantwortung stärken. Wieder andere, wie der ehemalige französische Botschafter in Bonn Henri Froment-Meurice, warnen vor einer unabhängigen europäischen Verteidigung, die zu einer Abkopplung Amerikas führen könnte.

Wieso können wir als engste Nachbarn Deutschlands den Deutschen nicht sagen, daß wir auf Gedeih und Verderb in einem Boot zusammensteigen, wenn die Amerikaner 6000 km entfernt dies seit 30 Jahren tun?

US-Truppen den Sowjets zum Teil weiter überlegen

AP, Washington

Die Vereinigten Staaten haben nach Angaben des Pentagon in den 15 grundlegenden technischen Bereichen von überragender militärischer Bedeutung einen Vorsprung vor der Sowjetunion. In sieben Bereichen habe die UdSSR ihren Abstand verringern können, schrieb der Leiter der Forschungsabteilung im US-Verteidigungsministerium, Richard Delauer, in einem Bericht an den Kongreß.

Erheblich vergrößern konnten die USA ihren Vorsprung im Bereich elektronische Rechner und Computerprogramme. Auch bei den Techniken zur Absorption von Radarstrahlen, die Bomber und Marschflugkörper für die gegnerische Abwehr „unsichtbar“ machen sollen, seien die USA weit voraus. Moskau sei es zu dem nicht gelungen, den Rückstand in den Bereichen U-Boot-Ortung, Robotertechnik, Signalverarbeitung, Gentechnik, Fernmeldeweisen und Fertigungstechniken einzuholen. Aufgeschlossen hat die Sowjetunion unter anderem in den Bereichen optisch-elektronische Sensoren, Navigation, Feuerleitsysteme, Optik und Fertigung von integrierten Schaltkreisen.

Marchais über Sowjets erbost

v.K. Paris

Der französische KP-Chef Georges Marchais ist böse auf seine Genossen in Moskau. In sowjetischen Augen leben nämlich in Frankreich nicht nur Franzosen, sondern auch Korsen, Basken, Elsässer, Juden und Zigeuner. Diese Aufteilung gefällt Marchais ganz und gar nicht. Daher protestierte er in einem vom KP-Organ „L'Humanité“ abgedruckten Brief an das Zentralkomitee der KPdSU „mit Entrüstung gegen diese lächerlichen und abscheulichen Unterstellungen“.

In dem jetzt auf französisch erschienenen Werk „Die Bevölkerung der Welt“ unterscheidet der sowjetische Autor S. Bruk beim Stichwort Frankreich zwischen 82,5 Prozent „richtigen Franzosen“ und 17,5 Prozent anderen ethnischen Gruppen. Besonders unverschämte erscheint Marchais die Behauptung Bruks, die Bewohner von Elsäß-Lothringen seien mit den Deutschen „verwandt“.

Der KP-Chef betont, „Frankreich ist kein multinationaler Staat“. Jeder Versuch, irgendein Mitglied der französischen Gemeinschaft als „nicht rein französisch“ einzustufen, sei eine Beleidigung unseres Nationalbewußtseins.

Giscard plante Allianz mit Bonn

dpa, Paris

Der frühere französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt sollen während ihrer Amtszeit den Abschluß eines deutsch-französischen Verteidigungsabkommens erwogen haben. Giscard berichtet in seinem neuen Buch „Zwei von drei Franzosen“, er hätte das Abkommen gern im Jahre 1983 zum 20-jährigen Bestehen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages geschlossen, um ihm die nötige „historische Tragweite“ zu verleihen. Er habe sich vorgestellt, daß die französische Atomstreitmacht „auf gleiche Weise beide Rheinufer“ beschützen sollte.

Nach seiner Ansicht hätte auch General Charles de Gaulle, der 1963 den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag mit dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer unterzeichnet hatte, eine derartige Initiative ergriffen. Die Vorstellung einer Verteidigungsallianz mit der Bundesrepublik Deutschland sei von „unseren vorausgegangenen Gedanken austauschen und gemeinsamen Manövern vorbereitet worden“, schrieb Giscard weiter.

Die Debatte darüber, wann und in welcher Form Frankreichs Atomstreitkräfte Deutschland mitschützen und die Deutschen sogar einen Finger an ihrem Abzug haben sollten, wogt in Frankreich zur Zeit heftiger denn je hin und her. Der frühere Präsident Giscard d'Estaing tritt in seinem soeben erschienenen Buch „Zwei Drittel der Franzosen“ für einen solchen Schutz im Rahmen einer europäischen Verteidigung ein, ohne den Deutschen allerdings einen Einsatz einzuräumen. Andere, wie der Philosoph Glucksmann oder die ehemalige Ministerin Simone Veil wollen die Bindung der Bundesrepublik an den Westen durch Einräumung einer atomaren Mitverantwortung stärken. Wieder andere, wie der ehemalige französische Botschafter in Bonn Henri Froment-Meurice, warnen vor einer unabhängigen europäischen Verteidigung, die zu einer Abkopplung Amerikas führen könnte.

Wieso können wir als engste Nachbarn Deutschlands den Deutschen nicht sagen, daß wir auf Gedeih und Verderb in einem Boot zusammensteigen, wenn die Amerikaner 6000 km entfernt dies seit 30 Jahren tun?

Die Debatte darüber, wann und in welcher Form Frankreichs Atomstreitkräfte Deutschland mitschützen und die Deutschen sogar einen Finger an ihrem Abzug haben sollten, wogt in Frankreich zur Zeit heftiger denn je hin und her. Der frühere Präsident Giscard d'Estaing tritt in seinem soeben erschienenen Buch „Zwei Drittel der Franzosen“ für einen solchen Schutz im Rahmen einer europäischen Verteidigung ein, ohne den Deutschen allerdings einen Einsatz einzuräumen. Andere, wie der Philosoph Glucksmann oder die ehemalige Ministerin Simone Veil wollen die Bindung der Bundesrepublik an den Westen durch Einräumung einer atomaren Mitverantwortung stärken. Wieder andere, wie der ehemalige französische Botschafter in Bonn Henri Froment-Meurice, warnen vor einer unabhängigen europäischen Verteidigung, die zu einer Abkopplung Amerikas führen könnte.

Wieso können wir als engste Nachbarn Deutschlands den Deutschen nicht sagen, daß wir auf Gedeih und Verderb in einem Boot zusammensteigen, wenn die Amerikaner 6000 km entfernt dies seit 30 Jahren tun?

Madrid will für seine Waffen die Technologie der Deutschen

Spaniens Rüstungsindustrie nimmt 12. Platz in der Welt ein / Wörner informiert sich

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Spanien ist nicht so sehr am Kauf fertiger deutscher Waffensysteme interessiert als vielmehr an der Beteiligung unserer Technologie zur Entwicklung eigener Systeme.“ erklärte Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner nach einem mehrere Tage währenden Besuch in Spanien. Wörner besichtigte u. a. die Panzerfabrik Santa Barbara bei Sevilla und die Flugzeugwerke Construcciones Aeronauticas SA (CASA) in Getafe bei Madrid. Besonders die Flugzeugwerke, wo ein erfolgreicher Lufttransporter für den Export gebaut wird – auch die USA sind interessiert –, beeindruckten den Minister.

Bei einer Pressekonferenz berichtete Manfred Wörner von dem Überkommen, Spanien an europäischen Projekten zur Entwicklung von Waffensystemen der neunziger Jahre zu beteiligen. Es geht dabei um einen Fregattentyp, um ein Jagdflugzeug sowie einen Panzer und Panzerabwehrsysteme der dritten Generation. Die Regierungen von Frankreich und Großbritannien hätten bereits ihre Zustimmung für diesen Plan zur Produktion gemeinsamer Waffen gegeben.

Kein Interesse am Leo 2

Wörners Reise ergab auch, daß Spanien am Kauf des deutschen Panzers Leopard 2 für seine zweite Panzergeneration nicht interessiert zu sein scheint. Spanien arbeitet vielmehr an der Entwicklung eines eigenen Panzers, der mit Hilfe deutscher Technologie auch verkauft werden soll. Der geplante Panzer läuft unter dem Namen „Lince“ (Luchs) und soll leichter als der Leo 2 sein. Spaniens Verteidigungsminister Narcis Serra

vermittelte seinem deutschen Kollegen den Eindruck, Spanien geht es vor allem um die Beschäftigung der Industrie. „Das gilt natürlich auch für den Export“, wie Wörner betonte, ist es schon deshalb unmöglich, daß der Panzer Leo 2 auf diesem Wege in die arabischen Länder gelangen könne. „Die Panzerrohre Deutschland-Spanien-Saudi-Arabien gibt es nicht.“

Bei späterer Ausfuhr des „Lince“ in Drittländer gelte im übrigen für die aus Deutschland stammenden Einzelteile – etwa die Kanone – die restriktiven Exportbestimmungen der Bundesrepublik.

Die spanische Verteidigungsindustrie umfaßt Waffensysteme für Land-, Luft- und Seestreitkräfte. Auf der größten Werft für den Kriegsschiffbau, Bazan in El Ferrol wird zur Zeit der Flugzeugträger „Principe de Asturias“ für Kurzstarter mit 14 500 Verdrängungstonnen gebaut. Hier und in den Bazan-Werken von Cartagena und Cadix werden Lenkflugkörper, Korvetten und U-Boote gebaut. Bazan beschäftigt 14 000 Angestellte und Arbeiter.

In den Santa Barbara-Panzerwerken von Sevilla entstand in Zusammenarbeit mit Frankreich der größte Teil der AMX-30-Panzer mit dem die spanische Panzertruppe zur Zeit ausgerüstet ist. Neben eigenen Panzerabwehrwaffen der Kanonenfabriken vor allem bei Madrid befindet sich eine eigene Flugabwehrwaffe mit zwölf je zwei Zentimeter-Rohren in der Erprobung. Auch sie entstehen in einer der sechs über das Land verteilten besessenen Santa Barbara-Fabriken. Dort werden auch Cetrine-Waffen für die NATO hergestellt.

Der erwähnte C 212-Turbo-Prop

Transporter, einen Kurzstarter, entsteht in der CASA-Flugzeugwerft, wo auch Teile des europäischen Airbus hergestellt werden. Das Unternehmen gehört zu 70 Prozent der staatlichen In-Holding und beschäftigt 8500 Arbeiter und Angestellte. CASA stellt im Auftrag amerikanischer Unternehmen auch Teile für die Satellitenprogramme her. Neben den übrigen Werken und Fabriken für Fahrzeuge und Kanonen, Handwaffen und Feuerleitgeräte ragt auf elektronischem Gebiet Ceca-Sistemas Electronicos mit Werken in Barcelona und Madrid hervor. Sie arbeiten zusammen mit Hughes bei einem landesweiten Radarwarnsystem und rüsten auch Kontrolltürme der Zivilflughäfen aus. Der Flughafen Sevilla z. B. läuft bereits unter spanischer Technologie.

Pro Jahr 5 Prozent mehr

Die spanische Rüstungsindustrie nimmt heute den 12. Platz in der Welt ein. Sie verfügt über 100 Produktionsstätten mit zusammen 56 000 Festbeschäftigten. In den letzten 15 Jahren betrug die Produktionssteigerung jährlich etwa 5 Prozent; sie liegt damit über der anderer Industriebetriebe des Landes. Der Export spanischer Rüstungsgüter erreichte 1982 ungemein viel mehr als 200 Millionen Mark, von denen 92 Prozent über staatliche Firmen, vor allem des nationalen Industriestütztes INI, abgewickelt wurden. Das umfangreichste Exportgeschäft betrifft Ägypten, das mit 600 Straßenpanzern, drei Korvetten, sechs Patrouillenbooten, 260 Transportfahrzeugen und 2000 Landrovern beliefert wird.

(SAD)

Roberto d'Aubuisson spielt im Drama El Salvadors eine Schlüsselrolle

W. THOMAS, San Salvador

Roberto d'Aubuisson (40) gilt als der charismatischste Politiker El Salvadors. Aber auch als der kontroverseste. Er fanatisierte Freunde und Feinde – und viele Journalisten. Ein großer Teil der westlichen Presse behandelt den schmächtigen Mann wie eine Haßfigur. Er wird in die rechte Ecke der politischen Bühne Lateinamerikas gestellt, gleich neben den chilenischen Staats- und Armeeführer Augusto Pinochet. Über einstimmig herrscht lediglich in dieser Frage: d'Aubuisson spielt eine Schlüsselrolle in dem salvadorianischen Drama. Er hat durchaus Chancen, nächster Präsident dieser Krisennation zu werden. Dies wäre der Kulminationspunkt einer unwahrscheinlichen Karriere. Der Wahltermin ist am 26. März. Schon mit 15 Jahren besuchte d'Aubuisson die Militärakademie und spezialisierte sich dann bei der Nationalgarde auf den Bereich Geheimdienst und Sicherheit. Er absolvierte Polizeihelänge in Washington, Uruguay und Taiwan und avancierte schließlich zum Major und Geheimdienstchef der Nationalgarde. Der junge Offizier ist der Protégé des Generals José Alberto Medina gewesen, der in den frühen sechziger Jahren diesen Truppenverband kommandierte. Von Medina übernahm d'Aubuisson einen tiefen Haß auf die Kommunisten und die Kontakte zu paramilitärischen Verbänden.

Die von d'Aubuisson gegründete Partei „Nationale Republikanische Allianz“ (ARENA) beteiligte sich an den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 28. März 1981, und zwar höchst erfolgreich. Duarte Christdemokraten erwiesen sich zwar als stärkste Partei (40,5 Prozent). Die ARENA (29 Prozent) konnte jedoch eine Koalition schmieden mit der konservativen „Nationalen Versöhnungspartei“ (PCN) und Duarte

und seine Gefolgsleute in die Opposition verbannten. d'Aubuisson wurde Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung.

Die Präsidentschaftsperiode, die im November letzten Jahres mit der Verabschiedung der neuen Verfassung endete, war jedoch nicht ohne Rückschläge verlaufen. d'Aubuisson konnte nicht einen Mann seiner Wahl zum vorübergehenden Staatsoberhaupt machen. Die Streitkräfte, die Christdemokraten und die amerikanische Botschaft, die Hintergrundregie führte, setzten schließlich den Bankier Alvaro Magaña durch. Die „Nationale Versöhnungspartei“ (PCN) spaltete sich, bei wichtigen Abstimmungen bildete sich eine Mehrheit der gemäßigten Kräfte.

Mit der Carter-Regierung unterhielt d'Aubuisson schon ein gespanntes Verhältnis. Zu seiner Überraschung blieben auch Präsident Reagan und dessen Mittelamerika-Strategen auf Distanz zu ihm.

Das blutige Kapitel der Todeschwadronen bringt den Major nach wie vor ins Zwielicht. Der ehemalige US-Botschafter White, der heute in Washington einen Feldzug gegen d'Aubuisson führt, behauptet, er habe hinter der Ermordung des Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero im März 1980 gestanden. Dem Ex-Diplomaten „fehlen hundertprozentige Beweise“, wie er einräumt. Richard Fairbanks, ein hoher State-Department-Beamter, identifizierte d'Aubuisson 1981 in einem Brief an einen Kongreßausschuß als Führer der „Maximiliano Hernandez-Brigade“, einer der berüchtigtsten paramilitärischen Organisationen. Alle Vorwürfe und Verdächtigungen werden von d'Aubuisson zurückgewiesen.

Die Aktivitäten der paramilitärischen Verbände, die in den letzten Monaten spürbar zurückgegangen sind (eine Reaktion auf den schärfsten Druck der Reagan-Regierung), Bestreben Ishibashis, die SPJ als eine Partei mit ausgeglichener Diplomatie zwischen Ost und West vorzustellen.

Der Parteitag bekräftigte auch den Beschluß, die veralteten Klassenkampfparolen gegen den „Monopolkapitalismus“ über Bord zu werfen und die Forderung nach Machtergreifung durch Revolution aufzugeben.

Die Sozialisten steuern jetzt einen Kurs, der sie durch allmähliche Reformen und Blindnisse mit den Mittelparteien im Parlament an die Regierung bringen soll. Bisher besteht allerdings keine Einheit im Oppositionslager. Die buddhistisch orientierte Kometto, die drittstärkste Partei und der am ehesten in Frage kommende Koalitionspartner, mißbilligt die Verteidigungspolitik der Sozialisten und steht dem Standpunkt der regierenden Liberaldemokraten in dieser Frage näher.

konnten „Major Bobby“ bisher nicht viel schaden. Er ist der wirkungsvollste Wahlkämpfer mit der bestfinanzierten Werbekampagne. d'Aubuisson folgte auch dem Rat seiner Berater und gibt sich bei seinen Äußerungen moderater.

Er setzt immer noch auf eine militärische Lösung des Konflikts. „Mit Kommunisten kann man nicht verhandeln“, ruft der Präsidentschaftskandidat ins Mikrofon, und die Menge antwortet: „Vaterland ja, Kommunismus nein.“ d'Aubuisson zeichnet die Christdemokraten als heimliche Kommunisten: „Die Christdemokraten wollen an die Macht zurückkehren, um das Land Schritt für Schritt dem Kommunismus auszuliefern.“ Er verteilt Seitenhiebe gegen die Amerikaner: „Wir essen lieber Reis und Bohnen als das Butterbrot der Gringos.“ Die ARENA läßt Stofstangen-Aufkleber verteilen, die verkünden: „Gebt Euer Land auf, nicht unseres.“

d'Aubuisson geht aber auch auf die sozialen Probleme ein. „Wir stehen hinter der Landreform“, versichert er vor Campesinos in den ländlichen Gebieten. Er hat in den letzten Wochen seiner Amtsperiode als Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Grundstücksrechte an bisher besitzlose Bauern verteilt. Er wirbt diesmal, intensiver als bei den Wahlen vor zwei Jahren, um die Stimmen der unteren Bevölkerungsschichten.

Die Stimmen eines großen Teils der Mittelschicht sind ihm sicher. Es handelt sich um einen Sektor, der seinen Besitzstand bewahren und diesen Krieg so schnell wie möglich beendet haben will. Nach vierjährigen Kampfhandlungen verlieren viele Salvadoraner die Geduld. Immer weniger Menschen vertrauen dem Slogan der Christdemokraten: „Duarte ist die Lösung.“

(SAD)

Bestreben Ishibashis, die SPJ als eine Partei mit ausgeglichener Diplomatie zwischen Ost und West vorzustellen.

Der Parteitag bekräftigte auch den Beschluß, die veralteten Klassenkampfparolen gegen den „Monopolkapitalismus“ über Bord zu werfen und die Forderung nach Machtergreifung durch Revolution aufzugeben.

Die Sozialisten steuern jetzt einen Kurs, der sie durch allmähliche Reformen und Blindnisse mit den Mittelparteien im Parlament an die Regierung bringen soll. Bisher besteht allerdings keine Einheit im Oppositionslager. Die buddhistisch orientierte Kometto, die drittstärkste Partei und der am ehesten in Frage kommende Koalitionspartner, mißbilligt die Verteidigungspolitik der Sozialisten und steht dem Standpunkt der regierenden Liberaldemokraten in dieser Frage näher.

(SAD)

Karsten Voigt übt in Paris heftige Kritik an Frankreichs Militärpolitik

Der SPD-Sprecher warnt vor Beeinträchtigung der beiderseitigen Beziehungen

A. GRAF KAGENECK, Paris
Äußerst vehement hat Karsten Voigt, außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, in einem Vortrag vor dem Pariser „Institut für Internationale Beziehungen“ (IFRI) Kritik an der „Zweigliedrigkeit“ der französischen Militärpolitik den deutschen Verbündeten und Partnern gegenüber geübt. In der Bundesrepublik, besonders in deren Nachkriegsgeneration werde heute nicht mehr akzeptiert, daß Frankreich Atomraketen besitze, die auf deutsches Gebiet schießen können, ohne daß über deren eventuellen Einsatz klare Absprachen mit der Bundesregierung bestehen (gemeint ist die in Ostfrankreich stationierte taktische Atomrakete „Pluton“ mit einer Reichweite von 120 km, die nach offizieller französischer Doktrin als „letzte Warnung an einen Angreifer vor dem großen Atomschlag auf dessen Städte angesehen wird).

Als ebenso unmöglich bezeichnete es Voigt, daß 50 000 französische Soldaten in der Bundesrepublik stehen, ohne daß man bisher wüßte, welche Rolle sie in einem Krieg in Europa spielen würden (In der Tat wird deren Einsatz an der Seite der NATO-Verbündeten von einer entsprechenden „Entscheidung der politischen

Instanzen“ abhängig gemacht). Es gehe nicht an, sagt Voigt, daß Menschen auf Tagungen der SPD insgeheim besorgte Fragen nach der Rolle der Franzosen in einem europäischen Krieg stellten, öffentlich aber aus Rücksicht auf den Partner nie darüber gesprochen wird. „Ein noch längeres Schweigen zu diesen Fragen wäre schlecht für unsere beiderseitigen Beziehungen“, warnte Voigt.

Franzosen in der Runde, unter ihnen der ehemalige Botschafter beim Brüsseler NATO-Rat François de Rose und Linksaußenminister Jean-Pierre Chevènement, widersprüchlich. „Unklarheit“ in der französischen Bündnispolitik, die die jedoch Bestandteil der französischen Abschreckungsdoctrin insofern sei, als der Gegner Frankreichs Haltung nicht vorher einkalkulieren könne und damit ein zusätzliches Aggressionsrisiko laufe. De Rose wandte ein, daß Frankreich mit der Aufstellung schneller Eingreifkräfte (FAIR) ein klares „Commitment“ für die Verteidigung Europas eingegangen sei. Leo Hamon zog sich auf seine Bemerkung, niemand könne von Frankreich erwarten, daß seine atomare Streitkraft auch Hamburg und Frankfurt schütze, die schneidende Antwort des

französischen Diskussionsleiters zu: „Wieso können wir als engste Nachbarn Deutschlands den Deutschen nicht sagen, daß wir auf Gedeih und Verderb in einem Boot zusammensteigen, wenn die Amerikaner 6000 km entfernt dies seit 30 Jahren tun?“

Die Debatte darüber, wann und in welcher Form Frankreichs Atomstreitkräfte Deutschland mitschützen und die Deutschen sogar einen Finger an ihrem Abzug haben sollten, wogt in Frankreich zur Zeit heftiger denn je hin und her. Der frühere Präsident Giscard d'Estaing tritt in seinem soeben erschienenen Buch „Zwei Drittel der Franzosen“ für einen solchen Schutz im Rahmen einer europäischen Verteidigung ein, ohne den Deutschen allerdings einen Einsatz einzuräumen. Andere, wie der Philosoph Glucksmann oder die ehemalige Ministerin Simone Veil wollen die Bindung der Bundesrepublik an den Westen durch Einräumung einer atomaren Mitverantwortung stärken. Wieder andere, wie der ehemalige französische Botschafter in Bonn Henri Froment-Meurice, warnen vor einer unabhängigen europäischen Verteidigung, die zu einer Abkopplung Amerikas führen könnte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wenn einer eine Reise tut...

Sehr geehrte Damen und Herren, aus aktuellen Anlässen erscheint es mir, auf Äußerungen des Herrn Hans-Jürgen Wischniewski, reisender Ost- und Nahostexperte der SPD („Ben Wisch“), zurückzukommen, die er nach seiner jüngsten Polen-Reise tat (DIE WELT, 8. Februar). Eine Goodwill-Tour in Jaruzelskis Polen selbst ist eine Geschmacksache, noch mehr, die Hand eines Genossen Rakowski zu schütteln, den nicht einmal Ehefrau und Sohn (gerade als politische Flüchtlinge in der Bundesrepublik unterwegs in eine neue ferne Heimat) sehen wollten, als dieser zufällig zu dieser Zeit unser Land besucht hatte.

Wenn aber Herr Wischniewski in Polen zur Zeit „mehr Liberalität“ gefunden haben will, kann man nur kopfschüttelnd sich fragen, welchen Irrlichtern er nachgegangen sei. Weiß er nicht, daß gerade gegenwärtig etliche, und seit seinem Polenbesuch zunehmend immer mehr politische Gefangene in Hungerstreik getreten sind, um gegen die unmenschlichen Verhältnisse in den polnischen Gefängnissen zu protestieren?

Wischniewskis Gerede von „polnischer Liberalität“ wird schon alleine dadurch Lügen gestraft, daß Jaruzelskis Regime nicht einmal die jetzt fällig gewordenen Scheinwahlen für den Sejm abzuhalten wagt, sondern sie bis Jahresende aufschieben ließ. Den Plan eines Fonds für die selbständigen Bauern, zu deren Verwaltung die Kirche sich angeboten hatte und dem auch Waleśa seinen Friedensnobelpreis überließ, schiebt der Sejm mit Unwillen vor sich her.

Unter dem immer stärker auf ihm lastenden Druck ließ Kardinal Glemp Pater Nowak, zu dessen Pfarre auch die Traktorenfabrik „Ursus“ in Warschau gehört, und in dessen Pfarrikirche nebst vielen anderen Bürgern die Solidarnosc-treuen Arbeiter sonntäglich immer neuen Mut schöpfen, versetzen, anderen Pfarrern sollte das gleiche Schicksal widerfahren, ganz zu schweigen von der zunächst vorübergehenden Verhaftung des Pfarrers Popielusko.

Während Wischniewski um Verständnis für die von Jaruzelski ins Leben gerufenen neuen, von Staat

und Partei unterstützten Gewerkschaften warb, gab selbst Barn, der Vorsitzende der neuen Gewerkschaft der Bauarbeiter, zu, nur in einem kapitalistischen Staat seien die Gewerkschaften Interessenvertretungen der Arbeiter. Im Sozialismus hätten sie politische Aufgaben, deshalb seien sie auch nicht in der Lage gewesen, die im Februar in Kraft getretenen Lebensmittelpreissteigerungen zu verhindern.

Schließlich sei noch hingewiesen auf einen gemeinsamen Aufruf der Vertreter der tschechischen Bürgerrechtskämpfer der Charta 77 unter der Federführung von Waclaw Havel und Jiri Hajek und der polnischen Solidarnosc und KOR, unterzeichnet von Bujak, die eine gemeinsame Geheimkonferenz in der Nähe der tschechoslowakischen Grenze abgehalten hatten, in dem beide Völker aufgerufen worden sind, mit unveränderter Kraft um Freiheit und Menschenrechte zu kämpfen. Dieses Geheimtreffen fand am 14. Februar unter Teilnahme von etwa 50 Bürgerrechtskämpfern statt.

Es sei noch eine Frage an Herrn Wischniewski erlaubt: Weiß er wirklich nicht, daß Jaruzelski nichts anderes ist als ein Platzhalter im Kremel, von dem nur die KGB-Desinformationskampagne glauben machen will, er habe „Schlimmeres“ verübt? Weiß Wischniewski nicht, daß kein polnischer Minister oder auch nur ein Polizeipräsident einen Schritt ohne seine ihm zugeordnete sowjetische Berater tun kann, die auch allen Arbeitssitzungen beizuhocken, zu allen Geheimakten Zugang haben?

Mit freundlichen Grüßen
Karl Fahlth
Altensteig 1

Zivilcourage?

„Leserbrief: Identitätskarte“, WELT vom 28. Februar
Aus dem Leserbrief des Generals

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntypisch zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Rauf erfahren wir Erstaunliches. In einem 23 Zeilen langen Schachtelsatz werden wir belehrt, daß es einen „juristischen Sachverständigen des Ministeriums“ gibt. Natürlich gibt es den nicht, wohl aber sitzen in diesem Amt, in dem übrigens eine politische und militärische „Leitung“ zu bestehen scheint, hochkarätige Juristen, die – wie General Rauff treffend bemerkt – mit der Angelegenheit befaßt werden müssen.

So weit, so gut. Unverständlich jedoch des Briefschreibers Einlassung, der Generalinspekteur hätte „in allen Phasen des Geschehens“ eingeschaltet und an der „Willensbildung und Entscheidungsfindung“ beteiligt werden müssen. Wurde er das denn nicht? Hat der General Rauff denn nicht vernommen, daß Herr Wörner mehrfach und nachdrücklich betont hat, die Generalität stehe bei allen seinen Maßnahmen und Entscheidungen geschlossen hinter ihm?

So hat also der Herr Minister faust dick gelogen, und alle Generale – in Travemünde anscheinend zu einem Plaudermeeting versammelt – nehmen es schweigend und widerspruchlos hin!

Dieser jugendlichen, zu 95 Prozent kriegsunerfahrenen und überwiegend traditionslosen Generalität ins Stammbuch: Auch in unserem demokratischen Staat wurde das Wort „Zivilcourage“ im Duden nicht gestrichen.

Heinz v. Schönfeldt
Oberst a. D.
Bad Münster am Stein

Wort des Tages

„Der Mensch ist geschaffen und gestellt zwischen zwei Grenzpunkten: zwischen Zeit und Ewigkeit. Die Zeit sollte für uns nie mehr sein als ein Durchgang zu dem Ziel, und Ewigkeit sollte unsere Wohnung, unser Endziel sein.“

Johannes Tauler, dt. Mystiker (1300-1361)

Haß auf Eliten

„Neurotische Reichartigkeit gegen Eliten“, WELT vom 28. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, bitte veröffentlichen Sie den folgenden Leserbrief! Wieso mag Herr W. Brandt keine Eliten? Zählt er sich nicht dazu wegen seines Rufes, seines Einkommens und seines Vermögens? – Wieso kann er den harten Widerstand der Gewerkschaften gegen die Schaffung von Eliten anknüpfen? Ist er auch Gewerkschaftsführer?

Ich habe keinerlei Minderwertigkeitskomplexe, bekenne jedoch, daß ich mich nicht zu geistigen Eliten zähle, obwohl ich promovierter Dipl.-Chemiker mit Dolmetscherexamen bin und nur Qualitätsexamina abgelegt habe. Aber meine Ausbildung befähigt mich, elitäre Menschen zu erkennen! Und ich kenne elitäre Wissenschaftler und Praktiker!

Wer die intensive Förderung unserer wenigen elitären Bürger und Bürgerinnen behindert, schadet der Zukunft unseres Volkes wie kaum jemand anders!

Herzlichen Dank dem Schreiber Ihres Aufsatzes!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. F. W. Ossenbrink
Erbach 3

Häufiger Name

„Leserbrief: Kronland Schlesien“, WELT vom 16. Februar

Horst Gobel irritiert mit seiner Zuschrift „Kronland Schlesien“ die Leser, wenn er auf der Suche nach dem Geburtsort Gregor Mendels den Ort Heinzendorf bei Troppau erwähnt. Tatsächlich gab es in Schlesien sechs Ortschaften mit dem Namen „Heinzendorf“, und zwar bei Habelschwerdt, im Kreis Neisse, im Kreis Wohlau, im Kreis Frankenstein und bei Neusalz a. d. Oder, weiterhin die Gemeinde „Groß Heinzendorf“ über Lüben / Schles. (Quelle: Müllers Großes Deutsches Ortsbuch von 1938.) In einem der schlesischen Heinzendorfs ist Mendel aller Wahrscheinlichkeit nach zur Welt gekommen.

Mit freundlichem Gruß
Hans Eberhard Felsch
Herford

Hiermit beenden wir die Diskussion.
Die Redaktion.

Personalien

VERANSTALTUNGEN

„Sie sind ein großer Mann. Aber der größte kam aus Köln. Da war unser Adenauer.“ So Kölns Karnevalisten gestern im Bonner Kanzleramt zu Helmut Kohl. Der Bonner Regierungschef hatte einen Tag vor Weiberfastnacht das Kölner Dreigestirn, Prinz Jupp VI., Josef Söller, Glasermeister, Bauer Claus, Claus Wagner, Metzgermeister, und Jungfrau Theodora, Theo Schneefeld, Dachdeckermeister, nach Bonn eingeladen. Daß die Lage im Kanzleramt „nun auch eindeutig nährlich geworden ist“, stellten nicht nur die Toiletten aus Köln fest. Diese Meinung vertrat auch der Regierungschef. Kohl: „Meine Kabinetts-

kollegen und ich sind die ganze Zeit schon in den tollen Tagen. Wir bereiten den EG-Gipfel in Brüssel vor.“

Die Nacht vor dem Bonner Karnevals Empfang hatte Helmut Kohl aus diesem Grunde in London verbracht und sich zu Beratungen mit Regierungschefin Margaret Thatcher getroffen, mit der er jedoch dann am Abend nicht speiste und statt dessen in das berühmte Londoner Vergnügungsviertel Soho fuhr. Im Kanzleramt hieß es dazu ausdrücklich, dies natürlich in Begleitung von Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Stiftung. Kohl wollte in Soho chinesisches speisen. Helmut Kohls gute Laune hielt bis Bonn, und auch über kleine Anzüg-

lichkeiten konnte der Regierungschef noch lachen. So, als ihm die altehrwürdige Kölner Prinzenkarneval den Orden eines Generals umhängte und versicherte, bei der Prinzenkarneval gehe man nur bis zu einem „Drei-Sterne-General“ hinauf. Helmut Kohlerwies sich in diesem Jahr karnevalsfester als im letzten. Er „büttzte“, also küßte, wieder Karneval es verlangt, die Beueler Wälscherprinzessin Antje Werner, die „Bonna“ Regina Hampf und das Kölner Tanzmariechen Britta Rodila. Im letzten Jahr gab es bei diesem närrischen Brauch noch Probleme. Als ein Fotograf von Associated Press den Kanzler aufforderte, die damalige Prinzessin zu „büttzen“, rief Kohl in die Runde: „Ich bin doch nicht für Eure Perversionen da.“ Das närrische „Büttzen“ auch im Kanzleramt geht bis auf Konrad Adenauer zurück. Der hatte, eingedenk seiner Erfahrungen als Kölner Oberbürgermeister, regelmäßig die Kölner Karnevalsnarren in das Bundeskanzleramt geholt.

Wieder einmal gab es eine Weltpremiere in der Bonner Berlin-Vertretung: Der berühmte Flötist Carlo Bernabè Sebon stellte sein „Capriccio“, „Scholz-Gerick“ vor. Es war Helga Scholz-Hoppe gewidmet, der Frau des Berliner Bundesensators Professor Rupert Scholz und der Protokollchefin des Hauses, Marie-Luise Gerike. Zu dem mit viel Applaus bedachten Flötenkonzert kamen Gäste aus nah und fern: Staatsminister Friedrich Vogel aus dem Bundeskanzleramt, Berlins früherer Regierender Bürgermeister und ehemaliger Israel-Botschafter Klaus Schütz, RIAS-Intendant Ludwig Freiherr von Hammerstein und ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel. Mit Sebon spielten Wolfgang Fehmer, Jürgen Paarmann, Klaus Flenge, Jürgen Grabe, Joachim Mühlentich, Bernhard Herting, Matthias Krehner und Gerhard Müller-Goldmann.

EHRUNG
Zum Ende der Berliner Filmfestspiele ist auch der mit 5000 DM dotierte Otto-Dibelius-Filmpreis der West-Berliner Evangelischen Kirche verliehen worden. Die Auszeichnung ging zu gleichen Teilen an den Wettbewerbsfilm „Der Mann ohne Gedächtnis“, den der Schweizer Regisseur Kurt Gloor machte, und an den Forum-Beitrag von Billy Woodberry, USA, „Bless their little hearts“, in der die Lage der Schwarzsamerikaner dargestellt wird.



„Tolle Tage“ im Kanzleramt. Der Pfälzer Helmut Kohl mußte sich auf „Alcor“ einstellen, als er das Kölner Dreigestirn empfing. Kölns Narren einbütteln: Im „Vorort“ Bonn ist es auch ganz schön.



Mit „roter Poppenose“ kam Staatsminister Jürgen Möllemann (rechts). Da staunte auch Norbert Blum, der „Trickreiche“, wie Kohl ihn nannte.

FOTOS: KEI

Wir trauern um den Leiter unseres Frachtzentrums Kühlshiffe, Herrn

Heinz Anke

der nach schwerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit am 27. Februar 1984 viel zu früh im Alter von 50 Jahren gestorben ist. Herr Anke gehörte der Hamburg-Süd fast 30 Jahre an. Er ist in unserer Reederei Gruppe für die Tank- und Kühlshiffahrt der Firmen Rudolf A. Oetker und Hamburg-Süd, als Leiter der nautischen technischen Abteilung, als Geschäftsführer der Deutschen Nahost-Linien GmbH und als geschäftsführender Gesellschafter der South Marine Pacific Service tätig gewesen. Wir verlieren mit Herrn Anke eine herausragende Persönlichkeit, die sich durch großes fachliches Können, beispielhaftes Pflichtbewußtsein und unermüdliches Engagement für unsere Reederei ausgezeichnet hat.

Herr Anke wird uns ein unvergessliches Vorbild bleiben.

Geschäftsführung, Mitarbeiter und Betriebsrat

Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft Eggert & Amsick

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 1. 3. 1984, um 15.00 Uhr auf dem neuen Friedhof in Jestedorf, Kreis Harburg.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Prof. Dr. Johannes Feske

der am 23. Februar 1984 im Alter von 80 Jahren plötzlich und unerwartet gestorben ist.

Prof. Dr. Feske war der Initiator für die Gründung des Forex Club Deutschland e. V. – der Vereinigung der deutschen Devisenhändler – im Jahre 1956. Als erster Präsident hat er die Entwicklung unserer berufständischen Vereinigung entscheidend geprägt. Nach seinem Eintritt in den Ruhestand stand er uns als Ehrenpräsident immer mit Rat und Tat zur Seite.

Forex Club Deutschland e. V.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 5. März 1984, um 13.00 Uhr auf dem Zentralfriedhof Hamburg-Ohlsdorf, Krematorium Halle B, statt.

Sehr verehrte Chefsekretärin! Als Frau mit Gespür fürs Wesentliche, schneiden Sie diese Anzeige aus und geben Sie sie Ihrem Chef!

SAFETY & SECURITY

Sicherheitsanalysen - u. Beratung, Am Bach 2, 493 Detmold, Tel. 057 56 / 2 99
Ihr Partner in Sicherheitsfragen

Ich suche Kontakt zu einem

Geschäftsführer

mit guten Verbindungen zu Architekten, Bauunternehmungen etc. für meinen finanziell gesunden, überschaubaren und flexiblen Fenster- und Hausturbetrieb (selbständige Niederlassung) zwischen Oldenburg und Westerstede.

Wenn Sie eine selbständige unternehmerische Aufgabe (Beteiligung möglich) suchen, dann schreiben Sie mir unter H 4604 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

mach mit...



Aktion Saubere Landschaft e. V.

Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

Eine Uhrfabrik in der Türkei

die Quarzuhren und mechanischen Uhren für Firmen, die Uhrwerke liefern können. Wir wollen vor allem einführen:

1. Plastische Zahnräder für Quarz-Uhrwerke,
2. mechanische Zahnräder für Bimbo-Uhrwerke,
3. Formen für die Herstellung von plastischen Zahnteilen, Gehäusen, Chassis und ähnlichen Plastikteilen,
4. für Quarz-Uhrwerke elektronische Platten, 32 768 KHz-Sekunden-Uhr-Integrieren und Quarz-Kristalle und keramische Kondensatorstellen.

APSAŞ, Saat ve Elektronik Sanayi A.Ş. Telsatoka, Vakıf İhşani No. 402, Eminönü/İstanbul/Türkei

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden
Chefredakteur: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kersch
Stellv. Chefredakteur: Peter Gilles, Bruno Walpert, Dr. Günter Sehn

Berliner der Chefredaktion: Helmut Barth
Hamburg-Ausgabe: Dietrich Gans

Chef von Dienst: Klaus Jürgen Pritschke, Friedo W. Hering, Rainer Schaefer, Rainer Jense-Martin, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Vorstandsmitglied: Rainer Hübner, Hamburg
Chefredakteur: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kersch, Dr. Günter Sehn, Dr. Manfred Köhler, Rainer Schaefer, Rainer Jense-Martin, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Verantwortliche Redakteur: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Redaktionsleiter: Dr. Leo Fischer, Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Kahl, Lohsche (WELT-Report), Bonn: Rainer Hübner, Hamburg

Zentren

„Brot für die Welt“ unterstützt eine große Anzahl von Sozialzentren in Asien, Afrika und Lateinamerika leisten die wichtige Bildungsarbeit. Vor allem für die ärmsten Bevölkerungsschichten auf dem Lande. Qualifizierte Helfern werden die Zentren und helfen Kurse ab. Abends nach getaner Arbeit kommen die

Brot für

Frauen der Dörfer zusammen. Im Schein von Petroleumlampen lernen sie Lesen und Schreiben, wird Mühseligkeit erteilt, über Hygiene gesprochen, über die richtige Ernährung der Kinder... Machen Sie Hilfe zur Selbsthilfe möglich! Drei Lampen pro Zentrum kosten DM 50,-

die Welt

Spezialentwurf 500 Stück pro bei Langzeitabnahme Stuttgart, Commerzbank AG Stuttgart und Postfachamt Köln

Sie sind eine Vertriebspersönlichkeit oder wollen eine werden, die Mitarbeiter selbständig motivieren und kontrollieren kann: Sie wollen ihr berufliches Arrangement um des Erfolges willen mit ganzer Kraft betreiben und stimmen einem leistungsabhängigen Einkommen voll zu:

Wir bauen und vertreiben ein Produkt für den Urlaub und die Freizeit, von dem viele träumen – zu unschlagbaren Konditionen: Wir wollen unsere Kunden sorgfältig beraten und betreuen. Wir vergeben feste Vertriebsgebiete zu sonstigen Bedingungen. Wir wollen kein Eigenkapital, sondern Ihre Fähigkeiten.

Ihre Kurzbewerbung senden Sie bitte unter G 4361 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EDV in Ihrem Betrieb – aber wie fange ich an?

Diese Frage beantwortet objektiv, neutral, schnell und preiswert eine Beratung durch uns! Wir sind spezialisiert auf dieses Thema – fordern Sie uns! Stefan Zuck - Unternehmensberatung - 6720 Speyer/Rh., Eisdamm 34, Telefon 06 21 / 51 62

Ihre Chance

Flourierender Computerladen ist in norddeutscher Großstadt Citylage neu zu vermieten bzw. an unbegrenzten Computerverkäufer (Hard- u. Software) abzugeben. 200 m² Geschäftsräume, Auslagen, Lagerkeller u. KFZ-Stellplätze vorhanden.

Zuschr. u. P 4631 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Fit fürs Management.

Körperliches und geistiges Fitness-Training für das Management: den ständigen Druck durch Probleme und Konflikte ohne Ausbrennen der Gesundheit vermeiden. Management-Wissen im März zeigt Ursachen, Wechselwirkungen und Konsequenzen.

Außerdem lesen Sie:

- Berührungängste überwinden: Manager und Computer.
- Führungs-Charisma: Der Wille zum Führen.
- Management-Methoden in Japan.
- Schnell-Lese-Training mit dem Home-Computer.
- Hammer-Messe: So finden Sie sich zurecht.

Management Wissen. Das Magazin für Führungskräfte. Jetzt aktuell. Bei ausgewählten Zeitschriften-Verkaufsstellen. Oder direkt anfordern bei: Vogel-Verlag Abt. 755, Postfach 6700, 8700 Würzburg

Wörner nennt NATO-Vorschlag „Provozierung“

DW, Madrid

Verteidigungsminister Manfred Wörner vermutet in den Vorschlägen Henry Kissingers zur NATO-Reform eine bewusste „Provozierung“ der Europäer, um deren Verteidigungsbeziehung zu stimulieren. Der Vorschlag Kissingers, der auf eine Reduzierung der amerikanischen Verantwortung in Europa hinausläuft, signalisiere wachsenden Unwillen und Enttäuschung der Amerikaner über die europäische Verteidigungsmüdigkeit. Wörner erklärte in Madrid, Kissingers Vorschlag müsse „in seiner kritischen Tendenz ernstgenommen werden“.

Die Ernennung eines europäischen NATO-Oberbefehlshabers allerdings lehnte Wörner entschieden ab. Damit fehle der direkte Draht zur Führungsmacht des westlichen Verteidigungssystems. Zudem sei ein Amerikaner auf diesem Posten gleichzeitig Chef der US-Streitkräfte, die den wichtigsten Teil der NATO stellen.

Die Bundesrepublik Deutschland braucht sich nach Ansicht des Ministers in Kissingers Kritik nicht „einklinken“ zu lassen, da sie besondere Verteidigungsanstrengungen unternimmt. Als Beispiel nannte er unter anderem die Aufstellung von zusätzlich 93 000 Mann einer neuen Eingreifreserve für Krisenzeiten, die Verstärkung der Zahl der Reservisten auf 1,2 Millionen Mann und eine mögliche Verlängerung der Wehrpflicht.

Magnetbahn bleibt im Gespräch

dl, Hannover

Ihr großes Interesse an dem Plan, eine Magnetschwebebahn von Hannover nach Berlin zu bauen, haben Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht und der Berliner Regierende Bürgermeister, Eberhard Diepgen, in einer gemeinsamen Erklärung in Hannover bekräftigt. Beide Politiker wollen sich dafür einsetzen, daß das Projekt in allen Aspekten zügig geprüft wird.

Der Bau der Magnetschwebebahn würde Investitionen von rund vier Milliarden Mark erfordern. Die Fahrzeit von Hannover nach Berlin dürfte etwa eine Stunde betragen, der Betrieb der Bahn wäre von der Witterung unabhängig. Die neue Technik wird zur Zeit im Ermsland erprobt.

Washington distanziert sich von Kissingers NATO-Vorschlägen

Fortsetzung von Seite 1

sagte: „Amerikaner, die behaupten, die Verbündeten träten den Sowjets nicht mehr entgegen, wissen nicht, wovon sie reden. Europa ist der Raketenbedrohung entgegengetreten – mit der Dislozierung eigener Mittelstreckenraketen. Im Gefolge dieser Entscheidung hat die NATO große Zuversicht zu sich selber gewonnen; in einigen Ländern flacht die Raketen-Debatte wieder ab.“

Auf den Hinweis der WELT, daß Bundeskanzler Kohl im Vorfeld seiner kommenden Washington-Reise angekündigt habe, der Beginn der Raketen-Dislozierung verleihe ihm eine „moralische Verpflichtung“, Präsident Reagan auf verstärkte Abrüstungsbemühungen zu drängen, antwortete Burt knapp: „Durch die Einhaltung des NATO-Doppelbeschlusses hat Kanzler Kohl sich das Recht verdient, mit seiner eigenen Stimme zu sprechen.“ Und diese Stimme finde bei Präsident Reagan immer ein Ohr.

In der Unterhaltung in Burts Büro im siebten Stock des State Department machte die WELT auch auf einige Tischbemerkungen aufmerksam, die Staatssekretär Eagleburger am 31. Januar gemacht hatte, und in denen die Europa-Kritik Kissingers vielfach wie vorweggegriffen anklang. Eagleburger war sogar, was Kissinger in seinem Aufsatz vermeiden hatte, so weit gegangen, die europäischen Beziehungen der USA mit der amerikanischen pazifischen Option zu vergleichen, und zu folgern: „Ich spreche hier von Sorgen, ... die man damit beschreiben sollte: Eine Verlagerung des Schwerpunkts der amerikanischen Außenpolitik ist im Gange, weg von den transatlantischen Beziehungen, hin zum Pazifischen Bassin, vornehmlich zu Japan.“

Ob hier nicht den Europäern mit einem großen Stock gedroht worden sei, fragte die WELT Burt, und ob es nicht eine logische Linie zwischen diesen Äußerungen und einigen drohenden Passagen im Kissinger-Aufsatz gäbe?

Der Europa-Direktor, sichtlich unglücklich, an die umstrittenen Aussagen Eagleburgers erinnert zu werden, gab sich defensiv. „So hat es Lawrence Eagleburger nicht gemeint.“ Er begrüße aber die Gelegenheit, folgendes klarstellen zu können:

„Die USA sind eine globale Macht. Wir haben immer eigene ausgedehnte Beziehungen zu Asien unterhalten. Es ist das Verdienst von Außenminister Shultz, diese Beziehungen verstärkt zu haben. In den letzten drei Dekaden haben die USA, was die Frage Europa und Asien angeht, ausreichend demonstriert: Wir müssen hier keine Wahl treffen.“

In einem nachfolgenden Gespräch machte ein anderer höherer Beamter des State Department zur sogenannten „pazifischen Option“ die folgenden Bemerkungen: „Asien ist in den USA in den letzten zehn Jahren vielfach übersehen worden. Das hatte mit dem Rückzug aus Vietnam zu tun. Die jetzige stärkere Hinwendung zu diesem Raum ist für die USA nichts Neues. Es ist vielmehr die Wiederherstellung einer alten Ausrichtung. Wir sind naturgemäß auch eine pazifische Macht. Was uns vor-schwebt, ist eigentlich dies: Wir wollen das Dreieck zusammenbringen, das Dreieck Europa, Amerika, Asien. Da gibt es ein schwaches Glied zur Zeit: die Knüpfung Europa-Asien. Diese beiden müssen stärker verbunden werden.“

Die WELT konnte noch weitere Hintergründe in Erfahrung bringen: 1. Bundeskanzler Kohl benutzte bereits das Treffen mit US-Vizepräsident George Bush bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für Andropow, um dem amerikanischen Politiker seine Beschwerde über die Eagleburger-Äußerungen vorzutragen. Die gegenwärtige Bundesregierung, in Fragen des deutschen Beitrags zur gemeinsamen Verteidigung nicht weniger empfindlich als ihre Vorgängerin, verbittet sich entschieden öffentliche Zurechtweisungen.

2. Die gleiche Reaktion wiederholte sich nach Publikation des Kissinger-Aufsatzes – diesmal aber auch in Washington. Das State Department verbittet sich noch am Montag eine interne Sprachregelung, die auf eine brisante Zurückweisung der gesamten Prämisse des Kissinger-Aufsatzes hinausläuft. Es ist bezeichnend, daß auch Bonn offiziell sehr schnell reagierte: In einem Interview, das Staatsminister Alois Mertens am Montagabend einer deutschen Rundfunkanstalt gab, Mertens war, wenn überhaupt, noch schärfer in seiner Kissinger-Kritik als Burt.

3. Kissinger selber dürfte sich mit

seinem Aufsatz vielleicht bei alten Freunden empfohlen haben – aber ob er in der Regierung neue Freunde gefunden hat, wird bezweifelt.

4. Ernstgenommen werden Kissingers Ausführungen noch am ehesten in jenen Teilen, wo er die negativen Folgen der einseitigen europäischen Verdammung der amerikanischen Grenade-Intervention schildert. „Auch wir versuchen den Europäern immer klarzumachen“, sagte ein Beamter im State Department, „was die Herausforderung Moskaus in der Dritten Welt für uns bedeutet. Wenn Europa überlegt, wie es sich beispielsweise in Zentralamerika engagieren soll, dann empfehle ich folgenden Vorschlag: Das amerikanische Volk wird solange nur tastend in neue Entspannung mit Moskau einlenken wollen, wie die Sowjets darauf aus sind, uns in unserer eigenen Hemisphäre eine strategische Niederlage beizubringen.“

5. Es hat im Januar einen ersten Mahner gegeben, der Kissinger von seinem Vorhaben, sich über europäisch-amerikanische Beziehungen im Stil des „Time“-Aufsatzes auszusprechen, abbringen wollte: General a. D. Brent Scowcroft, aufgrund seines abgewogenen Urteils und profunder sicherheitspolitischer Kenntnis, eine der angesehensten Figuren des Washingtoner Establishments.

Kissinger gab Scowcroft halb nach: Auf einem Seminar in Brüssel, das Mitte Januar von der Strategie-Zentrum der Georgetown University (Washington) abgehalten wurde (WELT vom 20. 1.) hielt er statt des jetzt veröffentlichten Textes eine relativ maßvolle Ansprache, die die üblichen Ermahnungen zur Einigkeit und zur Verbesserung der konventionellen Verteidigung der NATO enthielt. Doch ließ Kissinger schon damals in Brüssel verbreiten, daß er bald mit einer „Sprengbombe“ hervorkommen werde, sie nur aus Rücksicht auf die Tagung in Brüssel nicht schon damals gezündet habe.

Doch hat die „Kissinger-Bombe“ bisher nur in der Bundesrepublik Deutschland eingeschlagen. Die amerikanischen Zeitungen verzeichneten den Aufsatz kurz nachrichtlich auf den hinteren Seiten ihrer jeweiligen Ausgaben. Dazu ein diplomatischer Beobachter: „Die Deutschen verhalten sich zu allem, was aus Amerika kommt, wie reichsunmittelbar.“

Irak fing auch die neue Offensive Irans ab

Trotz härterer Kämpfe: Ölpreise stiegen nur leicht

rt/dpa, Bahrain/Berlin

Im Golf-Krieg ist die jüngste iranische Offensive gegen Irak offenbar steckengeblieben. Die Lage sei fast unverändert, verlautete aus US-Regierungskreisen in Washington. Dies deckt sich mit irakischen Angaben, nach den vier Offensiven der vergangenen Woche sei auch der jüngste iranische Vorstoß abgefangen worden. Auf dem Rotterdamer „Spotmarkt“ für Rohöl haben die Preise nach den Berichten über angebliche irakische Bombenangriffe auf die iranische Ölverladeinsel Kharg nur leicht angezogen.

An der Südfont im Golf-Krieg räumte gestern ein irakischer Abschnittskommandeur ein, die Insel Madschnun am Zusammenfluß von Euphrat und Tigris sei in iranischer Hand. Er kündigte eine Gegenoffensive an, um die Insel vom Feind „zu säubern“.

Die Iraker führten der Presse 150 iranische Kriegsgefangene vor, unter ihnen Kinder im Alter zwischen elf und 16 Jahren. Iran gab an, den irakischen Truppen schwere Verluste zu gefügt und mehrere Gegenangriffe abgewiesen zu haben.

Der Behauptung Iraks vom Montag, seine Luftwaffe habe die Insel Kharg bombardiert, widersprach der Kapitän des norwegischen Tankers „Berge King“, der am Montag im

Ölhafen von Kharg festgemacht hatte und ohne Schwierigkeiten beladen worden war. Damit bestätigte der Kapitän die iranischen Dementis.

Iraks Vize-Ministerpräsident Taha Yassin Ramadan drohte in Paris erneut mit Angriffen auf jeden Tanker, der Kharg anlaufe. Die Insel ist ebenso wie die anderen iranischen Häfen von Irak zum Sperrgebiet erklärt worden. Iran will im Falle einer Störung seiner Ölausfuhr den Persischen Golf für die gesamte Schifffahrt sperren. Um dies zu verhindern, haben die USA an beiden Enden der Straße von Hormuz rund 30 Kriegsschiffe zusammengezogen, darunter einen Flugzeugträger.

Auf die Berichte über eine mögliche Bombardierung des Hafens von Kharg und über eine drohende Blockade der Straße von Hormuz hat der freie Rotterdamer Ölmarkt bisher gelassen reagiert. Ein Sprecher des Rotterdamer Mineralöl-Handelsverbandes erklärte gestern: „Zur Aufregung gibt es keinerlei Anlaß, und im Gegensatz zu ersten Berichten ist auch keine Panik zu erwarten.“ Die Preise in Rotterdam zogen nur leicht an, da sich die Anbieter zurückhielten. Lediglich auf den freien Ölmärkten in New York und London fanden stärkere Preisbewegungen statt – allerdings hauptsächlich für Terminkontrakte.

Gewährt „DDR“ Ausreise?

Fortsetzung von Seite 1

Ablauf der Ereignisse in Prag und die Kontakte mit der SED-Führung. Windeln soll dabei auch Zahlen genannt haben. Unabhängig von den Mitteilungen Windelens wurde bekannt, daß in den zurückliegenden Wochen viele Dutzende von „DDR“-Bewohnern die deutsche Botschaft in Prag aufgesucht und die Ausreise in den Westen verlangt haben. In einzelnen Fällen soll es gelungen sein, zu helfen. Bonn habe dafür pro Ausreisewilligen an die „DDR“ Beträge zwischen 30 000 und 50 000 Mark gezahlt.

Die von der amtlichen Nachrichtenagentur ADN verbreitete Distanzierung des „DDR“-Ministerpräsidenten von der Familie Berg – sie wurde in den Ostberliner Zeitungen

jeweils auf der Seite 2 abgedruckt – ist in Bonn mit großer Aufmerksamkeit registriert worden. Darin war der Versuch unternommen worden, Hans-Dieter Berg zu einem „sozialen Element“ zu stempeln. Die Distanzierung, so heißt es in Bonn, sei auf die Diskussion in der „DDR“ über die Flucht zurückzuführen. Dort werde der Ausgang des Falles mit besonderer Spannung verfolgt, wobei die Menschen allerdings die konkreten Informationen aus den Medien des Westens beziehen müßten. Bei der Bundesregierung ist allerdings auch die in der ADN-Erklärung enthaltene Bereitschaft registriert worden, die „DDR“ werde auch künftig ihre Bemühungen um eine „Normalisierung“ der Beziehungen zu Bonn fortsetzen.

Glemp: Polnische Kirche erhofft besseren Status

AFP, Dänig/Warschau

Die katholische Kirche Polens will nach Aussage von Primas Glemp keine politische Rolle spielen. Sie habe auch nicht die Absicht, eine politische Partei oder christliche Gewerkschaften zu bilden, erklärte der Kardinal gegenüber der katholischen Wochenzeitung „Niedziela“. Für die Kirche, die „alle sozialen Schichten“ umfasse, sei die Politik nur ein „zweitrangiges Gebiet“.

Die polnischen Katholiken wollten jedoch, daß die Kirche als „integrierender Bestandteil der Nation“ offiziell anerkannt werde. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Warschau und dem Vatikan diene der Herstellung eines dem Staat gegenüber stärkeren juristischen Status für die polnische Kirche. Sie besitzt bisher nur den Status einer Vereinigung, der ihr nicht mehr Rechte einräumt als beliebigen anderen Vereinigungen.

Mehr als 5000 Personen, darunter Arbeiterführer Lech Walasa, haben die Beerdigung von Lech Badkowski, des ersten Sprechers der Streikenden vom August 1980 auf der Danziger Lenin-Werft, zu einer Demonstration für die „Solidarität“ gestaltet. Während der Trauerfeier, die am Dienstag in Danzig stattfand, sang die Menge Slogans der „Solidarität“ und machte das „V“-Siegeszeichen. Die Ordnungsdienste griffen nicht ein.

Niederlage für das Weiße Haus

dpa/VWD, Washington

Der amerikanische Senat hat ein Ausfuhrverbot für Atomkraftwerke, nukleare Bauteile und Brennstoffe nach Israel, Südafrika, Indien, Pakistan, Brasilien und Argentinien verhängt. Diese Länder verweigern der Internationalen Atomenergie-Behörde (Wien) die vorgeschriebene Inspektion. Ein entsprechendes Ausfuhrverbot hat auch das Repräsentantenhaus mit dem „Exportverwaltungs-Gesetzentwurf“ gebilligt.

Die Regierung hatte demgegenüber für die Aufhebung des Verbotes von Nuklearexporten in diese Länder plädiert. Somit ist die Senatsentscheidung vom Dienstag eine Niederlage für das Weiße Haus.

Einer,
der HÖRZU
zu Hause
hat.

HÖRZU
Beste Unterhaltung seit es Fernsehen gibt



Noch kein Einstieg

Mk. - Nun geben sich die EG-Agrarminister optimistisch, daß sie bis zum nächsten Gipfel der Regierungschefs am 19. und 20. März doch noch eine Einigung zustande bringen, die den finanziellen Rahmen der Gemeinschaft nicht sprengt. Dies würde erreicht werden, ohne daß im Gegensatz zu früheren Jahren der Kompromiß mit zusätzlichen Gemeinschaftsmitteln quasi erkaufte würde. Denn die gibt es vorerst nicht.

Für die deutschen Steuerzahler allerdings kein Grund zum Jubeln. Das Einkommen Bonns beim Abbau des Währungsungleichs soll aus dem Bundeshaushalt ausgeglichen werden, wahrscheinlich durch einen höheren Vorwag für die Landwirtschaft bei der Mehrwertsteuer. Die Steuerminimierungsmöglichkeiten werden, immerhin sprachen Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle davon, daß der vollständige Abbau des zehnprozentigen Grenzsteuersatzes bei den Bauern zu einer Einkommenseinbuße von vier Milliarden Mark führen würde. Wenn auf diese Art, was im Gespräch ist, ein Drittel oder die Hälfte kompensiert würde, geht es um 1,3 bis zwei Milliarden Mark. Trotzdem wird hinterher vom Sparen bei den EG-Agrarausgaben gesprochen werden.

Zwei Fragen drängen sich auf: Soll die gemeinsame Agrarpolitik weiter nationalisiert werden? Und:

Ist dies der Einstieg in eine grundlegende Reform, bei der direkte Einkommensübertragungen eine größere Rolle spielen sollen? Sicher, beides wird verneint werden, was die Sache nicht überzeugender macht. Die gemeinsame Agrarpolitik wird immer mehr zur Fiktion.

Erfahrung

J. Sch. (Paris) - Der französische Elektronikkonzern Thomson-Brandt ist in der Bundesrepublik in den Verruf des „Job-Killers“ geraten, seit er 1981 sein Videocolor-Werk in Ulm stillgelegt hat. Nunmehr sind Gerüchte darüber aufgetaucht, daß Thomson zwei seiner drei deutschen Telefunken-Werke zu schließen beabsichtigt. Thomson-Brandt selbst nimmt in Paris zu den Gerüchten keine Stellung. In der Zentrale räumt man lediglich ein, daß gegenwärtig an einer Studie über die Restrukturierung der europäischen, insbesondere der französischen und deutschen Interessen im Bereich der Unterhaltungselektronik gearbeitet wird. Danach scheint eine Entscheidung noch nicht gefallen zu sein. Grundsätzlich kann man aber wohl davon ausgehen, daß Thomson aus seinen Erfahrungen in Ulm gelernt hat. Brutale Werksschließungen ohne vorherige Sozialverhandlungen dürften sich der französische Konzern wohl kaum leisten wollen, auch wenn bei seinen anderen deutschen Töchtern Normende, Saba und Dual die Arbeitsplätze erhalten blieben.

Hoffen auf Ausländer

Von LEO FISCHER

In die deutschen Börsensäle ist Ermutigung eingeblasen. Die fast schon euphorische Stimmung, die sich Ende Januar/Anfang Februar verbreitete, als die Aktienkurse am WELT-Aktienindex gemessen mit 160 einen neuen historischen Höchststand erreichten, ist jedenfalls einer etwas realistischeren Einstellung gewichen. Der WELT-Aktienindex beschloß den Monat bei 150,1 nach 157,6 Ende Januar.

Noch im letzten Monat hatte es so ausgesehen, als wenn sich die deutschen Börsen von der Entwicklung an der Leitboerse New York gelöst hätten. Im letzten Monat zeigte sich aber, daß sich die deutschen Börsen nicht auf Dauer der Wall-Street-Baisse entziehen können. Was die Wall Street und mit leichter Verzerrung und auch die anderen Bör-



sen irritierte, waren die Anfang Februar erstmals so offen zutage tretenden Meinungsverschiedenheiten zwischen US-Schatzamt und dem Beraterstab von Präsident Reagan über die hohen Budgetdefizite und ihre Bedeutung für Konjunktur und Zinsentwicklung. Vor allem aber die Mahnung von US-Notenbankchef Volcker, daß die hohen Haushaltsdefizite zu einem neuen Konjunkturschwund führen könnten, hat die Broker und Börsenbesitzer für das Elstproblem sensibilisiert.

Dies fiel zusammen mit einer markttechnisch überfalligen Reaktion auf die vorangegangenen haussartigen Kurssteigerungen. Für viele Beobachter war der Kursanstieg seit Ende des letzten Jahres bis auf 106 im WELT-Aktienindex in der ersten Februarwoche einfach zu schnell

gewesen. Und als sich dann zeigte, daß dieses hohe Niveau im Augenblick jedenfalls nicht zu behaupten war, setzten vor allem charttechnisch bedingte Verkäufe ein. Die Chartisten, die den künftigen Börsentrend aus der Kurskurve der Vergangenheit und aus bestimmten Figuren, die diese Kurve beschreibt, ableiten, gaben fortan den Ton an, mit der Folge, daß die fundamentalen Fakten in den Hintergrund traten.

Aber gleichgültig, ob man der Charttheorie folgen will oder nicht: Die Unsicherheit hat zugenommen. Rückschlüsse wird es häufiger geben, die Luft für neue Gipfelstürme ist in der derzeitigen Höhenlage der Aktienkurse „dünn“ geworden.

Dies sollte aber nicht zu dem Trugschluß verleiten, der Kursaufschwung sei vorbei. Erstens sind Korrekturphasen, wie wir sie heute erleben, für die Börse etwas Normales und Gesundes. Die Papiere wandern von Leuten mit schwachen Nerven in die Hände nervenstarker Aktionäre. Von der zunehmenden Attraktivität der D-Mark, die zu einem Milliarden-Devisenfluß aus Dollarlagen in die Bundesrepublik führte, hat bislang nur der Rentenmarkt profitiert. Daß diese Mittel dauerhaft am Aktienmarkt vorbeigehen könnten, gilt als ausgeschlossen. In der Vergangenheit waren es immer wieder die Ausländer, die auch von der D-Mark angelockt, dem deutschen Aktienmarkt neue Impulse gaben. Empfehlungen vor allem britischer Brokerhäuser zeigen, daß von dieser Seite bald neue Aktivitäten zu erwarten sind.

Dies gilt um so mehr, als auch die fundamentalen Daten „stimmen“. Die Gutachten der Forschungsinstitute und noch zuletzt die Umfrage des DIET zeigen, daß sich der Aufschwung von Monat zu Monat verstärkt und neben den Börsenintern auch die Unternehmer optimistischer in die Zukunft schauen.

Hinzu kommen günstige Nachrichten über die Gewinnentwicklung bei den Unternehmen. Die Serie der Bilanzveröffentlichungen läuft zwar gerade erst an, die ersten Berichte lasen aber für die kommenden Monate einige erfreuliche Gewinnsteigerungen erwarten. Es hat den Anschein, daß die Börsen derzeit auf solche Impulse warten.

DIW-ANALYSE

Die Nachfrage nach Gold hat Tiefpunkt überwunden

PETER WEERTZ, Berlin
Auf dem Goldmarkt ist die Situation nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) nach wie vor ungeklärt. Die Berliner Konjunkturforscher hoffen zwar, daß die Goldnachfrage, die 1983 um 17 Prozent unter dem Niveau von 1980 lag, ihre Talsohle inzwischen überschritten hat, angesichts der vielen Unsicherheiten halten sie jedoch einen starken Anstieg der Nachfrage für „spekulativ“. Was sie aber erwarten, ist infolge der weltweit steigenden Wertschöpfungen eine allmähliche Belebung der Goldkäufe.

Außer der wirtschaftlichen Belebung rechnet das Berliner Institut außerdem mit Kurskorrekturen des „schwebelastigen Dollars“. Es sei auch nicht auszuschließen, daß - ebenfalls spekulierend - das Bankensystem Gold verkaufen werde.

Zugleich weist das Berliner Institut auf die unterschiedliche Entwicklung des Goldmarktes seit Anfang der 80er Jahre hin: Danach ist der Goldpreis der 1980 mit 850 Dollar je Unze einen Höhepunkt erreicht hatte, bis 1983 um 40 Prozent gesunken. Gleichzeitig ging auch das Goldangebot zurück.

Die Weltförderung von Gold wird für 1983 auf 1335 Tonnen geschätzt. Das sind 3,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Fast die Hälfte entfiel dabei auf Südafrika. Eingeschränkt wurde die Goldnachfrage, wie das DIW unterstellt, durch die Tendenz zum Ersatz des Edelmetalls und durch die Reduzierung des Feingoldgehalts bei Schmuckwaren. Allerdings stiegen 1983 wieder die Wertanlagen in Gold; denn weltweit wuchsen die Umsätze in Kruggerand um mehr als 36 Prozent auf 3,5 Mill. Stück.

INNERDEUTSCHER HANDEL / Ost-Berlins Verbindlichkeiten bei vier Milliarden

Die Lieferungen und Bezüge haben gleichgewichtig zugenommen

PETER WEERTZ, Berlin
Der innerdeutsche Handel hat sich nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums 1983 wieder günstig entwickelt. Mit einer Zunahme der Lieferungen und Bezüge um acht (Vorjahr 13) Prozent auf 15,24 Milliarden Mark ist das Wachstum allerdings geringer als 1982 und wird auch für dieses Jahr eher gedämpft eingeschätzt. Da Ost-Berlin jedoch mehr investieren will als in den Vorjahren, steigen die Aussichten für die Lieferung von mehr Investitionsgütern, zumal der Anteil dieser Position im Vorjahr einen Tiefstand von 16 (18) Prozent an den gesamten Warenlieferungen erreicht hat.

Wie das Bundesministerium für Wirtschaftsmittel sind die Lieferungen und Bezüge gleichgewichtig gestiegen. Dabei nahmen die Lieferungen in die „DDR“ (einschließlich Dienstleistungen) um acht (16) Prozent auf 7,88 Mrd. DM und die Bezüge ebenfalls um acht (zehn) Prozent auf 7,56 Mrd. DM zu. Im gegenseitigen Warenverkehr ohne Dienstleistungen allein erreichte Ost-Berlin freilich einen Überschuß von 233 (510) Mill. DM. Damit hat Ost-Berlin nach Angaben des Ministeriums seit 1979 im Warenverkehr mit der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin einen Überschuß von etwa zwei Mrd. DM erwirtschaftet.

Zum Jahresende 1983 betragen die Verbindlichkeiten Ost-Berlins im innerdeutschen Handel 4 (3,8) Mrd. DM, nachdem sie zur Jahresmitte vorübergehend einen Höchststand von 4,5 Mrd. DM erreicht hatten. Der Handel sei damit rascher gewachsen als die Kredite, unterstreicht das Ministerium. Vor allem im zweiten Halbjahr hat Ost-Berlin mehr geliefert als bezogen. Hinzu kamen die höheren Postzahlungen der Bundesrepublik, die

das günstige Jahresergebnis mitbestimmen haben. Für 1984 beträgt der zinslose Überziehungskredit 690 Mill. DM, von dem zur Zeit nur etwa 300 Mill. DM ausgenutzt sind.

Trotz der insgesamt günstigen Entwicklung ist das Ministerium mit der Warenstruktur der Lieferungen und Bezüge unzufrieden. Bei den Lieferungen liegen 14 von 27 Warenbereichen unter dem Zuwachs des Jahresdurchschnitts. Zwei Drittel des Lieferzuwachses der Bundesrepublik von 600 Mill. DM entfallen auf Eisen und Stahl mit einer Zunahme von 62 Prozent, Mineralöl-Fertigprodukte (plus 40 Prozent), landwirtschaftliche Produkte (plus 21 Prozent), NE-Metalle und Edelmetalle (plus zwölf Prozent) sowie Holzwaren (plus 18 Prozent) und Textilien (plus zehn Prozent). Bei landwirtschaftlichen Produkten hat die „DDR“, um harte Devisen zu sparen, besonders Futtermittel und bei Textilien überwiegend Vorprodukte bezogen.

Das Ministerium hält an seiner Kritik fest, daß mehr Vor- und Zwischenprodukte, aber zu wenig Fertigwaren bezogen werden. Stark zurückgegan-

gen sind die Lieferungen von Steinkohle, elektrotechnischen Erzeugnissen, Bekleidung und Lederwaren. Nicht ausgeschlossen wird außerdem, daß im innerdeutschen Handel bezogener Stahl, um Westdevisen zu erhalten, weiter veräußert wurde.

Die Bezüge aus der „DDR“ haben sich 1983 um 573 Mill. DM erhöht. An diesem Wachstum waren mit Ausnahme von Mineralölprodukten (minus neun Prozent) und Feinmechanik (minus ein Prozent) fast alle Warenbereiche beteiligt. Einen überdurchschnittlichen Zuwachs gab es nach Angaben des Ministeriums vor allem bei elektrotechnischen Produkten wie Bügeleisen, Staubsaugern und anderen Haushaltsgeräten, weil die Versandhäuser wegen der hohen Dollarkurse ihre Einkäufe von Asien in die „DDR“ verlagert haben. Die Zunahme betrug 19 Prozent.

Außerdem hat die Bundesrepublik mehr Eisen und Stahl (plus 39 Prozent) bezogen. Hier profitierte Ost-Berlin von der Neuregelung durch die Bundesrepublik, die damit die hohen Bezüge der „DDR“ in diesem Warenbereich berücksichtige. Positiv ausgewirkt hat sich überdies die Postpaula bei den Dienstleistungen der „DDR“. In der überwiesenen Postpaula sind die vereinbarten höheren Postzahlungen mit 200 Mill. DM berücksichtigt. Hinzu kommen noch 100 Mill. DM als Vorauszahlung, die 1987 bis 1990 verrechnet werden soll.

AUF EIN WORT



„In der Landwirtschaft ist es einfacher, die Entwicklung des Marktes zu prognostizieren als die anstehenden Entscheidungen der Politiker.“
Johannes Runge, Vorstandsmitglied der Norddeutschen Landesbank, Hannover. FOTO: NEF & THOMSEN

Steigerung im Auslandsgeschäft

dpa/WVD, Frankfurt
Eine überwiegend positive Bilanz haben die Aussteller und Organisatoren der Frankfurter Frühjahrsmesse gezogen. Die größte Konsumgütermesse der Welt, die mit rund 95 000 Besuchern aus 90 Ländern einen Zuwachs von gut fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnen konnte, habe sich „erwartungsgemäß als wirtschaftlicher Mühenmacher erwiesen“, heißt es im Abschlussbericht der Messegesellschaft. 99 Prozent der deutschen Aussteller zeigten sich mit dem Inlandsgeschäft zufrieden. Im Auslandsgeschäft berichteten sie von einer erfreulichen Steigerung. Von den ausländischen Ausstellern hätten sich 85 Prozent über die Abschlüsse mit ausländischen Kunden positiv geäußert. An der Preisfront sei „größtmögliche Zurückhaltung“ geübt worden. Unumgängliche Aufschläge hätten sich „in der Regel im unteren einstelligen Bereich“ gehalten.

US-HAUSHALTSDEFIZIT

Volcker bekräftigt Kritik an der Finanzpolitik

H.A. SIEBERT, Washington
Für nicht ausreichend hält der Chef der US-Notenbank, Paul A. Volcker, den Vorschlag Präsident Reagans, die riesigen Haushaltsdefizite der Vereinigten Staaten in Form einer „Anzahlung“ in den kommenden drei Finanzjahren um insgesamt 100 Milliarden Dollar abzubauen. Vor der Konferenz der Gouverneure der 50 amerikanischen Bundesstaaten appelliert er an die Exekutive und Legislative, die roten Zahlen von 1985 an mindestens um 50 Milliarden Dollar jährlich zurückzuschneiden. Er bezeichnet die USA als „Gefangene ausländischer Ersparnisse“, weil wir unseren Kreditbedarf allein nicht mehr decken können“, Washington Budgetdefizit kann, wenn nichts geschieht, bis 1989 von 208 (1983) auf 308 Milliarden Dollar steigen.

Laut Volcker wächst in Amerika die Gefahr einer Wirtschaftskrise, solange die Haushaltsdefizite zunehmen. Im Augenblick sehe die Erhöhung gut aus, „das aber zum Teil nur, weil Kapital von außen zufließt“. In den USA könnten die Zinsen nur sinken, wenn die Defizite schnell reduziert würden. Im Verhältnis von 3:1 stimmten die Gouverneure für eine Verringerung des Bundesdefizits in fünf Jahren um 188 Milliarden Dollar, so daß es 1989 nur 120 Milliarden Dollar betragen würde. Dieses Votum ist zwar verbindlich, unterstreicht aber die Defizitorgien in den USA.

Als Maßnahmen empfahlen die Gouverneure Ausgabenkürzungen, einschließlich Verteidigung, und Steuerverhöhungen. Einschnitte im Militäretat und eine Anhebung der Abgabenlast lehnte das Weiße Haus sofort ab.

EG-STAHLPOLITIK

Die Kommission weist die deutschen Vorwürfe zurück

WILHELM HADLER, Brüssel
Die EG-Kommission hat den Vorwurf der deutschen Stahlindustrie zurückgewiesen, sie habe durch lasches Handeln oder durch Leihgabe der Durchsetzung der im Januar beschlossenen zusätzlichen Antikrisenmaßnahmen verzögert. Diese Kritik beruhe entweder auf überzogenen Vorstellungen der deutschen Stahlkoche oder auf falschen Fakten, ließ die EG-Behörde gestern durch ihren Sprecher erklären.

So machte die Kommission deutlich, daß sie nicht die Absicht hat, Liefer- oder Verkaufsquoten für jedes Land festzulegen. Dies sei nicht mit dem Montanvertrag vereinbar. Die Präzisierung der traditionellen Handelsströme, die künftig eingehalten werden sollen, werde bis Mitte März beendet werden.

Der Kommissionssprecher lehnte auch die von den deutschen Indu-

striellen gewünschte statistische Aufschlüsselung der Produktkategorien in eine Vielzahl von Untergruppen ab. Eine derart ins Detail gehende Unterteilung bedeute, die Schaffung eines gefährlichen Bürokratismus, der geeignet sein könnte, die Effizienz der Maßnahmen in Frage zu stellen. Auch bei den meisten anderen Mitgliedsstaaten stießen die von der deutschen Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl geforderten Details auf Zurückhaltung.

Was die Forderung nach Transparenz der Produktionsquoten angeht, bekräftigte die EG-Behörde ihre Ansicht, daß sie die individuellen Quoten nur mit Zustimmung der betroffenen Unternehmen veröffentlichen könne. Die im Verband EISA zusammengeschlossenen unabhängigen Produzenten hätten bereits mitgeteilt, daß sie ihre Quoten als Berufseinkommen betrachten.

GEWERKSCHAFTEN

Gefahren für den Aufschwung

HARALD POSNY, Düsseldorf
Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI) hält Teile des Beschäftigungs- und Konjunkturprogramms der Bundesregierung für „gefährlich“ und „völlig indiskutabel“. In einem Konjunkturbericht wird die Absicht Bonns heftig kritisiert, die Zahl der Erwerbspersonen nicht weiter steigen zu lassen, indem die Zahl der ausländischen, älteren und weiblichen Arbeitnehmer gesenkt wird. Gleichzeitig wolle man den konjunkturellen Erholungsprozeß in einen langanhaltenden, durch neue Investitionsdynamik getragenen, arbeitsplatzschaffenden Aufschwung einmünden lassen.

Zwar sei die Wachstumsstrategie einer gründlichen Überprüfung wert, denn sie biete eine beschäftigungspolitische Chance, wenn die Bundesregierung die Gewerkschaften in ihre Konzepte miteinbeziehe. Die Wachstumsstrategie schließe jedenfalls eine Verständigung zwischen Regierung und Gewerkschaften - „auch über die Wochenarbeitszeit bei gleichem Lohn“ - nicht aus.

Das WSI sieht spezifische wirtschaftliche Gefahren eines kräftigen Dollarsturzes gegenüber der DM. Ferner bestehe das Risiko, beschäftigungserweiternde Wachstumsspielräume nicht zu nutzen, wenn die Regierung an ihrer Absicht festhält, den Aufschwung möglichst lange zu strecken. Schließlich gefährde sie den konjunkturellen Erholungsprozeß dadurch, daß sie an ihrem Konsozialisierungskurs unverändert festhalte.

KRONBERGER KREIS

Mehr Vernunft der Tarifparteien

HEINZ HECK, Bonn
„Der Schlüssel zur Vollbeschäftigung liegt in den Händen der Tarifvertragsparteien“, heißt es in einer Studie zum Thema „Arbeitslosigkeit“, die der Kronberger Kreis, ein Zusammenschluß liberaler Wirtschaftswissenschaftler, jetzt herausgegeben hat. Die Studie nennt zwei Wege zur Überwindung der Arbeitslosigkeit: „Entweder wird die Arbeitsproduktivität bei gegebenen Löhnen erhöht, oder die Arbeitskosten werden bei gegebener Produktivität gesenkt.“ Folglich müsse „in erheblichem Maße produktiv investiert“ werden, oder es müsse zu einer Umkehr in der Lohnpolitik kommen.

Eine Krise sei nicht dadurch zu beheben, daß man weniger arbeite, sondern mehr. Auch sei nicht auf die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ zu setzen. Denn die Preise am Arbeitsmarkt, also die Löhne, kämen nicht im Wettbewerb von Angebot und Nachfrage zustande, sondern durch Tarifvertrag. „An die Stelle der Marktkräfte muß die Vernunft der Tarifparteien treten. Daran fehlt es.“ Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde zu Lohnsteigerungen führen, die ein Mehrfaches des Produktivitätszuwachses ausmachten. Das würde die Arbeitslosigkeit nicht vermindern, sondern sie ansteigen lassen. Lohnzurückhaltung und Investition seien die einzigen Rezepte zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und könnten die Vollbeschäftigung rascher wieder herstellen, als viele heute annehmen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Otto Wolff beantragt

Einstweilige Verfügung

Köln (tr) - Die Kölner Otto-Wolff-Gruppe will durch eine einstweilige Verfügung die Übernahme von Anteilen an der PWB Weserhütte AG (PWB), Köln, durch die Hoechst Werke AG, Darmstadt, in letzter Minute verhindern. Otto Wolff, nun mit 54,2 Prozent an PWB beteiligt, beruft sich darauf, daß ihr bei der Fusion von PWB und der Weserhütte eine Andienungspflicht für den Fall zugestanden worden sei, daß Arabes Saestahl ihren PWB-Anteil von 49,8 Prozent abgibt. Vor einigen Tagen habe Hoechst erklärt, der Kaufvertrag über die PWB-Anteile sei perfekt, es sei „bereits Geld geflossen“.

Tenerung bei drei Prozent

Wiesbaden (dpa/WVD) - Die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik verteuerten sich im Februar um etwa 0,3 Prozent. Die Tenerungsrate gegenüber dem Vorjahr beträgt damit nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wieder 3,0 Prozent gegenüber 2,9 Prozent im Januar und jeweils 2,6 Prozent in den drei vorhergehenden Monaten.

Aral legt Beschwerde ein

Beckum (AP) - Die Aral AG, Bochum, hat gestern Beschwerde gegen die Verfügung des Bundeskartellamts eingelegt, das Mineralölunternehmen aus Wettbewerbsgründen auf seine Hauptgesellschaft Veba, Mobil und Wintershall aufzuteilen. Mit der Entscheidung der Berliner Kartellbehörde von Ende Januar wird den Gesellschaftern der gemeinsame Vertrieb von Kraftstoffen über Aral untersagt.

Gesetz beanstandet

Luxemburg (AP) - Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg verstößt das Gesetz, wonach ausländische Firmen pharmazeutische Produkte nur dann auf den deutschen Markt bringen können, wenn sie in der Bundesrepu-

blik durch eine Zweigniederlassung vertreten sind, gegen geltendes EG-Recht. Die EG-Kommission hatte die Klage mit der Begründung eingeleitet, das Gesetz führe in der Praxis zu Importbeschränkungen.

Automobilwerk in Ägypten

Kairo (VWD) - Die Volkswagen AG, Peugeot, Renault, Honda, Datsun-Nissan und General Motors Corp. werden sich nach Angaben der Kairoer Presse um den Auftrag zum Bau eines Kz-Werkes in Ägypten bemühen. Wie Industrieminister Ghannouchy mitteilte, sollen die Aufträge im März ausgeschrieben werden. Der Minister gab die Investitionskosten mit 265 Mill. Pfund (1,03 Mrd. Mark) an. Das Werk soll Anfangs 60 000 und später 100 000 Fahrzeuge im Jahr produzieren.

US-Senat gibt nach

Washington (Sbt) - In der Auseinandersetzung um die Verschärfung des Export Administration Act hat der Senat einem Kompromiß zugestimmt. Danach darf der US-Präsident Importbeschränkungen nur dann verhängen, wenn die Maßnahmen bei der Verfolgung außenpolitischer Ziele den Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) nicht widersprechen. Falls Waren- und Technologie-lieferungen in Drittstaaten die nationale Sicherheit der USA bedrohen, kann das Weiße Haus gegen eine ausländische Firma eine Einfuhrsperre verfügen, vorausgesetzt, die 15 Mitgliedstaaten des Cocom-Ausschusses in Paris heißen das Vorgehen mehrheitlich gut.

Wochenausweis

	23.2.	15.2.	23.1.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	62,9	68,3	66,8
Kredite an Banken (75,5 74,3 79,5)			
Wertpapiere	7,7	7,8	7,9
Bargeldumlauf	99,3	100,9	100,4
Einl. v. Banken	39,6	47,0	38,5
Einlagen v. öffentl. Haushalten	10,0	3,4	7,2

POLEN / Wunsch nach weiteren Krediten ist schwierigster Punkt der Verhandlungen

Nach der Umschuldung neues Geld

GERHARD ZEHFUSS, Berlin
In den Verhandlungen zwischen Polen und den westlichen Geschäftsbanken über die Umschuldung der 1984 und in den Folgejahren fälligen Kredite scheinen sich die Standpunkte anzunähern. Auf einem Polen-Symposium des Berliner Instituts für Wirtschaft (IWP) beauftragte Direktor Reinhold Stöbel von der Dresdner Bank die Fälligkeiten 1984 aus staatlich nicht abgesicherten Krediten auf 1,1 Mrd. Dollar für 1984 und auf 1,9 Mrd. Dollar für die Jahre bis 1990. Der Aufwand für Tilgungen und Zinsen für 1984 wurde von Heinrich Machowski vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit 1,75 Mrd. Mark angegeben.

Die polnische Westverschuldung belief sich Ende 1983 einschließlich sämtlicher kurzfristiger Verbindlichkeiten und der bestehenden Zinsrückstände auf 28,4 Mrd. Dollar, be-

richtete Zbigniew Karz, Direktor der Außenabteilung des polnischen Finanzministeriums. Die polnischen Verpflichtungen aus den bisherigen Umschuldungsbankommen mit den rund 500 westlichen Geschäftsbanken seien peinlich genau erfüllt worden, bestätigte Stöbel.

Schwierigster Punkt in den Verhandlungen sei - so Stöbel - die polnische Forderung, im Rahmen des Umschuldungspakets auch neues Geld zu erhalten. Die westlichen Banken scheinen aber grundsätzlich der Auffassung zu sein, daß Polen nach einer erfolgreichen Umschuldung wieder als normaler Schuldner anzusehen sei, der sich um neue Kredite bemühen könne. Ob Polen diese aber dann auch bekomme, sei fraglich, bekannte auch Stöbel. Verständlich ist deshalb das polnische Verlangen, Sicherheiten einzubringen, daß neues Geld auch tatsächlich fließt, denn Polen brauche dringend neue

westliche Kredite. Karz erklärte auf dem Symposium, die bisherigen Maßnahmen zur Verbesserung der polnischen Zahlungsbilanz könnten nicht fortgesetzt werden.

Eine weitere Reduzierung des Lebensstandards in Polen sei ohne die Gefahr einer sozialen Destabilisierung nicht möglich, ebenso nicht eine weitere Absenkung der Einfuhr von Rohstoffen, Halbfertigwaren und Investitionsgütern. Außerdem sei es im Interesse Polens und seiner Wirtschaftspartner nicht vertretbar, den Handelsaustausch auf dem gegenwärtig niedrigen Niveau zu halten.

Karz forderte deshalb die westlichen Lieferanten auf, bei Lieferungen nicht mehr ein unwiderrufliches und bestätigtes Akkreditiv zu verlangen, denn das bedeute, daß Polen die volle Summe vor Lieferung bei einer westlichen Bank hinterlegen müsse.

Unsere Experten übernehmen Stabsarbeit für Ihr Investitionsvorhaben und liefern wertvolle Planungs- und Entscheidungsgrundlagen. Zum Beispiel für Neuerrichtungen, Betriebserweiterungen, Standortverlagerung, Rationalisierung, Produktionsumstellungen, Kooperationen oder Innovationen. Fragen Sie uns. Wir sind für Sie da.

Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen mbH
KAVALLERIESTRASSE 8-10, 4000 DÜSSELDORF 1, TELEFON 0211/13 00 00
POSTFACH 200 309, TELEX 9 587 830

NORDSEEÖL / Briten steigerten Förderung

Sprudelnde Geldquelle

WILHELM FURLER, London
Die Ölproduktion aus dem britischen Nordsee-Sektor ist im Januar auf die Rekordmenge von 2,58 Mill. Barrel pro Tag (ein Barrel = 159 Liter) gestiegen. Das sind 21 Prozent mehr als im Januar vergangenen Jahres, heißt es in einer Studie der Royal Bank of Scotland. Damit wird gegenwärtig Öl im Wert von 202 Millionen Mark pro Tag aus dem britischen Teil der Nordsee gefördert. In der westlichen Welt produzieren nur die USA und Saudi-Arabien mehr Öl.

Entsprechend der teilweise unvorhergesehenen Steigerung der Ölproduktion dürften die Einnahmen der britischen Regierung aus Steuern und Royalties im Finanzjahr 1983/1984 (es endet am 1. April) auf 9,8 Mrd. Pfund (38 Mrd. Mark) steigen, immerhin 3,1 Mrd. Mark mehr, als noch vor wenigen Wochen von der Regierung angegeben worden war. Ein Teil der steigenden Regierungseinnahmen geht auf den höheren Dollarkurs gegenüber dem Pfund Sterling zurück, da Öl in Dollar notiert wird.

Ersten Schätzungen zufolge ist die Bundesrepublik hinter den USA und

den Niederlanden der drittgrößte Abnehmer von britischem Öl. Während die USA im vergangenen Jahr Öl im Wert von 2,790 Mrd. Pfund (rund elf Mrd. Mark) aus Großbritannien bezogen und die Niederlande für 2,756 Mrd. Pfund, betrug die britische Ölrechnung für Deutschland 1,459 Mrd. Pfund (mehr als 5,8 Mrd. Mark). Dafür ist Großbritannien inzwischen zum wichtigsten Öllieferanten der Bundesrepublik aufgestiegen und hat Saudi-Arabien von diesem Platz verdrängt.

Die Ölproduktion im britischen Nordsee-Sektor wird in den nächsten Jahren weiterhin deutlich steigen, wenn in neuen Feldern die Förderung aufgenommen wird. Immerhin sind im vergangenen Jahr 228 Explorations- und Bewertungsbohrungen in der gesamten Nordsee niedergebracht worden, so viele wie nie zuvor. Etwa die Hälfte entfiel auf den britischen Sektor. Auch für dieses Jahr wird nach Ansicht der Petroleum Information in London ein Rekord bei Nordsee-Bohrungen vorausgesagt, wobei wiederum die meisten Aktivitäten auf den britischen Sektor konzentriert wurden.

DIVIDENDEN / 3,2 Millionen Aktionäre hoffen auf Geldregen im Frühling

Höhere Ausschüttungen der Chemie

HANS HUTTER, Frankfurt
Die 3,2 Millionen Aktionäre in der Bundesrepublik können sich auf einen schönen Dividentenfrühling 1984 freuen, wenn die Aktiengesellschaften die deutlich besseren Gewinne an ihre Anteilseigner weitergeben. Ende 1983 erfasste die Deutsche Bundesbank 462 börsennotierte Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 42,99 Mrd. DM und einem Börsenkurswert von 225,73 Mrd. DM, die eine Durchschnittsdividende von 17,56 DM je 100-DM-Aktie einschließlich Steuergutschrift gezahlt hatten.

Ende 1982 hatten 450 börsennotierte deutsche Aktiengesellschaften mit 48,83 Mrd. DM und einem Börsenkurswert von 163,87 Mrd. DM eine Durchschnittsdividende von 18,99 DM mit Steuergutschrift und 12,15 DM ohne Steuergutschrift gezahlt. Die Aktionäre können sich also jetzt wieder auf mehr Bares einstellen. Voll befriedigt werden sie jedoch auch diesmal nicht sein: Denn die besser verdienenden Unternehmen werden nur einen kleinen Teil des Mehrgewinns an die Aktionäre weitergeben.

Ein Beispiel dafür dürfte wieder einmal die „feine“ Daimler-Aktie

sein: Die Aktienanalysten der Westdeutschen Landesbank schätzen für diesen Wert für 1983 einen Nettogewinn je Aktie von 50 DM Nominalwert von 62,50 (56,50) DM – also mehr als das Nominalaktienkapital –, von dem die Aktionäre wohl wieder nur 10,50 DM erhalten werden. Das gleiche gilt für BMW mit einem Gewinn pro Aktie von 32 (25,50) DM und wohl auch nur wieder zehn DM Dividende. Bei VW in Wolfsburg wird man mit einem neuen Verhauabschluß wohl auch für 1983 dividendenlos bleiben.

Die Anteilhaber der Grobchemie könnten dagegen in diesem Frühjahr ihre Erwartungen erfüllt sehen. Die Analysten der WestLB – sie stehen dabei nicht allein – rechnen für BASF mit einem Gewinnanstieg pro Aktie in 1983 auf 15,50 (elf) DM ohne Steuergutschrift und mit einer Nettodividende von sieben (fünf) DM. Für Bayer erwarten sie ein Ergebnis je Aktie von 13,50 (zehn) DM und eine Dividende von sechs (vier) DM, für Hoechst einen Gewinn je Aktie von netto 19,50 (11,50) DM und eine Dividende von sieben (5,50) DM.

Interessant ist die Entwicklung der Gewinne 1983 bei den Stahlunternehmen. Die meisten deutschen Aktien-

analysten sehen hier gerade bei der zuvor stark geschüttelten Hoesch AG schwarze Zahlen. Die WestLB schätzt für Hoesch für das abgelaufene Geschäftsjahr ein Nettoergebnis von vier DM, aber ohne Dividendenerwartung. Dagegen lauten die Prognosen für Klöckner und Thyssen weiter auf Verlust. Das gelte auch weiter für ARG. Dagegen glänze Siemens auf dem Elektrosektor mit einem Gewinn je Aktie für das abgelaufene Geschäftsjahr von 44 (36) DM, von dem die Aktionäre wohl wieder nur acht DM erhalten würden. Bei BBC sieht die Prognose ein Ergebnis je Aktie von 13 (sechs) DM und eine unveränderte Dividende von sechs DM.

Die Gewinnsschätzung je Aktie wird in der Europäischen Vereinigung der Finanzanalysten einheitlich – soweit Bilanzen international vergleichbar sind – definiert, jedoch nur für Industrieunternehmen. An den Bankensektor wagt sich nur (als öffentlich-rechtliches Unternehmen nicht für sich selbst) die WestLB: Danach sind die Gewinne je Aktie bei der Deutschen Bank 1983 auf 45 (38) DM, bei der Dresdner Bank auf 22 (17) DM und bei der Commerzbank auf 15 (zehn) DM gestiegen. (VWD)

HANOMAG / Mehr Entlassungen und Lohnkürzungen

Noch ein Vertrag geplatzt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover
Erneut sei ein „praktisch unterschritter Vertrag“, der die Übernahme der im Konkurs befindlichen Hanomag GmbH, Hannover, durch eine Gruppe mittelständischer Unternehmer vorsah, in letzter Minute gescheitert. Der Grund liegt nach den Worten des Hanomag-Konkursverwalters, Egon Kretschmer, im Abrücken der Gruppe von ihrer Zusage, für Ersatzteile, Roh- und Betriebsstoffe 22,5 Mill. DM aufzubringen.

Die Interessenten-Gruppe, zu der der Münchener Autobändler Gruber, der Bauunternehmer Papenburg in Schwarmstedt sowie die Brüder Helmut und Horst Gaßmann in Göttingen gehören, wollte diese Zusage auf nur noch 15,5 Mill. DM reduzieren. Gegen die Brüder Gaßmann, die den Handel mit Maschinen und Nutzfahrzeugen betreiben, ermittelt inzwischen die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Hehlerei, der Steuerhinterziehung, der Urkundenfälschung und des Verstoßes gegen das Waffengesetz. Dem reduzierten Angebot wollte der Sicherungspool der Banken nicht zustimmen.

Unabhängig von der neuen Sachlage hat Kretschmer mit sofortiger

Wirkung 200 der insgesamt 526 Mitarbeiter, überwiegend Angestellte, freigestellt. Auf der gestrigen Betriebsversammlung kam es unter der Restbelegschaft zu erheblichen Unruhen, als der Konkursverwalter ferner die Kürzung der Löhne für gewerbliche Mitarbeiter um 15 Prozent bekanntgab.

Die Chancen, den Standort Hannover als Hanomag-Produktionsstätte zu erhalten, sind nur noch minimal. Kretschmer erwähnte zwar einen weiteren Interessenten – eine Londoner Investmentgesellschaft, hinter der arabisches Kapital steht; indes sind an der Ernsthaftigkeit dieses Angebots erhebliche Zweifel berechtigt. In zwei Wochen, so Kretschmer, sollen die Überlegungen der Investmentgesellschaft abgeschlossen sein.

Sollte der jetzige Zustand weiter anhalten, reichen die Kretschmer zur Verfügung stehenden Mittel noch bis Ende März. Danach müsste der durch eine Bürgschaft des Landes Niedersachsen und der Stadt Hannover abgesicherte 10-Mill.-DM-Kredit verlängert werden; zusätzlich würde ein weiterer Kredit über 10 Mill. DM erforderlich.

DEUTSCHER NAHOST-HANDEL / Rückgang 1983

Iran wurde Hauptimporteur

dpa/VWD, Hamburg
Der Außenhandel der Bundesrepublik mit den Ländern der Nah- und Mittelostregion ist 1983 deutlich geschrumpft. Dies teilte der Nah- und Mittelost-Verein (NUMOV) in Hamburg mit. Während die deutschen Ausfuhr in diese Länder mit 32,67 Mrd. DM – trotz des sprunghaft erhöhten Iran-Exports – um zwei Prozent gegenüber 1982 zurückgegangen sind, ist auf der deutschen Einfuhrseite durch den drastischen Rückgang des Ölgeschäfts eine Verminderung um sogar 35 Prozent auf 12,79 Mrd. DM eingetreten.

Der Exportüberschuß der Bundesrepublik im Warenaustausch mit Nah- und Mittelost betrug damit 1983 rund 20 (Vorjahr: 13,5) Mrd. DM. Damit stammte 1983 fast die Hälfte des gesamten Außenhandelsplus von 42 Mrd. DM aus dieser Region.

Herausragende Entwicklung in der '83er Bilanz war der Handel mit Iran. Auf der deutschen Ausfuhrseite rück-

te Iran trotz aller Kriegswirren mit 7,72 Mrd. DM (plus 127 Prozent) auf Platz eins der deutschen Abnehmer im Orient vor. Saudi-Arabien mit 7,6 Mrd. DM (minus elf Prozent) fiel damit auf den zweiten Rang zurück.

Irak folgt an dritter Stelle mit 3,7 Mrd. DM und kommt damit auf 50 Prozent weniger als im Vorjahr. Zu-gelegt hat die Türkei mit knapp drei Mrd. DM (plus 23 Prozent) sowie Ägypten mit ebenfalls rund drei Mrd. DM (plus sechs Prozent) und mit jeweils mehr als einer Milliarde DM Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE).

Auf der deutschen Importseite blieb Saudi-Arabien wegen seiner Öllieferungen mit vier Mrd. DM mit Abstand der erste, hat jedoch mit Waren für 10,5 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr über 60 Prozent weniger in die Bundesrepublik geliefert. Auch Oman rutschte von einer Milliarde DM auf 140 Mill. DM ab.

FRANKREICH / Weitere Preise wurden freigegeben

Teuerungsrate gestiegen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Obwohl sich in Frankreich der Preisauftrieb wieder verstärkt hat, verfügte die Regierung jetzt eine neue Liberalisierungsmaßnahme. Sie betrifft die Produzentenpreise für Bekleidungs-, Mäntel- und Regenmäntel sowie für verschiedene Papierzeugnisse, Molkereiprodukte und Backwaren. Damit unterliegen jetzt 45 Prozent aller Industriezeugnisse nicht mehr der behördlichen Preisreglementierung.

Die Preisfreigabe erfolgt zum Teil etappenweise. Außerdem werden die begünstigten Branchen in der Regierungsverordnung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie das amtliche Anti-Inflationsziel zu beachten haben. Danach darf der durchschnittliche Preisanstieg je Branche (z. B. Textilien) in diesem Jahr fünf Prozent nicht überschreiten.

Ob dieses Ziel erreicht werden kann, ist aber mehr als fraglich. Denn bereits im Januar hat sich der amtliche

Lebenshaltungskostenindex nach den jetzt veröffentlichten definitiven Angaben des Statistischen Amtes um 0,7 Prozent erhöht, nachdem er im Vormonat um 0,3 Prozent gestiegen war. Die Jahres-Teuerungsrate schwächte sich aber auf 9,0 (9,3) Prozent ab. Im Jahresdurchschnitt 1983 betrug sie 9,6 Prozent.

Wirtschaftsminister Delors bezeichnete gleichwohl das Januarergebnis als „befriedigend“. Es sei für diesen stets von einem überdurchschnittlichen Preisanstieg gekennzeichneten Monat das beste seit 1978. Außerdem habe sich der Inflationsabstand gegenüber den wichtigsten französischen Handelspartnern weiter vermindert.

Für die gegenwärtigen Lohnverhandlungen kommt der Januarindex ausgesprochen ungelegen. Denn die Gewerkschaften werden sich jetzt kaum mit Lohnerhöhungen von nominal fünf bis sechs Prozent (Verhandlungsangebot) zufriedengeben.

Brasilien wartet auf Riesenkredit

dpa/VWD, Rio de Janeiro

Brasilien kann seine Verpflichtungen gegenüber dem Ausland auch im ersten Quartal 1984 nicht erfüllen, nachdem das höchstverschuldete Land der Welt bereits das vergangene Jahr mit einem Zahlungsrückstand von rund 2,4 Milliarden Dollar abgeschlossen hatte. Brasilien ist im Ausland insgesamt mit rund 100 Mrd. Dollar (270 Mrd. DM) verschuldet.

Wie die brasilianische Wirtschaftspresse berichtete, ist der Rückstand dadurch entstanden, daß die internationalen Banken bisher einen „Jumbo“-Kredit von 6,5 Mrd. Dollar nicht ausbezahlt haben. Brasilien hatte mit der Auszahlung einer ersten Rate von 3,5 Mrd. Dollar bereits im Dezember 1983 gerechnet. Jetzt wollen die Banken die erste Rate im März zur Verfügung stellen. Mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) hat sich Brasilien über die Weiterführung des wirtschaftlichen Sanierungsprogramms im zweiten und dritten Quartal 1984 verständigt.

SCHERING / Positives Ergebnis dank Auslandserfolge

Gewinn in Vorjahreshöhe

PETER WEERTZ, Berlin
Die Schering-Gruppe Berlin und Bergkamen hat sich 1983 wieder günstig entwickelt. Wie das Unternehmen in einem Zwischenbericht mitteilt, war besonders das Auslandsgeschäft an dem positiven Ergebnis im letzten Quartal des Jahres beteiligt. In der AG nahmen die Umsätze 1983 um 9,4 Prozent auf 1,98 Mrd. DM und in der Gruppe um 21,9 Prozent auf 4,28 Mrd. DM zu. Allerdings wurde der Gruppenumsatz 1983 durch den Erwerb der FBC-Gruppe in Großbritannien stark beeinflusst. Ohne Berücksichtigung der britischen Tochtergesellschaft FBC stieg der Gruppenumsatz um 5,2 Prozent. Auch in der AG wuchsen die Exporte rascher (plus 11,2 Prozent) als der Inlandsabsatz.

Die Entwicklung der Unternehmenssparten war zwar überwiegend positiv, aber unterschiedlich. Infolge der Übernahme der FBC-Gruppe hat sich der Gruppenumsatz in der Spar-

te Pflanzenschutz nahezu verdoppelt, der Anteil am Schering-Gruppenumsatz erhöhte sich auf 28 Prozent. Infolge der Konjunkturbelebung im In- und Ausland nahmen die Gruppenumsätze bei Industrie-Chemikalien um 16,8 und im Pharmageschäft um 5,1 Prozent zu. In der Galvanotechnik wurde ein Umsatzplus von 11,1 Prozent erreicht.

Die Ertragslage hat sich aus dem laufenden Geschäft in der AG verbessert, in der Gruppe jedoch infolge von Belastungen im Pflanzenschutzgeschäft in Südafrika und der Konsolidierung der FBC-Gesellschaften verschlechtert. In der AG rechnet das Unternehmen jedoch wieder mit einem Jahresüberschuß in Vorjahreshöhe. Für 1982 wurde eine Dividende von 10,50 DM je Aktie im Nennwert von 50 DM ausgeschüttet. Zur neuen Dividende enthält der Zwischenbericht keine Angaben. Die Investitionen in der Gruppe gingen auf 207 (215) Mill. DM zurück.

FRIEDRICH DRAEGER,
LEITER DER ABTEILUNG OFFENTLICHKEITSARBEIT UND VERKAUF,
STIFTUNG WARENTEST, BERLIN:



Die rund 500.000 „test“-Abonnenten haben wir zum größten Teil durch Direktwerbung gewonnen!

Gibt es ein überzeugenderes Argument dafür, wie wichtig und erfolgreich Direktwerbung sein kann? Das hat sicherlich nicht nur für diese Branche Gültigkeit. Denn es gibt eigentlich keinen Bereich, für den Direktwerbung nicht geeignet wäre. Kaum ein anderes Werbemittel hat so persönliche Töne, ist so genau und aktuell zu dirigieren. Und der Erfolg (oder manchmal auch Mißerfolg) ist schnell und ziemlich genau meßbar. Also auch oder gerade für kleinere Unternehmen ist Direktwerbung ein gutes und vor allem effektives Instrument.

Übrigens: Mehr als zwei Drittel der geschäftlichen Empfänger haben mindestens schon einmal aufgrund einer Werbesendung etwas angefordert, bestellt oder gekauft. Das war ein Ergebnis einer umfassenden Untersuchung der Deutschen Bundespost. Post – Partner für Direktwerbung.

Post

FRANKFURTER BÖRSE / Höchstes Indexplus

Starker Auslandsanteil

JOACHIM WEBER, Frankfurt Die Frankfurter Wertpapierbörse sieht vermehrte Anzeichen für eine Überwindung der schweren Rezession der beiden Vorjahre auch im eigenen Geschäft: Ihr Aktienkursindex stieg 1983 um 36 Prozent auf 153,1 (113,9) Punkte. Das war die höchste Steigerung seit Einführung des Index 1968, wird im Jahresbericht zufrieden vermerkt.

Die kräftigen Kursgewinne schlugen sich auch im Umsatz der deutschen Börsen nieder. Ihre Gesamtumsätze wuchsen um 44 Prozent auf 198 (129) Mrd. DM. Der Aktienhandel konnte seinen Anteil daran überproportional auf 53,5 (31,3) Prozent ausweiten. Trotz der günstigen Voraussetzungen hielt sich der Zuwachs der Neuemissionen mit einem Plus von 24 Prozent auf 7,3 (5,9) Mrd. DM in Grenzen (bisheriger Höchstwert: 6,9 Mrd. DM in 1980).

Unter den Branchen war die Autoindustrie mit einem Zuwachs von fast 77 Prozent der große Kursgewinner. Ihr folgten die Versicherungen (54 Prozent), die Verkehrsunternehmen (49 Prozent) und die Elektroindustrie

(44 Prozent). Schlusslichter waren die Baubranche sowie die Eisen- und Stahlindustrie mit 12 Prozent, die Hypothekendarlehen mit 11 Prozent und die Versorger mit gut 7 Prozent. Die Chemie kam auf 37 Prozent Kurszuwachs, der Maschinenbau auf einem Schnitt von 18 Prozent.

Trotz etlicher Börsen-Neulinge ging die Gesamtzahl der notierten deutschen Gesellschaften auf 442 (450) zurück. Der Kurswert aller börsennotierten Aktien zusammen stieg indes um 38 Prozent auf 226 (164) Mrd. DM. Mit einem Gesamtumsatz von 93,5 (66,8) Mrd. DM hat die Frankfurter Börse 1983 Marktanteile eingebüßt. Am gesamten Wertpapierhandel der deutschen Börse war sie „nur“ noch mit 50 (59) Prozent beteiligt. Ihre Stärke lag wieder im Bereich der Auslandswerte. Der Frankfurter Anteil am Geschäft mit Auslandsaktien erreichte 57 Prozent, bei den ausländischen Rentenwerten waren es sogar 87 Prozent. Zum Vergleich dazu: Die Marktanteile der Inlandswerte: Aktien 44 Prozent, Renten 48 Prozent. Von den 408 notierten Aktien stammten immerhin 181 aus dem Ausland.

Nattermann ist über den Berg

J. G. Düsseldorf

Ein „deutlich verbessertes“ Ergebnis nach zwei Verlustjahren meldet die Kölner Pharma-Familienunternehmen A. Nattermann & Co. GmbH für 1983. Der Erfolg der Anfang 1983 eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen sei über Erwarten groß ausgefallen. In dem noch um knapp 3 (4,1) Prozent auf 455 Mrd. DM gestiegenen Weltumsatz dominierte erstmals das Auslandsgeschäft mit nun 55 (49) Prozent Anteil. Der Inlandsumsatz ging beschleunigt um 11 (8,6) Prozent zurück. Das nochmals starke Umsatzwachstum von 17 (22,3) Prozent im Auslandsgeschäft wertet die Geschäftsleitung um so höher, als die „energieische Straffung des Unternehmens- und Vertriebskonzepts“ der US-Tochter dort zu einem Umsatzrückgang führte. Immerhin habe man in den USA 1983 erstmals wieder mit ausgeglichener Bilanz abgeschlossen.

Weniger Freude an den Exportmärkten

Wb. Frankfurt

Die Unternehmensgruppe Villory & Boch, Mettlach an der Saar, hatte 1983 einen Umsatzrückgang um gut 3 Prozent auf 1,18 (1,22) Mrd. DM zu verzeichnen. Während im Inlandgeschäft alle Bereiche des Keramik-Konzerns Zuwächse verbuchen konnten, gaben einige Exportmärkte deutlich nach, vor allem Frankreich, der zweitgrößte V&B-Markt. Größter Gruppenbereich, wenn auch mit einem auf 53,7 (54,9) Prozent weiter abgerückelten Geschäftsteil, blieb die Fliesenherstellung. Erneut deutlich hinzugewonnen hat der Bereich Geschirre und Kristalle, der auf 21,4 (19,5) Prozent vom Gruppenumsatz kam. Stolz wird in Mettlach darauf hingewiesen, daß der eigene Geschäftsumsatz 1983 um 5,9 Prozent auf 252 (239) Mrd. DM gestiegen ist, während die Gesamtbranche Einbußen von 2,2 Prozent vermeldete.

BEHR / Lackieranlagen bei der Autoindustrie gefragt

Roboter schließt Lücke

WERNER NEITZEL, Ingersheim In der Autoindustrie wird weiterhin für den Sektor Oberflächentechnik (Autolackierung) der Bedarf hoch bleiben. Aufgrund dieser Markteinschätzung gibt sich die Hermann Behr & Sohn GmbH & Co., Ingersheim bei Ludwigsburg, denn auch recht zuversichtlich. Dieses mittelständische Unternehmen zählt zu den führenden Herstellern auf dem Gebiet der Lackieranlagen (speziell für elektrostatische Lackierung), darüber hinaus sind Spritzautomaten für alle Verwendungsgebiete, Farbmischräume, Farbversorgungsanlagen, Planungs- und Engineeringarbeiten in der Leistungspalette.

Neuerdings offeriert Behr auch eine Eigenentwicklung (8 Mill. DM Aufwand), den Lackierroboter „Behr III“ für die Karosserieinnenlackierung.

Dieses Gerät, das je nach technischer Peripherie zwischen 300 000 und 500 000 DM pro Stück kostet, soll eine Marktlücke schließen helfen.

Derzeit werden pro Tag rund 200 000 Pkw-Karosserien mit Behr-Anlagen lackiert. In 1983 steigerte die Behr-Gruppe, zu der neben dem Stammhaus noch Auslandsgesellschaften in Großbritannien, Spanien und USA gehören, ihren Umsatz um 15,4 Prozent auf 120 Mrd. DM. In den letzten Jahren lag das durchschnittliche Umsatzwachstum bei mehr als 10 Prozent. Für 1984 geht das voll beschäftigte Unternehmen (400 Mitarbeiter in der Gruppe) davon aus, daß mindestens der Vorjahresumsatz erreicht wird. Für Entwicklung und Forschung investiert Behr durchschnittlich etwa 10 Prozent des Umsatzes.

KHD / Die weltweite Investitions-Lethargie hemmt Serienprodukt-Bereiche

Ertrag trotz Marktschwäche gefestigt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Minuszeichen bei Umsatz und Auftragslage, aber die Aussicht auf ein „zufriedenstellendes Ergebnis“ meldet die Klockner-Humboldt-Deutz AG (KHD), Köln, im ersten Rückblick auf 1983. Die 23 000 Aktionäre des Maschinenbaukonzerns (darunter Klockner-Familiengruppe mit gut der Hälfte von 265 Mrd. DM Aktienkapital) dürfen daraus gestrotzen, daß die 1982er Dividende von 7,50 (7) DM bestehen bleibt und auch die Rücklagen weiter gestärkt werden. „Gestärkt wie aus 1983“, so ist vom Vorstandsvorsitzenden Bodo Liebe zu hören, will KHD auch „aus 1984 herauskommen“ – und dies jeweils ohne Rückgriff auf die statlichen Zinserträge des seit 1982 in Holland schwebelose gekauften KHD-Beteiligungs am Iveco-Nutzfahrzeugverbund, den man sicherlich so hoch wie den 1982er KHD-Jahresüberschuss von 49,9 Mrd. DM vermute darf.

Die angekündigte Festigung der Ertragslage kommt bei KHD noch nicht von der Konjunkturerholung. Im Gegenteil. Bei vermehrter Kurzarbeit fielen 1983 der Fremdsatz der Gruppe auf 4,9 (5) Mrd. DM und der AG-Umsatz auf 3,77 (3,92) Mrd. DM mit 63 (61) Prozent Exportanteil zurück. Die AG buchte auch nur noch 3,39 (3,82) Mrd. DM Aufträge mit wiederum 60 Prozent Exportanteil. Nennenswerte Zeichen der Konjunkturerholung sieht KHD auf seinen Arbeitsgebieten auch für 1984 noch nicht.

So stimmt denn auch die für 1984 erwartete Zunahme des AG-Umsatzes auf 5 Mrd. DM fast allein aus (abrechnungsbedingtem) weiterem Anstieg des Industrieanlagenumsatzes, das 1983 rund 700 (470) Mrd. DM Umsatz (fast nur Export) brachte und 1984 bei gut 1,7 Mrd. DM liegen dürfte. Von den beiden großen KHD-Serienproduktbereichen hingegen („Antriebe“ mit Schwerpunkt Motoren und „Landtechnik“ mit Schwerpunkt Traktoren), von denen nur die Landtechnik 1983 ein kleines Umsatzplus erzielte, wird 1984 nur ein leichter Aufwärtstrend erwartet. Hier herrsche weltweit noch Investitions-Lethargie.

Einigermaßen gedämpft bleibt auch die Prognose für den KHD-Industrieanlagenbau mit noch 1,9 (2,2) Mrd. DM Auftragsbestand am Bilanzstichtag. Immerhin wird hier für 1983 und 1984 zusammen wieder ein Auftragszuwachs von 2 Mrd. DM erwartet, nachdem er 1982 wegen Verzögerung einiger Großprojekte mit 400 Mrd. DM (nach 0,54 und 1,52 Mrd. DM) seinen Tiefpunkt hatte.

Ertragsfestigung erzielt KHD bei solcher Marktlage weiterhin vor allem durch Rationalisierung, die 1983 zu einem beschleunigten Rückgang der AG-Belegschaft um 6,5 (1,9) Prozent auf 21 141 Personen führte. Der Erfolg der Kostensenkung reichte 1983 ohne Gewinnminderung aus, um die Sonderlast des mit bislang etwa 100 Mrd. DM Aufwand gebauten Nordamerika-Motorenengagements zu verdrängen: Für künftig bessere Zeiten hat KHD seine nordamerikanischen Montagekapazitäten 1983 eingemottet.

Die angekündigte Festigung der Ertragslage kommt bei KHD noch nicht

So stimmt denn auch die für 1984 erwartete Zunahme des AG-Umsatzes auf 5 Mrd. DM fast allein aus (abrechnungsbedingtem) weiterem Anstieg des Industrieanlagenumsatzes, das 1983 rund 700 (470) Mrd. DM Umsatz (fast nur Export) brachte und 1984 bei gut 1,7 Mrd. DM liegen dürfte. Von den beiden großen KHD-Serienproduktbereichen hingegen („Antriebe“ mit Schwerpunkt Motoren und „Landtechnik“ mit Schwerpunkt Traktoren), von denen nur die Landtechnik 1983 ein kleines Umsatzplus erzielte, wird 1984 nur ein leichter Aufwärtstrend erwartet. Hier herrsche weltweit noch Investitions-Lethargie.

Einigermaßen gedämpft bleibt auch die Prognose für den KHD-Industrieanlagenbau mit noch 1,9 (2,2) Mrd. DM Auftragsbestand am Bilanzstichtag. Immerhin wird hier für 1983 und 1984 zusammen wieder ein Auftragszuwachs von 2 Mrd. DM erwartet, nachdem er 1982 wegen Verzögerung einiger Großprojekte mit 400 Mrd. DM (nach 0,54 und 1,52 Mrd. DM) seinen Tiefpunkt hatte.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Lufthansa-Zuwachsraten

Köln (dpa/VWD) – Die Deutsche Lufthansa AG, Köln, hat 1983 in allen Bereichen mit Zuwachsraten abgeschlossen. Wie aus einem Aktionärsbrief hervorgeht, wurde auch im vergangenen Jahr wieder ein Gewinn erzielt. Der Vorstandsvorsitzende Heinz Ruhnau hatte vor kurzem einen Betrag von über 100 Mrd. DM genannt. Insgesamt hat das Unternehmen, das zu rund drei Vierteln dem Bund gehört, seine Verkehrserträge um 8,1 Prozent auf 7,7 Mrd. DM gesteigert. Investiert wurden 1983 rund 650 Mrd. DM. Die Belegschaft erhöhte sich im Berichtszeitraum um 2,8 Prozent auf 31 575 Mitarbeiter (Hauptversammlung am 18. Juli in Berlin).

Neue Kauffhof-Tochter

Düsseldorf (J.G.) – Als jüngsten Schritt seiner seit Jahren verfolgten Strategie des Vorstoßes in rendite-

trächtige Spezialangebote hat der Kölner Warenhauskonzern Kaufhof AG die Tochter Zentral Textilhandels-Gesellschaft mbH gegründet. Sie soll in „Mac-Fash“-Filialen ein neues und von den bisherigen Geschäftsformen abweichendes Bekleidungsangebot offerieren.

Zusagen gelten weiter

Nürnberg (dpa/VWD) – Die Zusagen, die der französische Thomson-Brandt-Konzern bezüglich der Erhaltung der drei Produktionsstandorte Braunschweig, Celle und Hannover vor Übernahme der Mehrheit an der Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH, Hannover, gemacht hatte, gelten weiter. Dies hat der Vorstand der Thomson-Brandt Public S. A., Paris, dem Vorstand der deutschen Tochtergesellschaft nach deren Angaben bestätigt.

Besitzerwechsel

Frankfurt (rt) – Die Security Pacific Corp., Los Angeles, übernimmt für 36 Mrd. DM das in Freudenstadt ansässige Bankhaus Bohl & Co. von der Royal Bank of Canada. Die Übernahme soll Security Pacific eine Tür zum deutschen Konsumenten-Kreditgeschäft öffnen. Das Grundkapital von Bohl & Co. beläuft sich auf 24 Mrd. DM, die Bilanzsumme auf knapp 300 Mrd. DM.

Konkurs beantragt

Oldenburg (VWD) – Anträge auf Eröffnung von Konkursverfahren sind gestern beim Oldenburger Amtsgericht für das Großhandelsunternehmen Lud. Sartorius & Comp. GmbH & Co. sowie für die mit ihr verbundene Hansmann Verwaltungsgesellschaft mbH gestellt worden. Sartorius lieferte Walzstahl, Baueisen, Werkzeuge und Sanitärbedarf.

LANGNESE-IGLO / Offensivkonzept mit sieben neuen Kleinpackungen

Kühle Stimmung am Eiskrem-Markt

J. BRECH, Hamburg

Der deutsche Eiskrem-Markt hat auch 1983 stagniert. Wie der Marktführer Langnese-Iglo GmbH, Hamburg, in einem ersten Überblick mitteilt, ist der gesamte Speiseeis-Verkehr im Berichtsjahr nur um 1 Prozent auf 420 Mrd. Liter gestiegen. Das Absatzplus in dem lang anhaltenden Hochsommer reichte gerade aus, um die Umsatzrückgänge des relativ kalten und regenreichen Frühjahrs auszugleichen.

Außerdem spürte die Eiskrem-Industrie die größer werdende Bevölkerungslücke bei den jüngeren Jahrgängen. Darunter litt vor allem der Absatz von Kleinpackungen. Bei einem Absatzrückgang von 5 Prozent sank deren Anteil am Gesamtmarkt von 29 auf 28 Prozent. Von Haushaltspackungen, die 55 Prozent des Markt-

tes ausmachen, wurden dagegen 2,4 Prozent mehr verkauft. Das geringe Wachstum am Gesamtmarkt stammt zudem nur aus Verkäufen von handwerklich gefertigtem Eis in Eisdielen und im Heimdienstmarkt. In diesen beiden Bereichen zusammen stieg der Absatz insgesamt um 6 Prozent auf 88 Mrd. Liter, wobei vor allem der Verkauf an der Haustür inzwischen in eine Umsatzgröße von 700 bis 800 Mrd. DM gewachsen ist. Markeneis erzielte dagegen mit 332 Mrd. Liter keinen Mengen-Zuwachs. Lediglich der Umsatz erhöhte sich nominal um 2,5 Prozent auf rund 2,8 Mrd. DM.

Die Unilever-Tochter Langnese-Iglo weist vor diesem Hintergrund für 1983 einen unveränderten Gesamtumsatz von 1,3 Mrd. DM aus. Davon entfallen auf Tiefkühlkost rund 55 Prozent, auf das allerdings ertrags-

starke Eiskremgeschäft 45 Prozent. Am gesamten deutschen Eiskrem-Markt blieb Langnese-Iglo mit etwa einem Drittel, bei Markeneis allein mit 40 bis 45 Prozent beteiligt.

Für dieses Jahr kündigt Geschäftsführer Werner Kook, der inzwischen den Vorsitz der Geschäftsleitung bei der Elida Gibbs GmbH übernommen hat, ein Offensiv-Konzept an. Vor allem soll der Kleinpackungssektor durch die Einführung von sieben Neuheiten zusätzliche Impulse erhalten. Die Innovationen will der neue Geschäftsführer Jochen Kirsch mit starken Werbeaufwendungen und einer „moderaten“ Preispolitik stützen. Die von Kirsch nach wie vor gesehenen Wachstumschancen auf den „kühlen Märkten“ führen bei Langnese-Iglo auch 1984 zu Investitionen von rund 60 Mrd. DM.

GULF OIL / Mesa-Gruppe soll abgewehrt werden

Suche nach einem Partner

H.-A. SIEBERT, Washington

Das Drama, in das Amerikas größter Mineralölkonzern, die Gulf Oil Corp. mit Sitz in Pittsburgh, Pennsylvania, verwickelt ist, nähert sich seinem Ende. Was sich abzeichnet, ist eine Fusion mit einem anderen Öligiganten, die alle Rekorde brechen wird. Im Gespräch ist ein Kaufpreis, der 13,2 Mrd. Dollar (rund 34,5 Mrd. DM) erreichen kann. Das wären 80 Dollar je Aktie, verglichen mit einem derzeitigen Kurs von 69 Dollar. Der bisher teuerste und noch zu vollziehende Zusammenschluß mit Getty Oil kostet Texaco 10,1 Mrd. Dollar.

Als Käufer hat sich die Nummer sieben unter den US-Ölkonzernen, Atlantic Richfield (Arco) in Los Angeles, nach vorn geschoben. Jederzeit könnte aber auch die Allied Corp., General Electric, Mobil oder die Standard Oil Company of California mit dem neuen Namen Chevron eine Offerte abgeben. Das Roulette dreht sich. Die letzte Entscheidung liegt bei den 291 400 Aktionären, wer am meisten bietet, gewinnt. Gulf Oil, die vor 81 Jahren gegründet worden ist, geht unter wie einst die „Bismarck“ – wegen Ruderschadens.

Die Lage ist die, daß sich Goliath gegen David in der Person des Präsidenten der Mesa Petroleum Co., T. Boone Pickens, und seiner Investorengruppe kaum noch wehren kann. Pickens besitzt schon 13,2 Prozent der Gulf-Aktien und will weitere 8,2 Prozent für 877,5 Mrd. Dollar oder 65 Dollar je Stück erwerben. Damit besteht für das Gulf-Management die Gefahr – es sei denn, jemand bietet mehr – daß viele Anteilseigner die Offerte von Pickens akzeptieren, zumal sich der Kurs seit Beginn der Übernahmebeschlächt um 57 Prozent erhöht hat und schnell wieder sinken kann. Mit mehr als der Hälfte der Papiere würde die Mesa-Gruppe Gulf Oil kontrollieren, und zwar zu einem Schleuderpreis.

In dieser Situation ist Gulf Oil gezwungen, selbst einen Käufer zu suchen. Dabei hat es, was nicht bestritten wird, Gespräche zwischen dem Vorstandsvorsitzenden James Lee und dem Arco-Chef Robert O. Anderson gegeben. Gegenüber der WELT hat ein Arco-Sprecher die Fusionsgerüchte nicht dementiert, was als ein zustimmendes Signal gewertet werden kann. Für den Verkauf an einen Meistbieter, aber nicht Pickens, soll sich der Vorstand von Gulf Oil mehrheitlich ausgesprochen haben.

Gulf hat zweifellos die kleine Mesa-Gruppe von Anfang an als leicht befunden. Einstweilige Verfügungen haben bei der Abwehr ebenso wenig geholfen wie die Einschreibung ins Handelsregister des US-Bundesstaates Delaware, der die Vertretung der Aktionäre im Verwaltungsrat erschwert. Ein nicht bestä-

tigtes Angebot, von Pickens 21,75 Mrd. Aktien für je 70 Dollar oder insgesamt 1,52 Mrd. Dollar zurückzukaufen, wurde abgelehnt. Die Gruppe hat aber ohnehin einen Riesenschnitt gemacht: Sie erwarb die Gulf-Papiere für 44 Dollar im Durchschnitt; wenn 80 Dollar geboten werden, beträgt der Gewinn 782 Mrd. DM.

Für Arco, die im vergangenen Jahr 26 (27) Mrd. Dollar umsetzte und nach Steuern 1,54 (1,68) Mrd. Dollar verdiente – die Aktiva erhöhten sich von 21,6 auf 23,2 Mrd. Dollar – wäre Gulf den enormen Preis wert. Denn kräftig

Anzeige

Abonnieren Sie Mut zur Meinung

Die WELT spricht Klartext. In ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren kommen Autoren zu Wort, die etwas sagen haben. Das macht die WELT so wertvoll für kritische, aktive, geistig unabhängige Leserinnen und Leser. – Bezichen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie für alle Diskussionen des Tages.

DIE WELT

DIE WELT VERLAGS-GESELLSCHAFT mbH

Hinterhof 10, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abend-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellchein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,- (Ausland 35,-). Lieferkosten sind auf Anfrage, anliegende Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Bezug: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abend-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

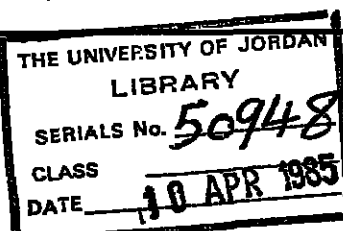
Unterschrift: _____

ausgeweitet und diversifiziert wurde endlich die Rohstoffbasis. Gulf steigerte den Gewinn 1983 von 900 auf 978 Mrd. Dollar, während der Umsatz von 30,6 auf 28,9 Mrd. Dollar schrumpfte. Die Vermögenswerte schlugen mit 21 (20,4) Mrd. Dollar zu Buch. Außer den Erdgasreserven sitzt Gulf auf 270 Mrd. Tonnen Öl, von denen sich 48 Prozent in Übersee und elf Prozent in Kanada befinden. Arco's Ölreserven machen 365 Mrd. Tonnen aus. Davon lagern aber 68 Prozent in Alaska und 27 Prozent in anderen Teilen der USA.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg: Nachl. d. Ingo Georg Kramer; Bielefeld: Bedafa Bauelemente Vertriebs GmbH; Coburg: Georg Langbein, Ing. d. Fa. Bruno Langbein, Baunternehmung, Neustadt/Coburg; Detmold: Sander u. Lindheim Schulzfabrik GmbH & Co. KG, Bad Salzuflen; Fürth: Klaus Bauer, Rimbach; Wächtersbach: Elsenz 1, Herburg Import-Export GmbH & Co. KG.

Schwerte 3: 2. Herburg GmbH, Schwerte 3; Bamberg: Klaus Ehlers, Schlossermeister; Kaiserslautern: Nachl. d. Martin Christian Arlt; Lärnach: Albert Schröder GmbH & Co. KG, Baunternehmung, Rheinfelden; Stuttgart: Ges. u. Nagel GmbH Heizung Klima Sanitär; Trier: Josef Friedrich, Kaufmann, Zimmer-Daunenbach, Inhaber der Hoch- und Tiefbaunternehmung Anton Friedrich.



Adam verlor das Paradies, weil es ihm geschenkt ward...

Das waren noch Zeiten, als Seine Majestät höchstpersönlich – und obendrein in Gassen-deutsch – auf die deutschen Unternehmer schimpfte, insbesondere auch auf die Siemensfamilie. Hundert Jahre später haben das andere übernommen. Zu Recht?

Jede Lebensart hat nur Bestand im Wandel

Damals wie heute gilt, daß eine Wirtschaftsordnung in ihren Hauptmerkmalen nur bestehen kann, wenn sie sich den wandelnden Umständen anpaßt – ein evolutives Prinzip. Kürzlich erst in Davos wurde gesagt: Innovators change the world, before the world changes them.

Diese Erkenntnis ist so alt, wie sie gut ist: nur das innovative Unternehmen ist ein wachsendes Unternehmen. Die Innovation trägt die Konjunktur.

In praxi heißt das: mit dem Lebertran der Subventionen läßt sich nichts kurieren. Mit Wehklagen auch nicht. Eine Vitaminkur mit Basisinnovationen ist das richtige Konzept.

Dennoch: zu Pessimismus besteht kein Anlaß

Was jetzt nicht mehr genügt, ist: Rationalisierungsreserven in den Wettbewerb werfen oder sich in die Preise flüchten oder dem Verbraucher vorwerfen, er verlaube am Markt vorbei. Silicon Valley sollte uns nicht schrecken. Es gibt keine Superlative, es gibt nur einen Komparativ, und den hat die deutsche Industrie letztlich noch immer ausgeschöpft: gewußt. Oft sogar als Schrittmacher. Der Weg: Innovationen via Investitionen.

Wahrscheinlich wird man einwenden, daß die Eigenkapital-lücke den Investitionen entgegenstehe, denn die generelle



Ertragschwäche deutscher Unternehmen habe eine ausreichende Kapitalbildung seit langem verhindert. In fataler Wechselwirkung mit der Last wachsender Verbindlichkeiten. Das stimmt.

Aber mit dem Finanzierungsinstrument Leasing sind diese Aufgaben lösbar

Wenn Selbstfinanzierung nicht möglich ist, braucht Fremdfinanzierung deshalb nicht nötig zu werden. Die FL Finanz-Leasing bietet Ihnen die Chance, Investitionsgüter zu nutzen, ohne sie deshalb zu kaufen.

Die schnelle und kapital-schonende Entscheidung heißt: FL Finanz-Leasing

Die FL Finanz-Leasing hilft Ihnen, wettbewerbsfähig zu bleiben und Ihre Produktivität zu verbessern:

■ Die FL Leasing-Modelle schonen Ihr Eigenkapital.

■ Überschaubare Mietlaufzeiten nehmen der Investition ihren oft überhöhten Risiko-Charakter.

■ Mit der FL Finanz-Leasing als Partner sichern Sie sich ständige Innovationsbereitschaft, ständige Modernisierung Ihres Maschinenparks.

■ Das Management der FL Finanz-Leasing ist eines der erfahrensten der Bundesrepublik. Es berät Sie bei der Verbesserung Ihrer Ertragsituation und Ihrer Bilanzstruktur.

Sprechen Sie mit uns! Wir nehmen uns Zeit, Ihnen bei Ihren Investitionsproblemen verantwortungsbewußt zu helfen.

FL FINANZ-LEASING GMBH
FL MOBILIEN-LEASING GMBH
FL IMMOBILIEN-LEASING GMBH

Hauptverwaltung:
Burgstr. 2-4, Postfach 2480
6200 Wiesbaden
Telefon 061 21/147-0
Telex 4 185514

Geschäftsstelle Bremen
Loignystraße 1
2800 Bremen 1
Telefon 04 21/23 20 67

Geschäftsstelle Düsseldorf
4000 Düsseldorf
Telefon 02 11/84 54 5

Geschäftsstelle Stuttgart
Calwer Straße 37
7000 Stuttgart 1
Telefon 07 11/22 80 05

Geschäftsstelle München
Prinzregentenstraße 54
8000 München 22
Telefon 089/22 60 17

FINANZ LEASING
... mit Deutschlands Leasing-Pionieren

Autoaktien weiter unter Druck

DW. - Der Börsenbeginn stand am Mittwoch am Aktienmarkt im Zeichen weiterer Gewinnmitnahmen, an denen sich auch die private Bankkundschaft beteiligt hat. Begründet wurde die wachsende Nervosität einmal mit dem neuerlichen Rückschlag an der New Yorker Börse, zum anderen aber mit der wachsenden Streik-

[illegible]

gefahr in der Metallindustrie. Da befürchtet wird, daß die gut beschäftigten Autokonzerne Hauptangriffsziel der IG Metall sein werden, ordnet die Autostation nochmals Abschlüsse. Auf den übrigen Märkten sorgten im Vorlaufe ankommende Rückkäufe für stabile Notierungen.

erten sich um 4
DM. Bei den
Althaus Leben
tief liehen 452
delberger Ze-
10 DM, Bayeri-
und Wechsel-
stärkerstörung 1170
f konnten sich
M verbessern.
gaben um 1 DM
und NWK-Vor-
7 DM. Phoenix
sich um 1 DM
M jeweils um
verändert blie-
2 355 DM. Die
ellen wurden in
nisch und in
und Vorkap-
gingen zu 323 (plus 1 DM) aus dem
Markt.
Münhen: Agrob St. und Agrob
Vz verminderten je um 6 DM.
Ausgubrer Kammgar erhöhen
um 2 DM und Fliechgas um 4 DM.
Petztrizer Brau stockten um 4 DM
und Süd Chemie um 0,50 DM auf.
Agrob St. und Agrob Vz stiegen
DM. Nachgeben mußten: Decker
AG um 2 DM, Dwyldung um 4 DM
und Gehe AG um 1 DM. Grünzweig
verlor 3 DM.
München: During verbesserten
sich um 2,50 DM. Herlitz Stäbe
um 1,50 DM, Kempinski stäben
um 6 DM und DeTeWe um 4 DM
nach. Berthold lagen um 2,50 DM,
Herlitz Vorzüge und Orenstein um
je 1,50 DM.
Nachbörse: schwächer
WELK-Altkontoren Nr. 21: 1561 (181)
WELK-Einzelhandel Nr. 22: 1561 (182)
WELK-Einzelhandel Nr. 23: 1561 (183)

	29. 2.	29. 2.	29. 2.	29. 2.
9	95.5-4-4.5G	96.5	96.9	95.1-6-4.5-3.7
5F	164.2-4.3-4.5G	166	19068	164.7-6-3-2
er. Hypo	147.5-4.5-5.9	169.5	50915	167.7-5-7-0.6
er. Vial	271.2-7-7.0G	276	2910	271.2-7-7.0-1.5
	357.9-8.5G	359G	929	358-8-7
mmber.	409.1-11-11.8G	413	3884	415.1-11.9-5-11.5
nt General	127.5-7.5-7.5-8G	130.5	13857	129.9-8-8-0.2
Bank	575.8-7.8-9	576G	3604	575.8-7-7-7.5
er. St.	577.8-7.8-7.5-8G	580	10206	578.8-8-7-7.8-8.0

[illegible]

96:2	97:1	98:1	99:1	100:1
500:26		3477	968:4-4-5	97:1
273:64	95:5-4-4-5	98	3472	100:1
270:19	165-4-5-5-5	165:5	165:5	165
420:56	168:2-4-5-7	169:5	213:17	170:1
4084	170:1-2-1-7-10	2477	860	272:2-76-70
596	338:7	163	110	335:7-5-6
176:3	112:5-11-10-11	41:16	589	410:2-19-10-10
479:53	127:5-2-8-5-1-5	181:5	182:24	182:4-9-8-8-8-8-8-8
100:20	128:5-4-5-9	130:5	152	122:9-8-8
917:9		575	40	370:72-70-72
190:8	377:5-8-8-8-8-5	380	8260	577:5-5-2-1

3183	131-75-72.4	174	4580	131-75-72.4	174
3182	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3181	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3180	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3179	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3178	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3177	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3176	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3175	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3174	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3173	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3172	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3171	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3170	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3169	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3168	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3167	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3166	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3165	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3164	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3163	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3162	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3161	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3160	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3159	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3158	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3157	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3156	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3155	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3154	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3153	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3152	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3151	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3150	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3149	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3148	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3147	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3146	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3145	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3144	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3143	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3142	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3141	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3140	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3139	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3138	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3137	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3136	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3135	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3134	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3133	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3132	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3131	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3130	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3129	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3128	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3127	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3126	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3125	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3124	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3123	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3122	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3121	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3120	170-5-5	157	577	136-4-9	173
3119	170-5-5	157	577	136-	

1924	Alfonso Vera	2306	(3593)	Adifonso	27,63
19648	Dr. Robeck	4058	(7024)	Adifonso	32,05
15689	Chick	575	(1157)	Adifonso	30,10
4676	Chick	4978	(3404)	Adifonso	79,58
746	Hausberger	6842	(1200)	Angie Int. Fds.	53,57
4495	Hausberger	1010	(1010)	Angie Wachtel - Fds.	46,20
7517	KCB	17	(37)	ACI Funds	114,33
4715	Philips Comm.	1162	(1448)	Alito Kapital Fds.	21,86
1028	Smoller	1140	(420)	Alfonso Ramonfons	117,84
3434	Stroberg			Analytic Funds	24,44
1434	President	29, 2			

149	Albani	3181	(353)	Aridania	15	52.4	1
187	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
190	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
191	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
1415	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
3977	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
348	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
140	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
141	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
142	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
143	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
144	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
145	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
146	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
147	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
148	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
149	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
150	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
151	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
152	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
153	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
154	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
155	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
156	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
157	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
158	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
159	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
160	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
161	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
162	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
163	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
164	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
165	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
166	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
167	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
168	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
169	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
170	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
171	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
172	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
173	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
174	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
175	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
176	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
177	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
178	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
179	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
180	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
181	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
182	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
183	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
184	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
185	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
186	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
187	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
188	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
189	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
190	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
191	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1
192	Alban	4831	(487)	Armenia	17	53.1	1

34.13	
22.35	
37.38	
37.22	
74.14	
32.13	
43.97	
168.03	
111.51	
20.47	
114.91	
25.07	

71	33.85
72	37.28
73	36.87
74	58.22
75	80.22
76	65.27
77	21.51
78	34.95
79	32.92
80	31.48
81	184.37
82	50.13
83	74.50
84	56.75
85	60.81
86	148.80
87	54.77
88	71.00
89	77.73
90	61.74
91	75.64
92	74.80
93	22.80
94	35.81
95	25.16
96	26.74
97	81.22
98	80.68
99	74.69
100	57.12
101	55.78
102	72.36
103	19.77
104	19.77

H Arnold, Bldg.	919	919	H Bawlscomb, C-78	9386	9386
H Arch, Mt. View, 61	920	920	He Brattin, W-1	9388	9388
H Aron, 1000	921	921	H Brattin, W-2	9389	9389
D Aronoff, 9	922	922	H Brattin, W-3	9390	9390
D Aronoff, 9	923	923	H Brattin, W-4	9391	9391
H Asch-Seggs 8	924	924	H Brattin, W-5	9392	9392
H Asch-Seggs 8	925	925	H Brattin, W-6	9393	9393
D Asch-Seggs 8	926	926	H Brattin, W-7	9394	9394
D Asch-Seggs 8	927	927	H Brattin, W-8	9395	9395
D Asch-Seggs 8	928	928	H Brattin, W-9	9396	9396
D Asch-Seggs 8	929	929	H Brattin, W-10	9397	9397
D Asch-Seggs 8	930	930	H Brattin, W-11	9398	9398
D Asch-Seggs 8	931	931	H Brattin, W-12	9399	9399
D Asch-Seggs 8	932	932	H Brattin, W-13	9400	9400
D Asch-Seggs 8	933	933	H Brattin, W-14	9401	9401
D Asch-Seggs 8	934	934	H Brattin, W-15	9402	9402
D Asch-Seggs 8	935	935	H Brattin, W-16	9403	9403
D Asch-Seggs 8	936	936	H Brattin, W-17	9404	9404
D Asch-Seggs 8	937	937	H Brattin, W-18	9405	9405
D Asch-Seggs 8	938	938	H Brattin, W-19	9406	9406
D Asch-Seggs 8	939	939	H Brattin, W-20	9407	9407
D Asch-Seggs 8	940	940	H Brattin, W-21	9408	9408
D Asch-Seggs 8	941	941	H Brattin, W-22	9409	9409
D Asch-Seggs 8	942	942	H Brattin, W-23	9410	9410
D Asch-Seggs 8	943	943	H Brattin, W-24	9411	9411
D Asch-Seggs 8	944	944	H Brattin, W-25	9412	9412
D Asch-Seggs 8	945	945	H Brattin, W-26	9413	9413
D Asch-Seggs 8	946	946	H Brattin, W-27	9414	9414
D Asch-Seggs 8	947	947	H Brattin, W-28	9415	9415
D Asch-Seggs 8	948	948	H Brattin, W-29	9416	9416
D Asch-Seggs 8	949	949	H Brattin, W-30	9417	9417
D Asch-Seggs 8	950	950	H Brattin, W-31	9418	9418
D Asch-Seggs 8	951	951	H Brattin, W-32	9419	9419
D Asch-Seggs 8	952	952	H Brattin, W-33	9420	9420
D Asch-Seggs 8	953	953	H Brattin, W-34	9421	9421
D Asch-Seggs 8	954	954	H Brattin, W-35	9422	9422
D Asch-Seggs 8	955	955	H Brattin, W-36	9423	9423
D Asch-Seggs 8	956	956	H Brattin, W-37	9424	9424
D Asch-Seggs 8	957	957	H Brattin, W-38	9425	9425
D Asch-Seggs 8	958	958	H Brattin, W-39	9426	9426
D Asch-Seggs 8	959	959	H Brattin, W-40	9427	9427
D Asch-Seggs 8	960	960	H Brattin, W-41	9428	9428
D Asch-Seggs 8	961	961	H Brattin, W-42	9429	9429
D Asch-Seggs 8	962	962	H Brattin, W-43	9430	9430
D Asch-Seggs 8	963	963	H Brattin, W-44	9431	9431
D Asch-Seggs 8	964	964	H Brattin, W-45	9432	9432
D Asch-Seggs 8	965	965	H Brattin, W-46	9433	9433
D Asch-Seggs 8	966	966	H Brattin, W-47	9434	9434
D Asch-Seggs 8	967	967	H Brattin, W-48	9435	9435
D Asch-Seggs 8	968	968	H Brattin, W-49	9436	9436
D Asch-Seggs 8	969	969	H Brattin, W-50	9437	9437
D Asch-Seggs 8	970	970	H Brattin, W-51	9438	9438
D Asch-Seggs 8	971	971	H Brattin, W-52	9439	9439
D Asch-Seggs 8	972	972	H Brattin, W-53	9440	9440
D Asch-Seggs 8	973	973	H Brattin, W-54	9441	9441
D Asch-Seggs 8	974	974	H Brattin, W-55	9442	9442
D Asch-Seggs 8	975	975	H Brattin, W-56	9443	9443
D Asch-Seggs 8	976	976	H Brattin, W-57	9444	9444
D Asch-Seggs 8	977	977	H Brattin, W-58	9445	9445
D Asch-Seggs 8	978	978	H Brattin, W-59	9446	9446
D Asch-Seggs 8	979	979	H Brattin, W-60	9447	9447
D Asch-Seggs 8	980	980	H Brattin, W-61	9448	9448
D Asch-Seggs 8	981	981	H Brattin, W-62	9449	9449

[illegible][illegible]

Dr. W. Nickel "D	1287	1351	B. Chm. Broth. &	2689	1963
Dr. W. A. 1	1271	1325	Dehne 4	2691	1963
Dr. W. A. 2	1272	1326	Dehne 5	2692	1963
Dr. W. A. 3	1273	1327	Dr. Dehne 6	2693	1963
Dr. W. A. 4	1274	1328	Dr. Dehne 7	2694	1963
Dr. W. A. 5	1275	1329	Dr. Dehne 8	2695	1963
Dr. W. A. 6	1276	1330	Dr. Dehne 9	2696	1963
Dr. W. A. 7	1277	1331	Dr. Dehne 10	2697	1963
Dr. W. A. 8	1278	1332	Dr. Dehne 11	2698	1963
Dr. W. A. 9	1279	1333	Dr. Dehne 12	2699	1963
Dr. W. A. 10	1280	1334	Dr. Dehne 13	2700	1963
Dr. W. A. 11	1281	1335	Dr. Dehne 14	2701	1963
Dr. W. A. 12	1282	1336	Dr. Dehne 15	2702	1963
Dr. W. A. 13	1283	1337	Dr. Dehne 16	2703	1963
Dr. W. A. 14	1284	1338	Dr. Dehne 17	2704	1963
Dr. W. A. 15	1285	1339	Dr. Dehne 18	2705	1963
Dr. W. A. 16	1286	1340	Dr. Dehne 19	2706	1963
Dr. W. A. 17	1287	1341	Dr. Dehne 20	2707	1963
Dr. W. A. 18	1288	1342	Dr. Dehne 21	2708	1963
Dr. W. A. 19	1289	1343	Dr. Dehne 22	2709	1963
Dr. W. A. 20	1290	1344	Dr. Dehne 23	2710	1963
Dr. W. A. 21	1291	1345	Dr. Dehne 24	2711	1963
Dr. W. A. 22	1292	1346	Dr. Dehne 25	2712	1963
Dr. W. A. 23	1293	1347	Dr. Dehne 26	2713	1963
Dr. W. A. 24	1294	1348	Dr. Dehne 27	2714	1963
Dr. W. A. 25	1295	1349	Dr. Dehne 28	2715	1963
Dr. W. A. 26	1296	1350	Dr. Dehne 29	2716	1963
Dr. W. A. 27	1297	1351	Dr. Dehne 30	2717	1963
Dr. W. A. 28	1298	1352	Dr. Dehne 31	2718	1963
Dr. W. A. 29	1299	1353	Dr. Dehne 32	2719	1963
Dr. W. A. 30	1300	1354	Dr. Dehne 33	2720	1963
Dr. W. A. 31	1301	1355	Dr. Dehne 34	2721	1963
Dr. W. A. 32	1302	1356	Dr. Dehne 35	2722	1963
Dr. W. A. 33	1303	1357	Dr. Dehne 36	2723	1963
Dr. W. A. 34	1304	1358	Dr. Dehne 37	2724	1963
Dr. W. A. 35	1305	1359	Dr. Dehne 38	2725	1963
Dr. W. A. 36	1306	1360	Dr. Dehne 39	2726	1963
Dr. W. A. 37	1307	1361	Dr. Dehne 40	2727	1963
Dr. W. A. 38	1308	1362	Dr. Dehne 41	2728	1963
Dr. W. A. 39	1309	1363	Dr. Dehne 42	2729	1963
Dr. W. A. 40	1310	1364	Dr. Dehne 43	2730	1963
Dr. W. A. 41	1311	1365	Dr. Dehne 44	2731	1963
Dr. W. A. 42	1312	1366	Dr. Dehne 45	2732	1963
Dr. W. A. 43	1313	1367	Dr. Dehne 46	2733	1963
Dr. W. A. 44	1314	1368	Dr. Dehne 47	2734	1963
Dr. W. A. 45	1315	1369	Dr. Dehne 48	2735	1963
Dr. W. A. 46	1316	1370	Dr. Dehne 49	2736	1963
Dr. W. A. 47	1317	1371	Dr. Dehne 50	2737	1963
Dr. W. A. 48	1318	1372	Dr. Dehne 51	2738	1963
Dr. W. A. 49	1319	1373	Dr. Dehne 52	2739	1963
Dr. W. A. 50	1320	1374	Dr. Dehne 53	2740	1963
Dr. W. A. 51	1321	1375	Dr. Dehne 54	2741	1963
Dr. W. A. 52	1322	1376	Dr. Dehne 55	2742	1963
Dr. W. A. 53	1323	1377	Dr. Dehne 56	2743	1963
Dr. W. A. 54	1324	1378	Dr. Dehne 57	2744	1963
Dr. W. A. 55	1325	1379	Dr. Dehne 58	2745	1963
Dr. W. A. 56	1326	1380	Dr. Dehne 59	2746	1963
Dr. W. A. 57	1327	1381	Dr. Dehne 60	2747	1963
Dr. W. A. 58	1328	1382	Dr. Dehne 61	2748	1963
Dr. W. A. 59	1329	1383	Dr. Dehne 62	2749	1963
Dr. W. A. 60	1330	1384	Dr. Dehne 63	2750	1963
Dr. W. A. 61	1331	1385	Dr. Dehne 64	2751	1963
Dr. W. A. 62	1332	1386	Dr. Dehne 65	2752	1963
Dr. W. A. 63	1333	1387	Dr. Dehne 66	2753	1963
Dr. W. A. 64	1334	1388	Dr. Dehne 67	2754	1963
Dr. W. A. 65	1335	1389	Dr. Dehne 68	2755	1963
Dr. W. A. 66	1336	1390	Dr. Dehne 69	2756	1963
Dr. W. A. 67	1337	1391	Dr. Dehne 70	2757	1963
Dr. W. A. 68	1338	1392	Dr. Dehne 71	2758	1963
Dr. W. A. 69	1339	1393	Dr. Dehne 72	2759	1963
Dr. W. A. 70	1340	1394	Dr. Dehne 73	2760	1963
Dr. W. A. 71	1341	1395	Dr. Dehne 74	2761	1963
Dr. W. A. 72	1342	1396	Dr. Dehne 75	2762	1963
Dr. W. A. 73	1343	1397	Dr. Dehne 76	2763	1963
Dr. W. A. 74	1344	1398	Dr. Dehne 77	2764	1963
Dr. W. A. 75	1345	1399	Dr. Dehne 78	2765	1963
Dr. W. A. 76	1346	1400	Dr. Dehne 79	2766	1963
Dr. W. A. 77	1347	1401	Dr. Dehne 80	2767	1963
Dr. W. A. 78	1348	1402	Dr. Dehne 81	2768	1963
Dr. W. A. 79	1349	1403	Dr. Dehne 82	2769	1963
Dr. W. A. 80	1350	1404	Dr. Dehne 83	2770	1963
Dr. W. A. 81	1351	1405	Dr. Dehne 84	2771	1963
Dr. W. A. 82	1352	1406	Dr. Dehne 85	2772	1963
Dr. W. A. 83	1353	1407	Dr. Dehne 86	2773	1963
Dr. W. A. 84	1354	1408	Dr. Dehne 87	2774	1963
Dr. W. A. 85	1355	1409	Dr. Dehne 88	2775	1963
Dr. W. A. 86	1356	1410	Dr. Dehne 89	2776	1963
Dr. W. A. 87	1357	1411	Dr. Dehne 90	2777	1963
Dr. W. A. 88	1358	1412	Dr. Dehne 91	2778	1963
Dr. W. A. 89	1359	1413	Dr. Dehne 92	2779	1963
Dr. W. A. 90	1360	1414	Dr. Dehne 93	2780	1963
Dr. W. A. 91	1361	1415	Dr. Dehne 94	2781	1963
Dr. W. A. 92	1362	1416	Dr. Dehne 95	2782	1963
Dr. W. A. 93	1363	1417	Dr. Dehne 96	2783	1963
Dr. W. A. 94	1364	1418	Dr. Dehne 97	2784	1963
Dr. W. A. 95	1365	1419	Dr. Dehne 98	2785	1963
Dr. W. A. 96	1366	1420	Dr. Dehne 99	2786	1963
Dr. W. A. 97	1367	1421	Dr. Dehne 100	2787	1963
Dr. W. A. 98	1368	1422	Dr. Dehne 101	2788	1963
Dr. W. A. 99	1369	1423	Dr. Dehne 102	2789	1963
Dr. W. A. 100	1370	1424	Dr. Dehne 103	2790	1963
Dr. W. A. 101	1371	1425	Dr. Dehne 104	2791	1963
Dr. W. A. 102	1372	1426	Dr. Dehne 105	2792	1963
Dr. W. A. 103	1373	1427	Dr. Dehne 106	2793	1963
Dr. W. A. 104	1374	1428	Dr. Dehne 107	2794	1963
Dr. W. A. 105	1375	1429	Dr. Dehne 108	2795	1963
Dr. W. A. 106	1376	1430	Dr. Dehne 109	2796	1963
Dr. W. A. 107	1377	1431	Dr. Dehne 110	2797	1963
Dr. W. A. 108	1378	1432	Dr. Dehne 111	2798	1963
Dr. W. A. 109	1379	1433	Dr. Dehne 112	2799	1963
Dr. W. A. 110	1380	1434	Dr. Dehne 113	2800	1963
Dr. W. A. 111	1381	1435	Dr. Dehne 114	2801	1963
Dr. W. A. 112	1382	1436	Dr. Dehne 115	2802	1963
Dr. W. A. 113	1383	1437	Dr. Dehne 116	2803	1963
Dr. W. A. 114	1384	1438	Dr. Dehne 117	2804	1963
Dr. W. A. 115	1385	1439	Dr. Dehne 118	2805	1963
Dr. W. A. 116	1386	1440	Dr. Dehne 119	2806	1963
Dr. W. A. 117	1387	1441	Dr. Dehne 120	2807	1963
Dr. W. A. 118	1388	1442	Dr. Dehne 121	2808	1963
Dr. W. A. 119	1389	1443	Dr. Dehne 122	2809	1963
Dr. W. A. 120	1390	1444	Dr. Dehne 123	2810	1963
Dr. W. A. 121	1391	1445	Dr. Dehne 124	2811	1963
Dr. W. A. 122	1392	1446	Dr. Dehne 125	2812	1963
Dr. W. A. 123	1393	1447	Dr. Dehne 126	2813	1963
Dr. W. A. 124	1394	1448	Dr. Dehne 127	2814	1963
Dr. W. A. 125	1395	1449	Dr. Dehne 128	2815	1963
Dr. W. A. 126	1396	1450	Dr. Dehne 129	2816	1963
Dr. W. A. 127	1397	1451	Dr. Dehne 130	2817	1963
Dr. W. A. 128	1398	1452	Dr. Dehne 131	2818	1963
Dr. W. A. 129	1399	1453	Dr. Dehne 132	2819	1963
Dr. W. A. 130	1400	1454	Dr. Dehne 133	2820	1963
Dr. W. A. 131	1401	1455	Dr. Dehne 134	2821	1963
Dr. W. A. 132	1402	1456	Dr. Dehne 135	2822	1963
Dr. W. A. 133	1403	1457	Dr. Dehne 136	2823	1963
Dr. W. A. 134	1404	1458	Dr. Dehne 137	2824	1963
Dr. W. A. 135	1405	1459	Dr. Dehne 138	2825	1963
Dr. W. A. 136	1406	1460	Dr. Dehne 139	2826	1963
Dr. W. A. 137	1407	1461	Dr. Dehne 140	2827	1963
Dr. W. A. 138	1408	1462	Dr. Dehne 141	2828	1963
Dr. W. A. 139	1409	1463	Dr. Dehne 142	2829	1963
Dr. W. A. 140	1410	1464	Dr. Dehne 143	2830	1963
Dr. W. A. 141	1411	1465	Dr. Dehne 144	2831	1963
Dr. W. A. 142	1412	1466	Dr. Dehne 145	2832	1963
Dr. W. A. 143	1413	1467	Dr. Dehne 146	2833	1963
Dr. W. A. 144	1414	1468	Dr. Dehne 147	2834	1963
Dr. W. A. 145	1415	1469	Dr. Dehne 148	2835	1963
Dr. W. A. 146	1416	1470	Dr. Dehne 149	2836	1963
Dr. W. A. 147	1417	1471	Dr. Dehne 150	2837	1963
Dr. W. A. 148	1418	1472	Dr. Dehne 151	2838	1963
Dr. W. A. 149	1419	1473	Dr. Dehne 152	2839	1963
Dr. W. A. 150	1420	1474	Dr. Dehne 153	2840	1963
Dr. W. A. 151	1421	1475	Dr. Dehne 154	2841	1963
Dr. W. A. 152	1422	1476	Dr. Dehne 155	2842	1963
Dr. W. A. 153	1423	1477	Dr. Dehne 156	2843	1963
Dr. W. A. 154	1424	1478	Dr. Dehne 157	2844	1963
Dr. W. A. 155	1425	1479	Dr. Dehne 158	2845	1963
Dr. W. A. 156	1426	1480	Dr. Dehne 159	2846	1963
Dr. W. A. 157	1427	1481	Dr. Dehne 160	2847	1963
Dr. W. A. 158	1428	1482	Dr. Dehne 161	2848	1963
Dr. W. A. 159	1429	1483	Dr. Dehne 162	2849	1963
Dr. W. A. 160	1430	1484	Dr. Dehne 163	2850	1963
Dr. W. A. 161	1431	1485	Dr. Dehne 164	2851	1963
Dr. W. A. 162	1432	1486	Dr. Dehne 165	2852	1963
Dr. W. A. 163	1433	1487	Dr. Dehne 166	2853	1963
Dr. W. A. 164	1434	1488	Dr. Dehne 167	2854	1963
Dr. W. A. 165	1435	1489	Dr. Dehne 168	2855	1963
Dr. W. A. 166	1436	1490	Dr. Dehne 169	2856	1963
Dr. W. A. 167	1437	1491	Dr. Dehne 170	2857	1963
Dr. W. A. 168	1438	1492	Dr. Dehne 171	2858	1963
Dr. W. A. 169	1439	1493	Dr. Dehne 172	2859	1963
Dr. W. A. 170	1440	1494	Dr. Dehne 173	2860	1963
Dr. W. A. 171	1441	1495	Dr. Dehne 174	2861	1963
Dr. W. A. 172	1442	1496	Dr. Dehne 175	2862	1963
Dr. W. A. 173	1443	1497	Dr. Dehne 176	2863	1963
Dr. W. A. 174	1444	1498	Dr. Dehne 177	2864	1963
Dr. W. A. 175	1445	1499	Dr. Dehne 178	2865	1963
Dr. W. A. 176	1446	1500	Dr. Dehne 179	2866	1963
Dr. W. A. 177	1447	1501	Dr. Dehne 180	2867	1963
Dr. W. A. 178	1448	1502	Dr. Dehne 181	2868	1963
Dr. W. A. 179	1449	1503	Dr. Dehne 182	2869	1963
Dr. W. A. 180	1450	1504	Dr. Dehne 183	2870	1963
Dr. W. A. 181	1451	1505	Dr. Dehne 184	2871	1963
Dr. W. A. 182	1452	1506	Dr. Deh		

[illegible]

20	941.26
21	942.53
22	943.80
23	945.07
24	946.34
25	947.61
26	948.88
27	950.15
28	951.42
29	952.69
30	953.96
31	955.23
32	956.50
33	957.77
34	959.04
35	960.31
36	961.58
37	962.85
38	964.12
39	965.39
40	966.66
41	967.93
42	969.20
43	970.47
44	971.74
45	973.01
46	974.28
47	975.55
48	976.82
49	978.09
50	979.36
51	980.63
52	981.90
53	983.17
54	984.44
55	985.71
56	986.98
57	988.25
58	989.52
59	990.79
60	992.06
61	993.33
62	994.60
63	995.87
64	997.14
65	998.41
66	999.68
67	1000.95
68	1002.22
69	1003.49
70	1004.76
71	1006.03
72	1007.30
73	1008.57
74	1009.84
75	1011.11
76	1012.38
77	1013.65
78	1014.92
79	1016.19
80	1017.46
81	1018.73
82	1020.00
83	1021.27
84	1022.54
85	1023.81
86	1025.08
87	1026.35
88	1027.62
89	1028.89
90	1030.16
91	1031.43
92	1032.70
93	1033.97
94	1035.24
95	1036.51
96	1037.78
97	1039.05
98	1040.32
99	1041.59
100	1042.86

[illegible]

90.34	90.1	9.50 g/dt, 81	100.95	106.7
90.35	90.2	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.36	90.3	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.37	90.4	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.38	90.5	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.39	90.6	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.40	90.7	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.41	90.8	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.42	90.9	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.43	91.0	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.44	91.1	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.45	91.2	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.46	91.3	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.47	91.4	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.48	91.5	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.49	91.6	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.50	91.7	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.51	91.8	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.52	91.9	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.53	92.0	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.54	92.1	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.55	92.2	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.56	92.3	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.57	92.4	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.58	92.5	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.59	92.6	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.60	92.7	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.61	92.8	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.62	92.9	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.63	93.0	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.64	93.1	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.65	93.2	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.66	93.3	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.67	93.4	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.68	93.5	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.69	93.6	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.70	93.7	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.71	93.8	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.72	93.9	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.73	94.0	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.74	94.1	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.75	94.2	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.76	94.3	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.77	94.4	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.78	94.5	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.79	94.6	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.80	94.7	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.81	94.8	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.82	94.9	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.83	95.0	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.84	95.1	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.85	95.2	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.86	95.3	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.87	95.4	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.88	95.5	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.89	95.6	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.90	95.7	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.91	95.8	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.92	95.9	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.93	96.0	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.94	96.1	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.95	96.2	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.96	96.3	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.97	96.4	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.98	96.5	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7
90.99	96.6	9.50 g/dt, 81	111.64	111.7</

71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

Singapore		France	
28.2	28.2	28.2	28.2
090	Banco de Bilbao	275	275
095	Banco Central	285	285
100	Banco de Mexico	295	295
105	Banco de Paris	305	305
110	Banco de Portugal	315	315
115	Banco de Santander	325	325
120	Banco de Uruguay	335	335
125	Banco de Venezuela	345	345
130	Chen	355	355
135	Comptoir	365	365
140	De Nederlandsche	375	375
145	Deutsche Bank	385	385
150	Edwards	395	395
155	Industrie Fin.	405	405
160	Industrie Fin.	415	415
165	Industrie Fin.	425	425
170	Industrie Fin.	435	435
175	Industrie Fin.	445	445
180	Industrie Fin.	455	455
185	Industrie Fin.	465	465
190	Industrie Fin.	475	477
195	Industrie Fin.	485	485
200	Industrie Fin.	495	495
205	Industrie Fin.	505	505
210	Industrie Fin.	515	515
215	Industrie Fin.	525	525
220	Industrie Fin.	535	535
225	Industrie Fin.	545	545
230	Industrie Fin.	555	555
235	Industrie Fin.	565	565
240	Industrie Fin.	575	577
245	Industrie Fin.	585	585
250	Industrie Fin.	595	595
255	Industrie Fin.	605	605
260	Industrie Fin.	615	615
265	Industrie Fin.	625	625
270	Industrie Fin.	635	635
275	Industrie Fin.	645	645
280	Industrie Fin.	655	655
285	Industrie Fin.	665	665
290	Industrie Fin.	675	677
295	Industrie Fin.	685	685
300	Industrie Fin.	695	695
305	Industrie Fin.	705	705
310	Industrie Fin.	715	715
315	Industrie Fin.	725	725
320	Industrie Fin.	735	735
325	Industrie Fin.	745	745
330	Industrie Fin.	755	755
335	Industrie Fin.	765	765
340	Industrie Fin.	777	777
345	Industrie Fin.	785	785
350	Industrie Fin.	795	795
355	Industrie Fin.	805	805
360	Industrie Fin.	815	815
365	Industrie Fin.	825	825
370	Industrie Fin.	835	835
375	Industrie Fin.	845	845
380	Industrie Fin.	855	855
385	Industrie Fin.	865	865
390	Industrie Fin.	877	877
395	Industrie Fin.	885	885
400	Industrie Fin.	895	895
405	Industrie Fin.	905	905
410	Industrie Fin.	915	915
415	Industrie Fin.	925	925
420	Industrie Fin.	935	935
425	Industrie Fin.	945	945
430	Industrie Fin.	955	955
435	Industrie Fin.	965	965
440	Industrie Fin.	977	977
445	Industrie Fin.	985	985
450	Industrie Fin.	995	995
455	Industrie Fin.	1005	1005
460	Industrie Fin.	1015	1015
465	Industrie Fin.	1025	1025
470	Industrie Fin.	1035	1035
475	Industrie Fin.	1045	1045
480	Industrie Fin.	1055	1055
485	Industrie Fin.	1065	1065
490	Industrie Fin.	1077	1077
495	Industrie Fin.	1085	1085
500	Industrie Fin.	1095	1095
505	Industrie Fin.	1105	1105
510	Industrie Fin.	1115	1115
515	Industrie Fin.	1125	1125
520	Industrie Fin.	1135	1135
525	Industrie Fin.	1145	1145
530	Industrie Fin.	1155	1155
535	Industrie Fin.	1165	1165
540	Industrie Fin.	1177	1177

28.2
528
859
275
2490
1020
713.5
252.9
1182.2
1209
80
351
30
33.5
195
91.5
225
57
895
481
234.5
1481
264
999
125.2
811
315
1.71
105.8

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

Monats
724,55
1220,97
1466,30
1767,180

am 28. 2.
-5,5 Pro-
ge 2,55G-
40B Pro-
Prezent:

(1994 an)
ern Zwei-
stärkung
(67)-3,60
1994/5
25 (7,31)
1, 2 Jahre
ungen in
1.

**der gesamten Bundesrepublik einschließlich
sowie mit etwa 5% ihrer Auflage in 137 Ländern**

LEICHTATHLETIK / Die Probleme einer Südafrikanerin - Kein Start bei Olympia

Zola Budd: Weltrekord-Läuferin im Abseits

KLAUS BLUME, Bonn
Der Heiratsantrag kam aus Birmingham. Der Kandidat, wenn auch schon 65 Jahre alt, scheint noch recht fit zu sein. Zumindest als Marathonläufer steht Henry Allen noch immer seinen Mann. Henry Allen aus Birmingham also bot der 17-jährigen Zola Budd aus Bloemfontein in Südafrika an, seine Frau zu werden. Zola Budd, seit dem 5. Januar die schnellste Frau der Welt über 5000 Meter (15:01,83 Minuten), lehnte ab, wenn gleich Allen zu ihr: „Ich wollte keine Ehe im eigentlichen Sinn, sondern nur den Weg zu einer großen internationalen Karriere ebnen.“

Seit 20 Jahren leben südafrikanische Sportler mit einem internationalen Boykott, praktiziert von Fachverbänden und Olympischen Komitees. Zola Budd hätte das für sich ändern können. Durch ihre Hochzeit mit Henry Allen wäre sie Engländerin geworden. Aber Zola Budd schlug diese Angebote amerikanischer Universitäten, ein Stipendium anzunehmen, um schließlich die amerikanische Staatsbürgerschaft zu beantragen.

Zola Budd, die Barfußläuferin, sagt dazu: „Wenn ich als Südafrikanerin laufe, dann weiß ich, daß die Leute außerhalb Südafrikas Notiz von uns nehmen. Ich bin und bleibe Südafrikanerin.“ Eine Haltung, die ihr jedenfalls vorerst noch, wegen der Apartheidspolitik ihres Landes, die Möglichkeiten verheißt, an Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen teilzunehmen.

Zola Budd, die Tochter eines Geschäftsmannes, aufgewachsen auf einem kleinen Farm, wurde von ihrem Lehrer Peter Labuschagne bei einem Schulsportfest entdeckt. Inzwischen bilden die beiden ein hervorragendes Team. Zola Budd gehört mittlerweile zu den schnellsten Läuferinnen der Welt auf den Strecken von 1500 m bis

5000 m. Im nächsten Jahr möchte sie den Weltrekord der Sowjetrussin Svetlana Ustowowa über 3000 m (8:26,87 Minuten) brechen. In einigen Jahren, so hofft sie, werde sie dann eine dominierende Rolle auf der 10-Kilometer-Distanz und im Marathonlauf spielen. So weit die sportlichen Pläne, die aber in erster Linie auf Rekordläufe im eigenen Land zielen müssen, so lange jedenfalls die südafrikanischen Leichtathleten weitgehend vom internationalen Sportbetrieb ausgeschlossen sind.

Ihr farbiger Landsmann Sydney Maree (mit 3:31,24 Minuten im vorigen Jahr vorübergehend Weltrekord über 1500 m) ist durch Heirat inzwischen amerikanischer Staatsbürger geworden. Maree besucht öfters seine Verwandten in der alten Heimat. Als er kürzlich in Südafrika war, sagte er: „Die Bemühungen der antisüdafrikanischen Organisationen, die Republik vom internationalen Sportgeschehen zu isolieren, werden sich bald gegen diese Organisationen selbst wenden. Die Welt wird sich der Tatsache allmählich bewußt, daß die südafrikanischen Sportler ungerecht behandelt werden. Boykottmaßnahmen benachteiligen – entgegen den Vorstellungen ihrer Befürworter – viel mehr schwarze als weiße Athleten.“

Zum Beispiel auch den farbigen südafrikanischen 800-Meter-Spezialisten Freddie Williams (Bestzeit 1983: 1:46,65 Minuten). Die Londoner „Times“ schrieb über Freddie Williams: „Der Nachfolger von Sydney Maree als schwarzer Nationalheld ist der erste farbige in der Geschichte der Leichtathletik, dem die Farben des Springbocks verliehen wurden, die verehrte grüne Klubjacke, die die internationale Isolation ausgleichen soll.“ Freilich wurde Williams dessen Traditionsjacke auch in der Hoffnung übergeben, eines nicht allzu fer-

nen Tages darin die südafrikanische Nationalmannschaft bei internationalen Meisterschaften vertreten zu können. Schließlich fordert das Nationale Olympische Komitee Südafrikas eine Untersuchungskommission des IOC sollte nach den Olympischen Spielen im Sommer in Los Angeles nach Südafrika reisen, um sich an Ort und Stelle über die Reformen und die tatsächlichen Gegebenheiten des Sports in Südafrika zu informieren.

Aber angesichts der Haltung anderer afrikanischer Sportverbände scheint es für südafrikanische Athleten vorerst doch nur einen Weg zu geben, den Sydney Maree eingeschlagen hat: nämlich die Annahme einer anderen Staatsbürgerschaft, um somit der internationalen Isolation zu entgehen.

Zurück zu Zola Budd, die an der Universität der Provinz „Oranje-Freistaat“ Politische Wissenschaften und die Ursprache der dortigen farbigen Einwohner, nämlich „Sotho“, studiert. „Ist dieses Mädchen ein Rassist?“ fragte ihr Verband auf dem Deckblatt der südafrikanischen Bestenliste 1983. Sicher nicht, und über all dort, wo Zola Budd in Südafrika als Läuferin in Aktion tritt, reichen die Eintrittskarten nicht aus. Zola Budd ist seit Wochen das Tagesgespräch in ihrer Heimat, weil sie bei den Olympischen Spielen in Los Angeles eine der ganz wenigen Läuferinnen wäre, die den favorisierten osteuropäischen Athletinnen die Medaillen wegschnappen könnte.

Mit Ironie versuchte diese Tage die Johannesburger Zeitung „Sunday Express“ die Situation zu begreifen, die Zola Budd entzünden ist. In einem fiktiven Interview mit einer fiktiven Gesellschaft „Keine Politik im Sport“ ließ sie dessen Vertreter sagen: „Südafrika gehört nicht zur Welt. Wie kann es also einen Weltrekord besitzen?“



Zola Budd: Barfuß hat sie Weltrekord über 5000 Meter. In ihrer Heimat Südafrika ist die 17-Jährige aus dem Tagesgespräch. FOTO: DIE WELT

„Klons“ - Der „Abend für erwachende Herzen“ kommt heute von Radio Bremen

„Wir wollen eigene Fehler machen“

Daß das Erstellen einer erfolgreichen, fast zweieinhalb Stunden dauernden Jugendsendung heutzutage eine schwierige Angelegenheit sein muß, wird Ende letzten Jahres als erstem dem Kölner WDR aufgegangen sein. Das Pionierprojekt damals wurde, was man in der Mediensprache einen „Flop“ nennt – die Kritik war sich einig, vom Sendeblatt bis zur seriösen Tageszeitung wurde vom glücklosen Start einer Idee geschrieben. Neun Prozent Sehbeteiligung, sagt nun Christian Berg, einer der Moderatoren der heute abend stattfindenden zweiten Sendung, seien im übrigen Urteil genug.

Berg (32) ist bei Radio Bremen, ihm zur Seite wurde die Berliner Rocksjägerin Milko (25) stehen. Die WELT sprach mit Berg, der zwar nichts von Kollegschaftsrichtung Köln hält, aber das Argument zitiert, daß dort im letzten November der Fehler gemacht worden sei, „immerzu übertriebene Jugendlichkeit vorgestell“ zu haben. „Wir haben uns alle die Sendung angesehen und gesagt, na gut, das war's, wir würden es anders machen.“

Wir – das ist ein fünfköpfiges Team gewesen, das „verdammte kurze Zeit für sich ein Programm“, nämlich erst seit Dezember, für die Bremer Sendung arbeiten konnte und sich in Ermangelung einer reinen Jugendredaktion aus Mitgliedern verschiedener anderer Ressorts zusammensetzte. So kam ein Mitarbeiter aus dem „Musikladen“, ein anderer aus

„III nach neun“, Berg selbst aus der Regionalsendung „Buten und binnen“, ein weiterer aus der Unterhaltung. „Nach der Sendung gehen wir wieder auseinander... eine Art ad-hoc-Gruppe.“

Angesprochen auf die „Fehler“ der Kollegen am Appellplatz, sagt Berg: „Man sagt, da seien welche gemacht worden. Aber das interessiert uns nicht. Wir wollen unsere eigenen Fehler machen.“ Und: „Im Grunde ist die uns zur Verfügung stehende Sendezeit einfach viel zu lang“, wenn man sie mit der vergleicht, die man in früheren Zeiten hatte, als es noch ein reguläres nachmittägliches Jugendprogramm gab. So etwas existiert

Klons - ARD, 20.18 Uhr

nicht mehr. „Erstmal gucken Jugendliche nachmittags so gut wie nie fern und sind ganz allgemein auch keine großen Fernsehböcker.“

Warum aber überhaupt solch eine Jugendsendung? Ob es nicht längst genug davon gäbe, denke man nur an Rockmusik oder Popsendungen? „Jugend besteht ja bekanntlich nicht nur aus Musik“, sagt Berg und nennt als ein wesentliches Manko im „etablierten“ Fernsehen die fehlende Beziehung zum direkten Dialog. Damit meint er nicht nur das Zweigespräch zwischen Jugend und Medium Fernsehen, sondern „eben auch den Dialog mit Erwachsenen. Den wollen sie doch.“

Ein weiteres wichtiges Element für das Programm sei „die Überraschung. Wenn Sie sonst fernsehen, wissen Sie Abends für Abends, was kommt, einmal der Spielfilm, dann die Serie, dann 'Dalli Dalli' und so weiter. Und das soll hier aufgehoben werden.“, so soll Neugier evoked werden. „Sie wissen nicht, was das Wort 'Klons' bedeutet, aber Sie reden darüber. Und genau das wollen wir damit erreichen: wir wollen anregen, zu Fragen anregen.“

Nein, auf die Nachbarn im Ausland sei bei der Erstellung dieses Bremer Anti-Konzepts überhaupt nicht geschaut worden. Dort gäbe es Jugendsendungen, wenn die auch – Beispiel England – im wesentlichen Musiksendungen mit ein bißchen Talk dazwischen seien, „sowas als 'Bananas'“. Aber das wollen wir nicht. „Absprachen mit anderen ARD-Sendern habe es auch nicht gegeben, jeder solle sein eigenes Programm machen. Das ganze sei als Experiment zu sehen, könnte ebenso gut wieder ein-schlafen oder eben weitergehen – je nach Reaktion.“

Und, womöglich, je nach Redaktion. Erfahrung in der Kunst des Dialogs haben die Bremer ja bereits in Hülle und Fülle sammeln können, siehe Talkshow. Und mit der Jugend auch, siehe „Musikladen“.

Bleibt nur abzuwarten, ob „Klons“ die beiden nun auch unter einen Hut bekommt...

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Nicht zum Mond der Steine wegen

Das Wort Bratpfanne fiel nicht ein einziges Mal. Die teffonbeschichtete Pfanne, mit dem Battellone von PR-Leuten der Nasa und der US-Industrie in den 60er Jahren die teuren Früchte des neuen Kontinents Space dem Mann aus der Mainstreet verkaufen wollten, wurde gottlob nicht ein einziges Mal erwähnt.

Anstelle der Bratpfanne trat in der ZDF-Diskussion 5 nach 18 über die mögliche Bonner Beteiligung an einer US-Raumstation als eine der wissenschaftlichen Rechtfertigungen die Elektrophorese, die Trennung biologischer Substanzen beispielsweise für klinische Diagnostik. Spätestens in dem Augenblick, als einer der Wissenschaftler in der TV-Runde bemerkte, eine schärfere Trennung der Substanzen als bereits auf der Erde erzielt, sei gar nicht mehr erforderlich, muß der Fernsehschauer den Eindruck gewonnen haben, daß die rein wissenschaftlichen Aspekte beim Betrieb einer ständig bemannten Raumstation überkauft werden.

So fiel denn auch das Stichwort Politik in der sonst niveaufull geführten und vom Moderator glänzend geleiteten Debatte viel zu spät. Denn die Entscheidung Präsident Reagans zum Bau einer permanenten Erdumstation war eine politische Entscheidung. Sie wird nicht geben, um biologische Substanzen besser zu trennen, so wie die Amerikaner nicht zum Mond fliegen, um der Wissenschaft Mondgestein heranzuschleppen. Die Mondfahrt war eine technologische Demonstration der Großmacht USA – wie die Raumstation.

Auch Bonn wird die politische Entscheidung treffen müssen, bei Bereitstellung einiger Milliarden mit am Strang der amerikanischen Freunde zu ziehen. Die Wissenschaft ist nur ein Anhängsel.

A. BARWOLF

Drei Lacher auf einmal

Da wischt du dir die Augen, da traust du dem eigenen Fernseher nicht mehr Achtzig Minuten Humor von deutschen Fernsehantennen, das kann doch nicht wahr sein! Aber es ist wahr, Der Mann im Pyjama mach-

te es möglich (ZDF). Da geht einer abends im gestreiften Schlafrock Zigaretten holen, aber kaum am Automaten, wird er Opfer der frappantesten Filmgags. Sie schlagen über ihm zusammen, die Szene wird zu einer einzigen, ausschweifenden Klamotte. Der Zuschauer kommt kaum noch zum Lachen, er muß der Lacher gleichzeitig produzieren, wenn er den Mächer gerecht sein will. Die gnadenlose Turbulenz sprengt schier den Schirm, der solcherlei seit Jahren nicht mehr gewohnt ist.

Aber das allein ist es nicht, die Überfülle der Gags und der pfeffrigen Schmelereien (andere hätten aus ihnen mindestens ein Dutzend Filme aufgeführt), es ist nicht die Menge, es ist auch die handwerkliche Sorgfalt, das mit leichter Hand fließig komponierte Puzzlespiel, das Spiel mit dem „Gag nach dem Gag“, die tipptige Freude an der Klamotte, die unsere alte These bekräftigt: Vor den Humor haben die Götter den Fleiß der Fantasie gesetzt.

Christian Rateuke und Hartmann Schmige sind die Mächer, aus dem geschlossenen hervorstechenden Team seien genannt: Otto Sander und Peter Fitz.

VALENTIN POLCUCHE

FUSSBALL

Kapitän steht zu Schumacher

BERND WEBER, Brüssel
Das Thema Toni Schumacher läßt die Fußball-Nationalmannschaft nicht los – nicht zuletzt durch Schumacher selbst, der erklärt hat: „Wenn die Mehrheit meiner Kollegen es wünscht und wenn sie glaubt, daß ich bei der Europameisterschaft in Frankreich eine Belastung für sie sein könnte, lasse ich die Europameisterschaft sausen.“ Vor dem Länderspiel gegen Belgien hat sich gestern zu dieser Frage auch Kapitän Karl-Heinz Rummenigge noch einmal geäußert. Der Münchner sagte zur WELT: „Ich werde nicht zulassen, daß irgend jemand aus der Mannschaft zur Verunsicherung Schumachers beiträgt. Toni ist zur Zeit mit Abstand unser bester Torwart. Er hat wesentlich dazu beigetragen, daß wir die Europameisterschafts-Qualifikation geschafft haben, und deswegen muß er bei der Endrunde dabei sein.“

Daß in Frankreich wegen des Kölners zumindest in der Anfangsphase wieder einige Emotionen hochkochen werden, hält Rummenigge für „sehr wahrscheinlich“. „Aber“, so sagte der Kapitän weiter, „dadurch können wir erst beweisen, inwieweit die Mannschaft gereift, inwieweit sie wirklich eine echte Gemeinschaft geworden ist.“ Wenn es bei der Europameisterschaft zu Leistungseinbrüchen kommen sollte, dürfe niemand Schumacher als Alibi benutzen.

AMATEURBOXEN

Große Sorgen um Weinand

sid, München
Lähmungserscheinungen, Schwindelanfälle, starkes Erbrechen, Durchfall, Schüttelfrost: Die Symptome geben Anlaß zu größter Besorgnis. Rund 150 Tage vor Beginn der Olympischen Spiele in Los Angeles droht dem Olympia-Kandidaten Dieter Weinand (22 aus Gelsenkirchen ein Boxer.

Am 6. März fällt im Essener Uniklinikum bei einer Computer-Tomographie die Entscheidung darüber, ob der Amateurboxer überhaupt noch einmal in den Ring zurückkehren darf. Bei der Hirnschicht-Untersuchung wollen die Ärzte den Ursachen seiner nicht zum ersten Mal aufgetretenen Störungen auf die Spur kommen.

Mit dem Verdacht einer leichten Gehirnerschütterung kehrte Weinand Mitte Februar vom zehntägigen Höhentraining mit den amerikanischen Boxern aus Colorado Springs zurück. Im Rahmen der Olympia-Vorbereitung hatten die sieben deutschen Boxer das rigorose Ausleseverfahren der Amerikaner beim Sparring am eigenen Leib zu spüren bekommen. Im Trainingscamp war der frühere Junioren-Vizeeuropameister von den amerikanischen Verbänden, Ärzten bereits eingehend untersucht worden. Ohne akuten Befund.

SPORT-NACHRICHTEN

Gericht verfügte Auflösung

London (UP) – Ein englisches Gericht hat die Auflösung des mit 3 Millionen Mark verschuldeten Fußball-Zweitligas-Klubs Charlton verfügt. Die Finanzbehörden hatten den Vorschlag des Klub-Präsidenten, 108 000 Pfund Steuerschulden durch eine von ihm kontrollierte und in der Schweiz registrierte Firma zu bezahlen, abgelehnt.

FISA droht Veranstandern

Paris (sid) – Der Internationale Automobil-Sport-Verband (FISA) hat mit der Streichung des Formel-1-Rennens am 7. April in Kyalami gedroht. Die südafrikanischen Veranstalter müssen nun bis zum nächsten Freitag finanzielle Garantien für die Austragung dieses Weltmeisterschafts-Laufes erbringen.

Maass war zu schnell

Johannesburg (dpa) – Der deutsche Rennfahrer Jochem Maass ist in der südafrikanischen Hafenstadt Port Elizabeth zu einer Geldstrafe von rund 450 Mark, ersatzweise 25 Tage Haft, verurteilt worden. Maass hatte die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 100 Stundenkilometern um genau 78,8 Kilometer überschritten.

Vergleich vor Arbeitsgericht

Hagen (dpa) – Mit einem Vergleich endete das Verfahren vor dem Hagen Arbeitsgericht zwischen Anton Kartak (Heidelberg), Präsident des Deutschen Basketball-Bundes (DBB), und Hans Schüttler (Hagen), dem im

FUSBALL

Junioren-Länderspiel U 21 in Koblenz: Deutschland - Belgien 1:0 (1:0); 2:0 U 21, Viertelfinale, Spiel im Programm: England - Frankreich 6:1 (2:1); Englische Meisterschaft: Birmingham - Bromwich 2:1; Britische Meisterschaft in Glasgow: Schottland - Wales 2:1 (1:0).

TENNIS

Turnier in Madrid, erste Runde: Hooper (USA) - Jelen (Deutschland) 7:6, 7:6; Denton (USA) - Maurer (Deutschland) 6:7, 7:6, 6:3; Turner in Kairo, erste Runde: Elter (Deutschland) - Wals (USA) 6:3, 6:4.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 16. Spieltag: Düsseldorf - Grematz 9:7, Bad Hamm - Reutlingen 9:5, Herborn-Neelbach - Hausenstamm 6:8, Saarbrücken - Jülich 9:3.

Ist Sport wirklich Lärmbelästigung für die Umwelt?

Lärm von Freizeit- und Sportanlagen darf nicht strenger beurteilt werden als der Lärm von Fabriken oder Rummelplätzen. Mit dieser gemeinsamen Empfehlung hat sich die Deutsche Sportkonferenz (DSK) in ihrer 14. Vollversammlung gegen eine solche verschärfte Beurteilung ausgesprochen, wie sie in einem Entwurf der Richtlinien der Länder zur Ermittlung und Beurteilung des durch Freizeitaktivitäten verursachten Lärms enthalten ist.

Mit 133:6 Stimmen wurde auf dem Verbandstag des Kanu-Verbandes Schleswig-Holstein der Antrag auf einen Verzicht des deutschen Kanu-Teams bei den Olympischen Spielen in Los Angeles zurückgewiesen. Die ungewöhnliche Forderung hatte die Kanu-Verordnung Kiel gestellt. Begründet wurde sie mit angeblich übertriebenen Umweltschutzmaßnahmen der Länder, durch die dem Kanu-Sport jegliche Basis entzogen würde.

In den letzten Monaten hat es insgesamt 16 Gerichts- und Verwaltungsgerichts-Entscheidungen gegeben, darunter ein höchststrichterliches Urteil, in denen Sportanlagen mit kaum vertretbarem Lärmschutz-Auflagen belegt wurden. In einer gemeinsamen Empfehlung fordert die Deutsche Sportkonferenz Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung in Bund, Ländern und Gemeinden auf, dafür zu sorgen, daß die im Einvernehmen mit allen Beteiligten in der Erfüllung des Goldenen Planes geschaffene Sport-Infrastruktur durch die sichtbar gewordenen sport-schädlichen Maßnahmen und Über-

reaktionen nicht weiter gefährdet wird.“

Ist der Sport wirklich zu einer Lärmbelastung für die Umwelt geworden? Geht man nach den Gerichtsurteilen in den letzten drei Jahren, dann scheint es so: Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe wurde das Tennisspielen in einer Wohnsiedlung als unzumutbare Lärmbelästigung eingestuft. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat einen Bochumer Sportplatz, auf dem Kinder und Jugendliche abends Fußball spielen,

durchaus vorstellen, daß ein Tennis-Fan die monotonen Geräusche dieses Spiels als „erotische Dusche“ empfindet. Für Heinz-Egon Risch, Professor an der Universität Düsseldorf, haben die Schläge in einer Tragflügel- auf stark „Knall-effekte“. Er, so Risch, würde rechtliche Schritte unternehmen, würde er nebenan wohnen.

Was also ist Sport? Lärm oder gesellschaftliche Aufgabe? Sicher kann es beides sein. Doch wenn Sport Lärm ist, warum kann dieser Lärm dann nicht ebenso hingenommen werden wie beispielsweise Verkehrs- oder Baulärm? Oder eben wie alle jene Arten von Lärm, die einem tagtäglich ungefragt zugemutet werden?

Der Deutsche Sportbund ist gefordert, das Thema heißt Problemstellung. Wenn die Ruhe des einzelnen höher bewertet wird als der Wert des Sports in unserer Gesellschaft mit all seinen gesundheitlichen, sozialen und pädagogischen Wirkungen, dann tut Aufklärung not. Der DSB und seine Vereine und Verbände müssen sich fragen lassen, ob sie wirklich alles getan haben, um derartigen Beurteilungen aus vorzubeugen. Denn die Macht dafür habe der Sport, wie Kommunalbeamte aus ihrer täglichen Praxis zu berichten wissen.

Der Deutsche Sportbund bezieht sich jedoch auf ein Gutachten, das in seinen Ausführungen zum Sport schlichtweg nicht allzu viel taugt. Die

Expertenmeinung darüber ist einbeinig. Sogar der Vertreter des Bundesinnenministeriums, Auftraggeber des Gutachtens „Aktionsprogramm Ökologie“, nannte die Ausführungen zum Sport die schlechtesten in der gesamten Bandbreite.

Aber an anderen Stellen haben Umweltschützer überaus berechtigte Einwände gegen die Zerstörung der Umwelt durch Erscheinungen des Sports geäußert. Wenn ausgetriebene Skigebiete oder geradezu in Massen auftauchende Skilangläufer der Fauna und Flora der Gebirgswelt allzu vehement zusetzen, dann kann sich der Sportbund nicht mit dem Argument verteidigen, unter dem Deckmantel des Umweltschutzes werde sportförmliche Ideologie betrieben.

Wenn in Flachwassergebieten die Lebensräume von Kleinstlebewesen durch Motorboote oder den Ansturm von Surfern gänzlich zerstört werden, hilft nicht der Hinweis, daß sich die Tauchsportler ein Harpunierverbot auferlegt haben. Das Hoffen auf künftige Selbstbeschränkung der Sportler löst diese Probleme nicht.

Blinder Aktionismus der Umweltschützer könnte den Aktionsbereich der Kanusportler so einengen, daß in absehbarer Zeit der Nachwuchs für den Leistungssport fehlen würde. Das hätte die Kanu-Verordnung Kiel vergeblich vorgebracht. Vergeblich, weil so etwas nun einmal blinder Aktionismus ist. Und die Umweltschützer haben wohl nicht zuletzt deshalb Erfolg, weil sie für ihre Interessen Aktionen und Kampagnen starten – im Gegensatz zu den Sportlern.

ULRICH SCHMIDLA

STANDPUNKT

werden wie beispielsweise Verkehrs- oder Baulärm? Oder eben wie alle jene Arten von Lärm, die einem tagtäglich ungefragt zugemutet werden?

Der Deutsche Sportbund ist gefordert, das Thema heißt Problemstellung. Wenn die Ruhe des einzelnen höher bewertet wird als der Wert des Sports in unserer Gesellschaft mit all seinen gesundheitlichen, sozialen und pädagogischen Wirkungen, dann tut Aufklärung not. Der DSB und seine Vereine und Verbände müssen sich fragen lassen, ob sie wirklich alles getan haben, um derartigen Beurteilungen aus vorzubeugen. Denn die Macht dafür habe der Sport, wie Kommunalbeamte aus ihrer täglichen Praxis zu berichten wissen.

Der Deutsche Sportbund bezieht sich jedoch auf ein Gutachten, das in seinen Ausführungen zum Sport schlichtweg nicht allzu viel taugt. Die



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Die Sendung mit der Maus

10.00 Die Sendung mit der Maus

10.05 Fußball-Länderspiel Belgien - Deutschland

10.10 Tagesschau

10.15 Show ohne Scham

10.20 Internationale Folklore mit Bill Ramsey und Don Peulin

Als Gäste: Regina Lindinger, Shari Garbo Nilson, Udo Jochen, Jimmy Patrick

10.25 Das ist die Welt

Warten, bis Uly kommt

Sie können es einfach nicht lassen in allen schwierigen Situationen

mußte er, und Anton kam nur eine Sekunde: Fernsehen. Bis Uly kommt. Alle drei wohnen in einem Hochhaus am Stadtrand, und doch sind sie keine richtigen Freunde. Comica, Fritten und Fernsehen sind immer wichtiger als alles, was man gemeinsam unternehmen könnte. Uly bringt den Frieden in das Hochhaus zurück. Sie ist neugierig und sucht im Hochhaus neue Freunde. Aber das ist gar nicht einfach, wie auch wenn Mario, Zwillie und Anton immer nur mit sich selbst beschäftigt sind.

17.50 Tagesschau

dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

Ausschlusssend: Der 7. Sinn

20.18 Klons

Ein Abend für erwachende Herzen

22.30 Tagesschau

Ein Mann aus gestern

Fernsehspiel von Wolfgang Menge und Tom Toelle

Mit Will Quadflieg, Hans Günter Martens, Gustav Rudolf Sellner u. a.

Es geht bei diesem WDR-Film um die fiktive Geschichte eines Fernsehredakteurs, wie sie sich an jeder deutschen Rundfunkanstalt abspielen könnte: Im Programmredirektor gerät zwischen die Fronten der Parteien, weil er sich für die Unabhängigkeit journalistischer Arbeit engagiert. Tom Toelle drehte diesen Film nach einem Buch von Wolfgang Menge. Zum Inhalt: Als Fernsehredakteur Arno trübsinnig morgens sein Büro betritt, ahnt er nicht, daß sich bis zum Abend sein Leben entscheidend verändern haben wird. Die Frage, ob ein Film so gesendet wird oder nicht, ist für ihn als Programmredirektor in einer Fernsehstation allzeitig. Es kommt zu Schwierigkeiten, als Wladimir seine Zustimmung für einen Magazinbeitrag gibt, der die Beraterfunktion des amtierenden Ministerpräsidenten Knop für eine Kernkraftwerksfirma aufdeckt.

22.50 Tagesschau



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Die Sendung mit der Maus

10.00 Die Sendung mit der Maus

10.05 Fußball-Länderspiel Belgien - Deutschland

10.10 Tagesschau

10.15 Show ohne Scham

10.20 Internationale Folklore mit Bill Ramsey und Don Peulin

Als Gäste: Regina Lindinger, Shari Garbo Nilson, Udo Jochen, Jimmy Patrick

10.25 Das ist die Welt

Warten, bis Uly kommt

Sie können es einfach nicht lassen in allen schwierigen Situationen

mußte er, und Anton kam nur eine Sekunde: Fernsehen. Bis Uly kommt. Alle drei wohnen in einem Hochhaus am Stadtrand, und doch sind sie keine richtigen Freunde. Comica, Fritten und Fernsehen sind immer wichtiger als alles, was man gemeinsam unternehmen könnte. Uly bringt den Frieden in das Hochhaus zurück. Sie ist neugierig und sucht im Hochhaus neue Freunde. Aber das ist gar nicht einfach, wie auch wenn Mario, Zwillie und Anton immer nur mit sich selbst beschäftigt sind.

17.50 Tagesschau

dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

Ausschlusssend: Der 7. Sinn

20.18 Klons

Ein Abend für erwachende Herzen

22.30 Tagesschau

Ein Mann aus gestern

Fernsehspiel von Wolfgang Menge und Tom Toelle

Mit Will Quadflieg, Hans Günter Martens, Gustav Rudolf Sellner u. a.

Es geht bei diesem WDR-Film um die fiktive Geschichte eines Fernsehredakteurs, wie sie sich an jeder deutschen Rundfunkanstalt abspielen könnte: Im Programmredirektor gerät zwischen die Fronten der Parteien, weil er sich für die Unabhängigkeit journalistischer Arbeit engagiert. Tom Toelle drehte diesen Film nach einem Buch von Wolfgang Menge. Zum Inhalt: Als Fernsehredakteur Arno trübsinnig morgens sein Büro betritt, ahnt er nicht, daß sich bis zum Abend sein Leben entscheidend verändern haben wird. Die Frage, ob ein Film so gesendet wird oder nicht, ist für ihn als Programmredirektor in einer Fernsehstation allzeitig. Es kommt zu Schwierigkeiten, als Wladimir seine Zustimmung für einen Magazinbeitrag gibt, der die Beraterfunktion des amtierenden Ministerpräsidenten Knop für eine Kernkraftwerksfirma aufdeckt.

22.50 Tagesschau

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde

20.00 Tagesschau

20.15 Die Himmelskrieger im Krieg

US-Spielfilm, 1935

21.20 Dreifach...!

Der Film mit Frances Farmer

21.45 Ökonomiegespräch

im Dischendorfer Ratteiler

22.15 Entschieden - Verschieden - Verwunden

22.30 Auf den Spuren von Gaudin Cross

22.45 Letzte Nachrichten

NORD

19.15 Der Tee

20.00 Tagesschau

20.15 Ökonomiegespräch

im Dischendorfer Ratteiler

22.15 Entschieden - Verschieden - Verwunden

22.30 Auf den Spuren von Gaudin Cross

22.45 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

18.30 Telekolleg I

Tragöden unter sich

LSM - Zwischen Frankfurt und Köln ist der Krieg ausgebrochen. Nein, der Römberg ist noch nicht von feindlichen Truppen besetzt. Und der Dom ist auch eher von Abgasen bedroht als von Mörsergeschossen. Es ist eher ein Guerilla-Krieg mit Heckenschützen und Hinterhält. Dramatisch ist er trotzdem, muß er auch sein. Denn es geht schließlich ums Theater.

Vor Tagen hatten die Kölner eine bittere Niederlage zu beklagen. Ihr Glaube, einen Nachfolger für den scheidenden Schauspielereckdirektor Jürgen Fimm gefunden zu haben, zerplatzte wie ein bunter Luftballon. Eine Indiskretion verhinderte es, daß der „DDR“-Regisseur Thomas Langhoff von den Behörden seines Landes die Freigabe für Köln erhielt. Die Indiskretion soll aus Frankfurt gekommen sein. Dort nämlich war man an Langhoff ebenfalls interessiert. Und an Claus Peymann.

Nun scheint es, daß die Frankfurter den Kölner unterlegen sind. Diese haben nämlich den Heidelberger Intendanten Peter Stoltenberg und den Frankfurter Oberspielleiter David Mouchtar-Samoral an der Angel. Stoltenberg haben die Frankfurter, hört man, auch auf ihrer Wunschliste. Und Mouchtar-Samoral läßt wohl kein Theater gern ziehen.

Woran man sieht, daß es in Deutschland gar nicht so leicht ist, einen fähigen und dazu noch einigermaßen attraktiven, nämlich renommierten Theaterchef zu finden. Führungspersönlichkeiten sind gesucht. Es gibt viele Stellen und wenig Talente. Und die Abneigung begabter Regisseure, sich einen Bürokratieticket ans Bein zu binden, in dem man mit dem Tarifvertrag in der Hand Regie führen muß, wächst. Hans Hollmann hat resigniert. Rudolf Noeke zuckt immer wieder zurück. Peter Zadek hat auch keine Lust mehr. Und Boy Gobert ist in Berlin erst gerade an seinem Riesenapparat gescheitert.

So kämpfen die Städte mit Haken und Ösen auch schon um die zweite Klasse. Wäre es da nicht an der Zeit, einmal nach der Perspektive der gegenwärtigen deutschen Theaterstruktur zu fragen? Und danach, wie man selbst geeigneten Führungsnachwuchs heranbildet und fördert? Vielleicht ist die Kriegs-Komödie zwischen Frankfurt und Köln gar schon ein tragisches Symptom...

Der erste Samisdat der „DDR“: Eine Untergrund-Edition aus Dresden

Falke überm Schreckenstein

Samisdat nennt man mittlerweile im gesamten Ostblock die im Selbstverlag, also illegal, hergestellten Bücher und Broschüren. Ich habe das erste Samisdat-Büchlein aus der DDR, nämlich aus Dresden, in den Händen. Es heißt schlicht „Gedichte“ und ist eins von den 31 bis 50 Exemplaren zweiter Auflage. Da ich aus der Dresdner Gegend stamme, zeige ich es stolz einem jungen Polen, der seit kurzem im Westen lebt. Er lacht mich aus. Er kann nicht verstehen, wieso die Mitteldeutschen, die doch so enge verwandtschaftliche Beziehungen zu den Westdeutschen haben, keine „ordentlichen“ Bücher auf modernen, aus dem Westen eingeschmuggelten Druckmaschinen herstellen können. Bei ihnen, belehrt mich der Pole, stünden ungezählte Druckmaschinen in den Kellern, auf denen Tausende offiziell nicht genehmigter Bücher produziert würden.

Mein Lyrikbändchen hingegen ist mühsam auf der Druckerpresse des in Dresden bekannten Malers und Grafikers Eberhard Göschel hergestellt worden. Jeweils sechs Seiten sind von den drei Autoren wie Radierungen gestaltet und vervielfältigt worden. Auf der Titelseite, auf der kein Titel steht, sondern nur der Hinweis „Gedichte“, ist ein Originalfoto aufgedruckt worden, auf dem man im Hintergrund drei fünfstöckige Häuser mit sieben herabhängenden Fahnen, fünf parkende Autos und zehn Millionen mit einer müllimerleenden Person erkennt. Im Vordergrund stehen die drei Poeten, die deutlich zu ihrem Namen stehen: Theilmann, Anderson, Wüstefeld. Im Impressum erfährt der Leser auch, daß dieses Foto von Bernd Lorenz stammt.

Alle drei Autoren wurden nach Gründung der „DDR“ geboren, alle drei schreiben seit vielen Jahren, ohne bisher in ihrer Heimat die Chance einer größeren Veröffentlichung bekommen zu haben.

Laut Artikel 27 der „DDR“-Verfassung soll die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens gewährleistet sein, und jeder Bürger hat das Recht, „den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern“.

Wozu also Samisdat? Diese drei Autoren gehören zu jenen Millionen Bürgern dieses Staates, die ihre Meinungen dort nicht frei äußern dürfen, da sie die Grundsätze dieser Verfassung nicht akzeptieren können. Zum Beispiel weiß ich von dem Autor Bernhard Theilmann, daß

er sich als Christ versteht und sich als solcher auch in der Dresdner „Friedensbewegung“ engagiert. Wieso soll er sich, wie es in der Verfassung verlangt wird, der atheistischen „Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ unterstellen? Wieso soll er anerkennen, daß seine Heimat für immer und unwiderruflich mit der Sowjetunion verbunden sein muß? Wieso soll er „unbeirrt auch weiter den Weg des Sozialismus und Kommunismus“ gehen?

Für Menschen, die solche Faltungsgrundsätze in Frage stellen, gibt es in diesem Regime keine Chance. Wer nicht der Trunksucht verfällt, nicht durch Herzinfarkt weggerafft wird oder selbst Hand an sich legt (dann auch auf diesen Gebieten kommt man dort dem Weltrekord sehr nahe), der versucht sich in den Grauzonen am Rande der Legalität einzurichten.

Angesichts einer kleinen Anzahl von privilegierten, wirkungsvoll in Szene gesetzten Künstlern, Schriftstellern und Wissenschaftlern, die als Ausbangeschilder fungieren und im Rahmen dieser Möglichkeiten sogar begabt, intelligent, mutig und vielleicht auch ehrlich sind, wollen es die oberflächlichen Beobachter aus dem Westen oft nicht glauben, daß es da drüben so schlimm sein soll, wie die meisten Dissidenten behaupten. Regelmäßig beliebt ist es hierzulande, die leichte oder verschleierte, die zweideutige oder kostümierte, jedoch stets verharmlosende Literatur von „edelpositionellen“ Autoren wie Rolf Schneider, Ulrich Plenzdorf, Stephan Hermlin, Volker Braun, Ingrid Murgner oder Erwin Strittmatter für der Wahrheit letzten Schuß zu halten. In dieser Optik sind Männer wie die Dresdner Samisdatleute eine unwillkommene „Störung“.

Dabei leisten sie sich doch nur den „Luxus“, ihre Bedrohungsängste einer kleinen Schar von Freunden gebunden und signiert vorzulegen. Bei Theilmann heißt es in dem Büchlein: „... mitten in der Welt das Land / darin die Stadt / im Zentrum das Haus / dort bin ich / das Ziel“.

Der im Westen schon durch zwei Publikationen bekannt gewordene Untergrundpoet Sascha Anderson schreibt noch provozierender: „... es ist einfacher einen Nazi / zur Revolution zu ver- / führen als einen Skla- / ven zur Heimat / In der Marionette kreuzen sich die Fäden und führen die Gedanken / an unendliche Grenzpunkte des / Systems“.

Der dritte im Bunde, Andreas Wüstefeld, benennt die inneren und äußeren „Grenzpunkte des Systems“: „Ohne Güter eine Käfigseite des Landes / Keinen trifft dort ein Schuß / Hinaus fliegt der Falke / Überm Schreckenstein bei Auszug / Und wieder zurück / Auf den Handschuh des Falkners“.

Hier drückt sich das Dilemma der Jugendlichen aus, die sich einsperren empfinden, sich im Vollbesitz ihrer Kräfte als Falken fühlen und gnädig die Käfigseite in Richtung Südosten verlassen dürfen, wo alles noch schrecklicher ist, wie die Assoziationen an das Gemälde „Gewitter am Schreckenstein“ des sächsischen Malers Ludwig Richter in diesem Zusammenhang zulassen. Alle Demütigung drückt sich in dem Schlußvers aus, wo der stolze Falke aus der ehemals deutsch-böhmischen Stadt Auszug wieder zurück auf den „Handschuh des Falkners“ fliegen muß.

Das Interesse an der Rezeption solcher Reflexionen ist groß, die Verbreitungschance gering. Es sei denn, die westlichen Rundfunkanstalten vergessen nicht ganz, daß etwa 70 Prozent der „DDR“-Bewohner Abend für Abend den „Klassenfeind ins Wohnzimmer“ holen.

Es ist schwer zu sagen, was aus jenen noch nicht vereinnahmten Samisdat-Autoren einmal werden wird. Ob ihre berechnete Sehnsucht nach Kommunikation und Veröffentlichung einige zu einem ideologischen Kniefall verleiten wird? Noch fühlen sich die meisten dieser unbekannten Autoren, wie beispielsweise Paul Gratzik, Heide Härtel, Wolfgang Hilbig, Uwe Kolbe, Friedhelm Mäker, Monika Maron, Gert Neumann, Bert Papenfuß oder Lutz Rathenow genau wie Sascha Anderson, Bernhard Theilmann und Andreas Wüstefeld, ihrer trotzigen Ethik Reiner Kunzes verpflichtet, der auf seinen „sensiblen Wegen“ einst verkündete: „Ausgespart aus Büchern / ausgespart aus zeitung / ausgespart aus sälen / eingespart in dieses Land / das ich wieder und wieder wählen würde“.

Die damals vom Staat gegen Kunze eingeleiteten Maßnahmen, die bis zu geplanten Anschlägen auf sein Leben reichten, zwangen ihn 1977, seine Existenz „in diesem besseren Land“ (Titel einer wichtigen „DDR“-Gedichtsammlung) aufzugeben. Es dürfte also einigen dieser aufmüpfigen Autoren noch einiges bevorstehen.

SIEGMAR FAUST



Glücksdampf um der Dase: Die Geister der Entrüchtigen Harmonie (um 1925), aus der Kölner Ausstellung FOTO: KATALOG

Türgötter in Köln: „Neujahrsbilder aus China“

Kinder vom Einhorn

Gluck ohne Ende“ heißt eine Ausstellung im Kölner Museum für Ostasiatische Kunst, denn „Glück ohne Ende“ verheißt die chinesischen Neujahrsbilder, die dort gezeigt werden. Es handelt sich um 80 Blätter aus einer bislang der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Privatsammlung, die wahrscheinlich um 1931 (dieses Datum ergibt sich aus Kalendereinträgen auf drei Bildern) entstanden sind.

Die Neujahrsbilder sind einfache Holzschnitte, die meist in kräftigen Farben koloriert wurden. Sie zeigen die volkstümlichen Gottheiten, die einen Pantheon bewohnen, den Taoismus, Buddhismus und Volks-glauben ihren Teil beigetragen haben. Man verschenkt sie zu Neujahr – dem chinesischen Neujahr nach dem Mondkalender zwischen Ende Januar und Ende Februar – und kaufte sie für das häusliche Zeremoniell.

Die Ausstellung beginnt mit den Türgöttern, dem Dämonen vernichtenden Zhong Kui oder den legendären Torhütern Shenshu und Yuli, die rechts und links am Außentor angebracht wurden, um das Haus vor bösen Geistern zu schützen. Die zweite Gruppe umfaßt die glück- und reichtumspendenden Götter, freundliche Herren in würdiger Beamtentracht, oft von den „glückbringenden Knaben“ umgeben. Auch das „kinder-spendende Einhorn“ taucht hier auf und der „Geldschüttelbaum“. Denn Glück, Reichtum und Kinderseggen waren die drei Hauptwünsche zum

Jahreswechsel. Die buntgeheckte Truppe der Hausgötter, die Einflüsse des Volksaberglaubens und des Konfuzianismus vermischt, bildet die dritte Gruppe. Der „Herzog des Donners“ und die „Mutter der Blitze“, die Sternogottheit des persönlichen Schicksals und der „Drachenkönig“, die glückverheißenden Reichtumsgötter, der Herdgott mit seiner Gemahlin oder die Krankheitsgötter sind in dieser Versammlung zu finden.

Anders als die Tür- und Glücksgötter, die meist frei vor dem weißen Papierhintergrund stehen, sind die Hausgötter in einer Art Schrein, oft von Nebengöttern und Begleitpersonen umgeben, dargestellt. Und in der Abschlusgruppe mit Genesenden der Neujahrsbräuche, sind sogar Anklänge an die westliche Perspektivmalerei zu entdecken. Diese Holzschnitte lassen sich natürlich nicht mit den Meisterwerken chinesischer Graphik vergleichen. Da sie häufig am Ende des Neujahrsrituals verbrannt wurden, gab man sich bei der Herstellung nicht sonderlich viel Mühe. Nur bei den Türgöttern, die möglichst ein Jahr lang Schutz gewähren sollten, war das anders.

Die unbekümmerte Farbigkeit und die scheinbare Naivität dieser Bilder haben, gleichgültig, ob man die vielen Anspielungen durch Schriftzeichen und Symbole zu entschlüsseln vermag, auch für den westlichen Betrachter ihren Reiz. (Bis 29. April; Katalog 15 Mark) PETER DITTMAR

Franz Schrekers Oper „Das Spielwerk“ in Wien

Aus dem Fin de siècle

Zu behaupten, der Kampf um die Rehabilitierung des Opernschaffens von Franz Schreker sei nach einem runden Vierteljahrhundert in dem einen oder anderen Sinne entschieden, wäre gewagt: Die Schreker-Renaissance, die der bekannte Musikwissenschaftler M.V. Asow im Vorwort zu Gösta Neuwirths schmalen, noch recht unsicher tastenden Schreker-Büchlein von 1989 heraufdämmern sah, ist, zahlreichen Anläufen zum Trotz, ausgeblieben, versteht man darunter eine echte Wiedergewinnung der einstigen Sensationsfolge fürs Repertoire. Und wenn immer man, selten genug, einem seiner kraus-phantastischen Bühnenwerke begegnet, sitzt der Stachel unheilbarer Faszination tief genug, um eine vorschnelle Verdammung als verspäteten Fin-de-siècle-Schwulst zu verhindern, so nabelegend ein solches Urteil zuweilen auch liegen mag.

Nicht anders erging es einem auch diesmal, bei einer konzertanten Aufführung des Einakters „Das Spielwerk“ (in der revidierten Fassung von 1920) im Sendesaal des Wiener Funkhauses, veranstaltet vom Landestudio Wien zur 50. Wiederkehr von Schrekers Todestag. Kein Zweifel: Das selbstverfaßte Libretto in seiner heillosen Vermengung von mittelalterlichen Märchenmotiven, schwülster Erotik, Weltuntergangsstimmung und Erlösungsmystik muß heute in der Tat weitgehend ungenießbar erscheinen. Auf der anderen Seite: Ist diese Vision eines geheimnisvollen Spielwerks, das magische, zerstörerische wie heilsame Gewalt ausstößt, mitsamt den zum Schluß aufsteigenden Toten nicht ein genialer theatralischer Einfall? Ist nicht diese schändlichste, todesehnliche, schuldlos-schuldige Prinzessin, Heilige und Hure zugleich, ein fesselnder Charakter von schillernder Eigenart,

„modern“, weil rätselhafter als ihre psychologisch immerhin noch faßbaren Verwandten Kundry oder Salome?

Von ganz hoher, eigenständiger Bedeutung ist unbestreitbar die Musik in ihrer morbiden klanglichen Raffinesse, ihrer hochinteressanten, von Debussy wie Schönberg gleich weit abstand haltenden Harmonik, ihrer verstellten Rhythmik. Ganz verfehlt wäre der Vorwurf des Eklektizismus: Daß Schreker Gustav Mahler zur Kenntnis genommen hat, ist keine Schande; wie weitgehend er sich bereits in seiner zweiten, 1913 entstandenen Oper vom erdrückenden Schatten Richard Wagners freizumachen vermochte, gereicht ihm durchaus zur Ehre.

Alle Ehre machte den Veranstaltern auch die Wiedergabe. Peter Gülke, als Anwalt Schrekers ebenso wortgewaltiger wie begeisterungsfähiger Interpret, brachte mit nur fünf Orchesterproben eine höchst eindrucksvolle Verwirklichung der komplizierten Partitur zustande, die, bei vereinzelter Präzisionsmängel, doch von Anfang bis Ende Stimmung, Spannung und instrumentale Leuchtkraft besaß. Ausgezeichnet die Wiener Symphoniker, hinreißend in puncto Intonationssicherheit, Wortdeutlichkeit und schlanker Kraft der von Erwin Ortner einstudierte Arnold-Schönberg-Chor.

In den Hauptrollen zwei Gäste: Jane Mengedot sang die Prinzessin intelligent und mit angenehmem timbrierten Sopran, dem es nur an den Höhepunkten ein wenig an Durchschlagskraft fehlte: Roelof Oostwoud war ihr tapferer Wanderbursche. Ohne Tadel die Wiener Kräfte, der klare Mezzo von Gertrude Jahn, die Qualitätsstimmen der Baritone Hans Helm und Gottfried Hornik, der verlässliche Baß von Alfred Sramek.

GERHARD KRAMER

JOURNAL

Furtwänglers letzte Sinfonie komplett

SAD, London
Wilhelm Furtwänglers Sinfonie Nr. 3 in cis-Moll, die der Dirigent in seinem Todesjahr 1954 vollendet hatte, erlebte jetzt ihre erste Aufführung in vollständiger Fassung. Unter der Stabführung von Brian Wright wurde sie in einem Rundfunkkonzert des BBC-Sinfonieorchesters aufgeführt. In der gleichen Besetzung soll sie auch als Schallplatte herauskommen. Bei bisherigen Aufführungen der Sinfonie, erstmals durch die Berliner Philharmoniker, später unter Sawallisch und Maazel, war der letzte Satz des Werkes weggelassen worden.

Die meisten „Grammies“ für Michael Jackson

dpa, Los Angeles
Der 25jährige Sänger Michael Jackson ist in Los Angeles als Rekordgewinner der diesjährigen „Grammy“-Auszeichnungen hervorgegangen. Acht Preise bekam Jackson - mehr als irgendjemand zuvor in der 26 Jahre alten Geschichte der „Oscars der Musikindustrie“. Nach dem Brauch der 5000 wahlberechtigten Mitglieder der „Nationalen Akademie für Schallplattenkunst und -wissenschaft“ wurden auch diesmal nur kommerziell erfolgreiche Produkte preisgekrönt.

Für die Zusammenarbeit von Arabern und Juden

LBR, Jerusalem
Ein „Omar Oscar Marcus Fond für Verständigung und Frieden zwischen Arabern und Juden“ wurde vom Harry S. Truman Forschungsinstitut der Hebräischen Universität Jerusalem ins Leben gerufen. Benannt wurde er nach dem 1910 in Berlin geborenen Pressefotografen Oscar Marcus, der 1980 bei einem Autounfall in Mexiko ums Leben kam. Der Fond wird Forschungsprojekte und Studienprogramme der Universität zur arabisch-jüdischen Zusammenarbeit unterstützen.

Ungarn wollen deutsche Pädagogen fördern

rst, Komorn
Im Komitat Komorn (Nordwestungarn) sollen nach den Vorstellungen der Budapest Behörden mehr Jugendliche deutscher und slowakischer Volkszugehörigkeit die pädagogische Laufbahn wählen, damit der Unterricht in der Muttersprache an den Schulen verbessert werden kann. In den Dörfern des Komitats sind rund dreiviertel der Bevölkerung Deutsche oder Slowaken. Jedoch gibt es bisher nur 18 Kindergärten der Minderheiten, und etwa 3000 Schüler nehmen am Unterricht ihrer Muttersprache teil.

Kestner-Gesellschaft zeigt Bellmer und Inesonco

DW, Hannover
Gouachen des Schriftstellers Eugène Ionesco und Photographien aus der Puppenserie von Hans Bellmer zeigt die Kestner-Gesellschaft in Hannover bis zum 11. März. Der Katalog Ionesco kostet 25 Mark (im Buchhandel 33 Mark), der Katalog mit den Photos von Bellmer kostet 18 Mark (im Buchhandel 25 Mark).

MUSIK-KALENDER

- Freiburg, Theater, Ligeti: Le Grand Macabre (ML: Klok, R. Freeman)
- München, Theater am Gärtnerplatz, Loewe: My Fair Lady (ML: Falk, R. Everding)
- Frankfurt, TAT: Schönberg: Die glückliche Hand (R. Damminger)
- Dortmund, Stadttheater: Wagner: Tannhäuser (ML: Walat, R. Wand)
- Hamburg, Staatsoper: Wagner: Die Meistersinger von Nürnberg (ML: v. Dohnányi, R. u. A. Wernick)
- Frankfurt, Opernhaus: Tschalkowsky: Swanensee (Ch: Cranko, A. Rose)
- Darmstadt, Staatstheater: Zimmermann: Leins Mühle (ML: Drezwan, R. Horres)
- Wiesbaden, Staatstheater: Britten: Ein Sommernachtstraum (ML: Fritgen, R. Kreyssig)
- Oberhausen, Stadttheater: Weill: Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny
- Köln, Sendesaal, Steve Reich: The desert music (U)
- München, Theater im Marstall: Neikrug: Through Roses (ML: Nicola, R. Baumgardt)
- Köln, Opernhaus: Bizet: Carmen (ML: Pritchard, R. u. B. Ponnelle)
- Berlin, Deutsche Oper: Bibalo: Frühlein Julie (ML: Richter, R. Franz)
- Zürich, Fraumünster: Monteverdi: Marienvesper (ML: Harmoncourt)
- Wien, Staatsoper, Verdi: Simone Boccanegra (ML: Abbado)
- Stuttgart, Staatstheater, Glass: Echnathon (ML: Davies, R. Frey)
- München, Nationaltheater, Cilea: Adriana Lecouvreur (ML: Palanè, R. Copley)
- Duisburg, Deutsche Oper am Rhein: Tschalkowsky: Eugen Onegin (ML: Laver, R. Herfisch)
- Mannheim, Nationaltheater: Gluck: Orpheus und Eurydike
- Bremen, Theater am Goetheplatz, Purcell: Dido und Aeneas (ML: Erckens, R. Hoffmann)

„Rigoletto“ in Aachen und „Falstaff“ in Koblenz

Die singenden Mafiosi

Zum erstenmal hat Vaclav Kaslik, der avantgardistische Tscheche, Verdis „Rigoletto“ 1946 in Prag inszeniert - als Mafia-Drama in einer amerikanischen Großstadt. Das muß damals eine ungeheure Sensation gewesen sein, heftig die Diskussionen bewegend, wie man denn die Oper „retten“ könne für die neue, aufgeklärte Zeit. An die 40 Jahre später inszenierte Kaslik am Stadttheater Aachen nun abermals den „Rigoletto“ nach seinem alten Konzept. Das Publikum geht lachend zur Tagesordnung über, auf der Verdi, seine Musik und der Gesang stehen. Skandal findet nicht statt. So ist das eben mit dem kühnen Unsinns von gestern: Er bleibt unsinnig, aber nicht lange kühn.

Eins allerdings muß man Kaslik lassen. Bei seiner Übertragung ins moderne Milieu kommt es kaum zu dramaturgischen Ungenauigkeiten. Denn im Unterschied zu einigen Werkverdrehern der jüngeren Generation nimmt Kaslik das Drama und seine Figuren noch ganz ernst. Er will nichts desavouieren, er spart sich die überheblichen szenischen Kommentare. Die Charakterbilder werden nicht angetastet: ein gewissenloser Verführer, ein verbitterter egoistischer Vater, eine zu streng behütete und in erster Liebe entbrannte Tochter. Die altbekannte Geschichte geht auch im neuen Gewand auf.

Nur ist das neue Gewand natürlich herzlich überflüssig. Es sagt ja bestenfalls das, was ohnehin jeder weiß: daß nämlich eine solche Begegnung von elementarer Menschlichkeit heute ebensogut passieren kann wie vor Jahrhunderten bei den Gonzagas in Mantua. Und wichtiger wäre es in unserer besinnungslosen Zeit wahrhaftig, die Leute darauf hinzuweisen, daß solche Horrorgeschichten aus dem Ressort „Vermischtes“ kein Indiz für die Schlechtigkeit unserer Tage sind, sondern jahrhundertlange Tradition haben.

Verstehe wer will, warum Aachen seinen Premierengästen Ann Marie Robertson als Gilda vorenthält, die ab nächster Saison in Zürich mit den Diven ihres Fachs wetteifern darf - auch als Gilda. Denn Elke Andiel war mit dieser Partie hörbar überfordert, wo hingegen Emil Gherman als Herzog und Erik Stamm als Rigoletto dafür standen, daß in der Provinz oft wirklich nicht schlechter gesungen wird als im grauen Overmarkt der Großstädte. REINHARD BEUTH

Mit den Jahren hat sich Graziella Sciutti ab und an auf die andere Seite geschlagen und das Rampenlicht an Figaros Seite mit dem Regie-

sessel im dunklen Zuschauerraum verkauft. In Glyndebourne, wo ja einmal ein Aufführungsmitschnitt die ganz junge Sciutti als herrlich flinke Susanne auf die Schallplatte bannte, hat sie inszeniert, aber auch in Chicago und New York und jetzt also Verdis „Falstaff“ in Koblenz.

Die Sciutti liebt an Verdis heiterem Alterswerk die bursche Seite. Für sie ist Shakespeares Ritter von der dicken Figur ein grober Schlauch, der es nur mit sich selbst gut meint. Wenn er die Tugend von Alice und Meg zu Fall bringt, hofft er, kommt er auch an die Börse ihrer Männer. So einfach ist die Welt für einen, dem außer seinem Adel aber auch gar nichts mehr geblieben ist. Ein plumper Schwadronneur: In Alice Fords Haus reißt er als erstes den hübschen Strauß aus der Vase und stellt seine vermutlich gerade beim Nachharn abgebrochene Sonnenblume hinein. Und den in die Themse geworfenen Sir John läßt die Sciutti wie einen begossenen Pudel zum Wirtshaus schlurven und über die Gemeinheit der Welt rasonieren. Da ist auch kein Rest von Würde mehr.

Bei ihr regieren die lustigen Weiber von Windsor. Was daran Commedia und Maskerade ist, wird ganz unbefangen ausgespielt. Riccardo Iorfato Bühnendirektionen könnte denn auch ein Theatrischer bequemer Weg fahren: praktikable, leichte Holzwanne, die nach Bedarf die Bühne symmetrisch teilen in Garten vor und Zimmer in Fords Haus und mit Damenquartett dort und Männerquartett hier, die Verdi dann so virtuos zum Nonett mischt. Aber nicht nur das wackelt (ist ja auch verteuft schwer zu singen), die ganze Ausstattung ist so pittoresk wie fadenscheinig. „Falstaff“, dem lockeren Stoff hübsch angemessen, nicht als Staatstheater, sondern im Stadttheater.

So sehr der „Falstaff“ mit der Titelrolle steht und fällt: Ivan Kopsulov sang sie ganz stattlich, so wichtig ist auch die Mrs. Quickly, die komische Kupplerin, doch für das berühmte „Reverenza“ fehlte Rita Noel alle satte Altflut. Vom Orchestergraben aus hielt James Lockhart auf Verdis Parlandostil. Neben Anne Maika Eskelsen, Hanneke Blok und Walter Wyatt fiel Thomas Schulze in der Partie des Fenton mit angenehmem lyrischem Tenor auf, der nur oben ein bißchen schwindeln mußte. Nirgendwo zu schwächeln brauchte die entzückende Colleen Besant als Nemeta. Die war ja auch einmal Graziella Sciuttis Rolle, wovon sie die junge Kollegin sicherlich profitieren ließ. DIETER SCHÜREN

Theaterbrief aus Mailand: Kafka als Prometheus

Alptraum für alle Zeit

Wäre Strehlers kürzlich in Paris bejubelte Inszenierung von Shakespeares „Sturm“ nicht nach Mailand zurückgekehrt und gäbe es nicht hin und wieder einen Lichtblick im trüben langweiligen Bühnenalltag in Italien, man könnte die Lust am Theater verlieren. Zwar hat man sich etwas dabei gedacht, als ein finanzstarkes Privatunternehmen sich erstmals an einer Bühnenproduktion versuchen: Man wollte ein neues Publikum ins Theater locken. Darum wurde ein von der Vorstadtjugend heiß geliebter Variétékomiker für die Rolle des Sganarello in Molières „Don Juan“ und eine süditalienische Folkloregruppe, die als Lückenfüller zwischen den Akten aufzutreten hatte, engagiert. Aber beide paßten wenig in die Geschichte von Schuld und Sühne des großen Verführers. Natürlich wurde das Teatro Nazionale von ungewohnten Gästen gestört, die ihr Idol bejubelten, ansonsten aber wenig verstanden.

Zwei Aufführungen hingegen, wenn auch sehr verschiedenen Kalibers, setzten dem Mailänder Theaterleben ausgesprochen helles Licht auf. Voll schwebender Heiterkeit war Tizian Mantegazzas Inszenierung des „Stoffo von Ferrara“ von Raffaele Corvi, gespielt vom Teatro del Burattino. Stoff ist ein Stadtmench aus Ferrara, der Landeuten beim Dreschen auf der Tenne von seiner großartigen Stadt und von den Taten des „Rasenden Roland“ erzählt. Er ist aus Astolfo, die phantastische Gestalt aus Ariostos Poem, der auf seinem Füllgitter zu den wunderbarsten Abenteuer auftritt. Er wird es, als die Bauern nach einem unheimlichen wiederauflebenden Brauch der Pottiefebene beginnen, Szenen aus dem „Rasenden Roland“ aufzuführen.

Da werden ihre Dreschflegel zu Waffen, die Burschen und Mädchen zu Paladinen Karls des Großen und ihren Damen. Sie brauchen nur ein paar glitzernde Stoffketten - und fertig ist die Verwandlung. Zwischen ihnen agieren, wie von Magierhänden bewegt, die Puppen von Vella Mantegazza: Riesen und komische Ungeheuer, aber auch kleine Gliederpuppen, die von der Chirico oder Oskar Schlemmer entlehnt sind.

Aus dem Zusammenspiel von Bauernalltag und dem Reich Ariostischer Phantasie, von Naivität und Raffinesse, Puppen und Menschen, Feiernklängen der Barockmusik und modernen Rhythmen von Franco Battiato wurde eine wirklich bezaubernde Aufführung. Zumal die Zuschauer schon beim Eintreten mit Wein, Brot und

Salami in Stimmung versetzt wurden.

Ganz anderen Tiefgang hat das Erstlingswerk des 27jährigen Guido de Monticelli: „Josef K. verstorbenen Prometheus“, das der Gruppo della Rocca als Gastspiel ins Piccolo Teatro brachte. Der Autor spielt selbst zwei Rollen und führt Regie. Wie der Titel andeutet, wird Kafkas Antiheld Josef K. aus dem „Prozeß“ mit dem „gefesselten Prometheus“ des Aischylos in Beziehung gesetzt. Das scheint konstruiert, ist aber berechtigt, denn Kafka hat sich in vier Fragmenten mit dem Prometheus-Stoff beschäftigt. In ihnen läßt er den Titanen, der den Göttern das Feuer aus dem Olymp geraubt hat, vergessen, warum er für alle Ewigkeit von Zeus bestraft wird. An einen Felsen gefesselt, von einem Adler zerfleischt, ist ihm, wie Josef K., der Sinn seiner Tragödie verlorengegangen.

Die Handlung verläuft wie ein Traum in Paolo Bregnis beweglichem Bühnenbild, das sich aus dem düsteren Schloß in eine Folterstätte, dann in den Zirkus von Oklahoma und schließlich in den Gerichtssaal des Prozesses verwandelt. Es ist der Alptraum des Josef K., dem zwei groteske Henker die Leber aus dem Leib schneiden und der nun in seiner Agonie die Stationen seines Lebens, den verzweiferten Kampf gegen sein unbegriffenes Verhängnis vorüberzieht. Das sind Bilder von magischer Eindringkraft. Das ist echte Avantgarde und klassisches Worttheater in einem. MONIKA von ZITZEWITZ



Von der Folterstätte in den Zirkus: Szene aus Monticellis „Josef K.“ in Mailand FOTO: DE WEA

Am Brenner setzen sich 5000 Lkw in Bewegung

Fernfahrer-Streik nach Zusagen aus Rom beendet

PETER SCHMALZ, Brenner
Vor einer Woche wollte Hartmut Flader aus Borken mit 38 Tonnen Marmor und Schuhen von Italien nach Deutschland fahren. Seit dieser Zeit liegt seine Zugmaschine im Wert von 131 226 Mark und 52 Pfennig samt Ladung auf der verschneiten Pflaßhöhe fest. Empörte Fernfahrer hatten mit einer Menschenkette auch die Lastzüge aus Italien gestoppt, nachdem der Verkehr in Richtung Süden vom Bummelstreik italienischer Zöllner zum Stillstand gebracht worden war.

Gestern startete Flader erstmals seit Mittwoch vergangener Woche den 320-PS-Motor seiner Zugmaschine und rollt seitdem dem Bestimmungsort entgegen. Verdorben ist seine Ladung nicht, aber der Fahrer weiß, daß ein ungeduldiger Kunde auf das modische Schuhwerk wartet. Seit Montag sollte es bereits im Schaufenster liegen. Flader: „Das war unsere erste Fahrt für diesen Kunden. Ob der uns bleibt?“

Daß die Schuhe nun doch noch in dieser Woche in die Auslage kommen, ist einer Resolution zu verdanken, die gestern nacht in der Grenzpolizeistation Kiefersfelden von Fahrern, Fuhrunternehmern und Politikern unterzeichnet wurde und die den Weg freimacht für das Ende der Brummi-Blockade.

Noch am Dienstag schien die Situation explosiv. Wieder einmal hatte die italienische Regierung die von den Truckern geforderte schriftliche Zusage abgelehnt, die Zollabfertigung künftig nach der EG-Verordnung 222/71 zu vereinfachen, die auch von Italien unterzeichnet wurde und damit seit 1975 Gesetz ist. Auf der südlichen Brennerseite brannten die ersten Autoreifen, Fernfahrer blockierten kurzzeitig die Bahnlinie, italienische Polizei ging mit Tränengas und Schlagstöcken vor.

Frierende Fahrer

„Droht jetzt die blutige Schlacht am Brenner?“, fragte gestern eine Münchner Lokalzeitung besorgt. Doch als die Exemplare auf den Frühstückstischen lagen, war der Brummi-Krieg zumindest vorerst abgeblasen, und Karl Fischer als Verhandlungsführer der Fuhrunternehmer konnte erleichtert aufatmen: „Wir hoffen, daß wir damit die EG ein Stück weitergebracht haben.“

Der Einigung war eine Erkenntnis vorausgegangen: Die frierenden Fahrer werden zunehmend nervöser. Den Streikführern drohte die Situa-

tion aus den Händen zu gleiten. In der öffentlichen Meinung begann die anfängliche Zustimmung zu schmelzen, und der eigentliche Adressat des Protestes, die Regierung in Rom, weigerte sich zu verhandeln.

Telefonisch wurde für den Abend eine neue Krisensitzung einberufen, an deren Ende ein Legationssekretär aus dem Außenamt, zwei Staatssekretäre aus Bonn und München sowie ein Tiroler Landesrat eine Resolution unterzeichneten, in der den Fahrern und Transportunternehmern „besonnene und disziplinierte Aktionen“ und den Regierungen des Bundes, des Freistaats und Österreichs „aktive Verständigungsbereitschaft“ bescheinigt wurde.

Abbau der Hindernisse

Zugleich verpflichteten sich darin die Regierung in Bonn und München, mit der italienischen Regierung unverzüglich über einen alsbaldigen Abbau der Abfertigungshindernisse zu verhandeln. Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) will noch in den „nächsten Tagen“ in Gesprächen mit seinem italienischen Kollegen Claudio Signorile in Rom auf die „schnellstmögliche Umsetzung“ der Zusagen Italiens dringen.

Bereits gestern morgen wurde der deutsche Botschafter in Rom vorstellig, um einen schnellen Termin für eine deutsche Delegation zu vereinbaren, die mit Dollinger und Bayerns Wirtschaftsminister Jaumann an den Tiber reisen wird.

In dieser Nacht gewannen die Blockierer bei den Politikern mit einer einfachen Demonstration neue Sympathien: Sie zeigten ihnen all die Formulare, die beim Grenzübergang verlangt werden. Staatssekretär Neubauer: „Da kann man nur von einer Ohnmacht in die andere fallen.“

Nach Schätzung der Fuhrunternehmer waren an der einwöchigen Aktion rund 5000 Lastwagen beteiligt. Während die italienischen Zöllner mit verdoppeltem Personal am Brenner gestern stündlich bis zu 100 Fahrzeuge abfertigten, passierte in Kiefersfelden noch kein Lkw die deutsche Grenze nach Österreich. Nach der Vereinbarung wird erst Österreich geräumt. Ob Blockierer mit strafrechtlichen Folgen zu rechnen haben, ist noch unklar. Staatssekretär Neubauer zur WELT: „Wir müssen bei der Gesamtbeurteilung berücksichtigen, daß die Fahrer ein berechtigtes Ziel verfolgten und daß, als der Streik bei uns begann, die Abfertigung nach Österreich bereits eingestellt war.“



Haus-Männer

FOTO: DPA

Hamburgs Giftberg geht es ans Innerste

„Ideenwettbewerb“ zur Entschärfung von Georgswerder

GISELA SCHÜTTE, Hamburg
Die Vorarbeiten für die Sanierung des Müllberges von Georgswerder auf der Hamburger Elbinsel Wilhelmsburg gehen in die letzte Phase. Ein Expertentreffen von Wissenschaftlern und Sanierungsfachleuten aus ganz Deutschland und den Niederlanden brachte entscheidende Hinweise, wie die Hamburger ihren Giftberg „entschärfen“ können: Die Deponie erstreckt sich über 12 Hektar und wuchs seit den sechziger Jahren auf fünfzig Meter in die Höhe. 14 Millionen Kubikmeter Müll, inzwischen auf das halbe Volumen zusammengepresst, wurden hier abgeladen.

Die Gefahr lauert in Form von 150 000 Kubikmeter flüssiger Chemikalien und Öle und mindestens 50 000 Fässern, die hier zwar geordnet, aber mit unbekanntem Inhalt, abgeladen wurden. Symbole für die Gefahr sind das Dioxin, das in Öl gebunden seitlich aus der Deponie sickert, und 150 Fässer Parathion (E 805), die niemand weiß wo, in dem Berg verschwanden.

„Die Denkschrift haben wir jetzt fertig“, sagt Baudirektor Klaus Wolf, der mit einem sechsköpfigen Team die Sanierung der Deponie vorbereiten soll. Voraussichtlich Ende Juni werden die letzten Untersuchungen abgeschlossen sein. Danach soll eine Art Ideenwettbewerb das Konzept für schrittweise Beseitigung des Giftes liefern. Bei der Baubehörde türmen sich inzwischen die Vorschläge von Firmen, die an dem lukrativen Auftrag teilhaben möchten.

Einig war sich die Hamburger Sachverständigenrunde darüber, daß man den Müllberg zuallererst nach außen abräumen muß. Das bedeutet, daß Spundwände bis auf die etwa 40 Meter tief liegende, wasserundurchlässige Bodenschicht hinuntergelassen werden müssen.

Vorsichtige Sondierungen

Dabei hoffen die Behörden, daß nicht eiszeitliche Verschiebungen diesen natürlichen Schutz des tiefen Grundwassers durchlöchert haben, und daß der Holländer Erik Mischogsky vom Delfter Institut für Bodenmechanik unrecht hat, nach dessen Überzeugung der schwere Berg die schützenden Schichten längst zusammengedrückt hat und so das Grundwasser gefährdet ist.

Bohrungen rings um den Berg und vorsichtige Sondierungen durch die Deponie hindurch sollen bis zum Sommer die Zuverlässigkeit des Untergrundes bestimmen. Nach der seitlichen Sicherung soll die Deponie

nach oben durch eine Schicht aus Tonverbindungen abgedichtet werden. Dadurch legt man die Deponie trocken. Wenn der Regen nämlich nicht mehr in den Berg eindringt, können die giftigen Substanzen nicht mehr so stark ausgewaschen werden.

Über Art und Zusammensetzung der einfallenden Spundwände und über die Qualität der Abdeckschichten streiten sich die Experten noch. Das „Rezept“ muß wohl der Ideenwettbewerb liefern. Für das Vorgehen danach aber hatte vor allem der Holländer Mischogsky schon einleuchtende Vorschläge parat: Nach seiner Meinung haben sich auf dem Stauwasser in der Deponie Güte Substanzen als sogenannte Treibschicht gesammelt. Der Beweis dafür ist laut Mischogsky die Ölphase mit dem Dioxin, die in den Ringgraben des Berges kleeckert. Möglicherweise gibt es auch am Boden des Berges eine solche Treibschicht mit den Substanzen, die schwerer sind als Wasser. „Wenn man diese Schwimmschichten abpumpt“, sagt der Holländer, „hat man die Gefahr der Umweltverunreinigung bereits unter Kontrolle gebracht.“

Pfusch wäre verhängnisvoll

Sanierungschef Wolf findet dieses Modell einleuchtend. Ein Problem bei diesen Entgiftungsmaßnahmen allerdings ist die Frage, wie man die großen Mengen versauerter Flüssigkeiten unschädlich macht. Denn die Gesprächsrunde der Experten in Hamburg kam auch zu dem Schluß, daß selbst das Sickerwasser aus der Deponie nicht länger in die Kanalisation geleitet werden kann, sondern verdampft und verbrannt werden muß. In Teilen, meint Klaus Wolf, muß man sicher auch daran denken, das Gift auf der Deponie auszuwaschen – der Umfang macht eine solche „Radikalkur“ für die gesamte Kippe unmöglich.

Ob die Sanierung insgesamt von einem Unternehmen und in einem Zug oder von einem Firmen-Verbund und in Einzelschritten vergeben wird, hängt auch von den letzten Untersuchungen ab. Sicher könne man nur Unternehmen verpflichten, sagt Wolf, die auch längerfristige Garantien geben können, denn Pfusch wäre hier verhängnisvoll. Unterdessen sollen sich erste Interessenverbände in Sachen Georgswerder zusammenschließen haben; und es gibt Vorschläge, direkt neben dem Berg eine geeignete Verbrennungsanlage zu bauen, die an Ort und Stelle dem Gift den Garaus macht.

18 Opfer bei Flugzeugabsturz über Spanien

DW, Madrid/New York

Beim Absturz eines Transportflugzeuges der US-Luftwaffe über Nordspanien sind in der Nacht zu gestern alle 18 Insassen ums Leben gekommen. Suchmannschaften entdeckten die ausgebrannten Trümmer der Maschine vom Typ C-130 „Hercules“ gestern früh in den Moncayo-Bergen rund 60 Kilometer nördlich der Stadt Saragossa. Zur Zeit des Unglücks herrschte dichtes Schneetreiben. Der Funkkontakt zu der Maschine war nach Ankündigung einer Notlandung am Dienstag gegen 22.00 Uhr abgebrochen. Möglicherweise hat sich der ortsunkundige Pilot verlor, bis das Flugzeug infolge Treibstoffmangels abstürzte.

Glück hatten dagegen die 177 Insassen des Großraumflugzeuges vom Typ DC-10 der skandinavischen Fluggesellschaft SAS, das Dienstagabend in New York eine Bruchlandung machte. Die aus Oslo kommende Maschine schoß bei der Landung auf dem Kennedy-Flughafen über die Rollbahn hinaus und rutschte in die Jamaica-Bucht. Acht Passagiere erlitten leichte Verletzungen. Experten äußerten inzwischen die Vermutung, daß das Unglück auf Aquaplaning bei der Landung auf der nassen Piste auslieferte wurde.

1,3 Millionen Verkehrstote

AFP, Lissabon
1,3 Millionen Menschen sind binnen zehn Jahren auf europäischen und amerikanischen Straßen gestorben. Dies geht aus einer gestern in Lissabon veröffentlichten Statistik Schweizer Versicherungen hervor, die sich auf die Jahre 1970 bis 1980 bezieht. Bei den Opfern handelt es sich um 650 000 Autofahrer, 400 000 Zweiradfahrer und 250 000 Fußgänger. Wesentliche Unfallursachen sind Alkohol, überhöhte Geschwindigkeit und Mangel an Erfahrung.

Vierte Kältewelle

AP, New York
Zum vierten Mal in diesem Winter überzieht eine Kältewelle mit extremen Winterwetter Teile der USA und Kanadas. Der mittlere Westen und die Staaten an der kanadisch-amerikanischen Grenze versanken unter einem Meter Neuschnee. 22 Menschen starben an den Folgen des Wetters.

Löwe tötete Tierpfleger

dpa, Tüdingen
Ein Löwe hat gestern in einem Safari-Park im nordrhein-westfälischen Tüdingen bei Geilenkirchen einen 18-jährigen Tierpfleger getötet. Vergeblich hatten drei Mitarbeiter des Parks versucht, ihren Kollegen aus den Fängen des Raubtiers zu retten.

Video erobert Moskau

dpa, Moskau
In der Sowjetunion sollen noch in diesem Jahr Video-Recorder produziert werden, die bis zu drei Stunden lang aufzeichnen können. Das berichtete gestern die Gewerkschaftszeitung „Trud“. In Moskau sind viele Bürger bereits der Video-Faszination erlegen. Wer sich einen Recorder westlicher Produktion zugelegt hat, kann für „Privat-Vorführungen“ Eintrittspreise bis zu zehn Rubeln (33 Mark) verlangen.

Entführung aufgeklärt

AP, Amsterdam
Die beiden letzten Verdächtigen im Fall des im November entführten niederländischen Bierkönigs Alfred Heineken sind gestern in Paris gefaßt worden. Niederländische Beamte verhafteten die 25 und 28 Jahre alten Männer aus Amsterdam in Zusammenarbeit mit der französischen Polizei. Heineken und sein Fahrer Al Doderer waren nach dreiwöchiger Haft unverletzt befreit worden.

ZU GUTER LETZT

Teure Fernreisen sind nicht mehr gefragt, weil oft recht teuer, meldet die „Bild am Sonntag“.

LEUTE HEUTE

Erster Auftritt

Nicolas Charrier, Sohn von Brigitte Bardot und ihrem zweiten Ehemann Jacques Charrier, will Fernseh-Star werden. Der 24-jährige hat jetzt seine erste Schallplatte aufgenommen. Wenn er ankommt, will er sein Studium aufgeben. Der Filius machte mit 18 Jahren sein Abitur und studiert seither an der Sorbonne.

Strahlende Liz

Sie sprach vom „vielleicht längsten Verlobnis der Welt“, als sie gefragt wurde, wann sie denn nun ihren mexikanischen Millionär-Anwalt Victor Luna heiraten werde. Liz Taylor zeigte ein strahlendes Lächeln, als sie weiter antwortete: „Keine Pläne, erst einmal. Wir sind so glücklich zusammen, wollen das auch bleiben.“ Der Star, der in der ABC-Morgensendung „Good Morning America“ interviewt wurde, sah wieder blendend aus – nach langer Krankheit und Kur. „Ich war zu abhängig geworden“, beschrieb die Taylor ihren Zustand, „von Medikamenten und Alkohol.“ Arbeitspläne habe sie keine. „Ich will mein Leben leben – endlich.“

Wird am Duisburger Zoo mit Gewalt ein Exempel statuiert?

EBERHARD NITSCHKE, Duisburg

Mit der Einfuhr von sechs Jacobita-Delphinen aus Südchile, von denen drei auch noch kurz nach der Ankunft in Deutschland starben, hat der Duisburger Zoodirektor Wolfgang Gewalt eine Lawine losgetreten. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bezeichnet die Einfuhr als „illegal“. Seither fordern Amtstellen und Tierschützer dazu auf, ein Exempel zu statuieren. Das könnte ein Bußgeld in Höhe von 100 000 Mark bedeuten, im äußersten Falle aber sogar, daß die schwarz-weiß gezeichneten Delphine wieder zurück ins Meer gebracht werden müßten.

Daß das Bonner Ministerium jetzt ein Verfahren gegen den Duisburger Zoo eingeleitet hat, beruht auf dem Washingtoner Artenschutz-Abkommen, dem auch die Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist. Genigte bis zum 31. Dezember 1983 beim Import seltener Tiere eine Ausfuhrerlaubnis des Herkunftslandes, so muß seit dem 1. Januar dieses Jahres auch die Einfuhr vom Bestimmungsland genehmigt sein. Das ist im Fall

der sechs rund 1,50 Meter langen Duisburger Jacobitas nicht geschehen.

Der Zoodirektor ist deswegen besonders in die Klemme geraten, weil sein Fall eben der erste seit dem Stichtag ist – und weil zufällig auch gerade bundesweit eine erregte Diskussion um ein neues Tierschutzgesetz im Gang ist.

Nun hat Gewalt, Vizepräsident des Verbandes deutscher Zoodirektoren und Gründungspräsident der „European Association for Aquatic Mammals“ für sein berühmtes Duisburger „Delphinarium“ und „Walarium“ schon immer auf abenteuerlichen Expeditionen Tiere selbst besorgt – nicht immer ohne Probleme. Schon früher gingen einmal neun von elf Jacobitas ein, die nach Gewalt „ihre Macken haben und empfindlich sind“.

Besucherrekorde

Diesmal hatte der promovierte Tierexperte, der seinen Zoo auf Besucherrekorde von mehr als einer Million Menschen pro Jahr getrimmt hat, freilich zweimal Pech. Einmal hat sich der Papierkrieg zur Einfuhr

so hingezogen, daß er von der zuständigen Behörde überhaupt erst am 2. Februar die richtigen Formulare erhalten hat. Zum anderen stand die Expedition zur Magellan-Straße und die Jahreswende unter einem schlechten Stern. Für den Transport der Jacobitas (Cephalorhynchus commersoni) hatte die chilenische Armee ein Flugzeug stellen wollen. Das kam aber nie in Feuerland an. Gewalt packte seine Jacobitas daraufhin in ein zufälliges Gefährt kommendes Inlands-Frachtflugzeug und beförderte sie zusammen mit einer Herde Schafe nach Santiago.

Von dort war der Weitertransport erst einen Tag später möglich. Mit Hilfe der deutschen Botschaft mietete Gewalt einen Swimmingpool am Stadtrand, ließ seine kostbare Fracht dahin transportieren, und mußte zu sehen, wie allzu wohlmeinende Doñas und Niños – Frauen und Kinder – aus der Gegend seine Jacobitas mit dem fütterten, was sie für richtig hielten. Daß drei von den sechs später eingingen, mag sogar daran gelegen haben.

Während der Zoodirektor nun der

Ansicht ist, daß er eigentlich eine Rettungsaktion vollbracht, weil allein bei der internationalen Taunfischerei jährlich 240 000 Delphine als „unmützer Beifang“ vernichtet würden, und allein in der Magellan-Straße Südchile mehr als 2000 Jacobitas pro Jahr als „Köderfleisch“ harpuniert würden, kreierte ihm das Bonner Landwirtschaftsministerium das Ganze als Gesetzesbruch an.

Tiere beschlagnahmt

Am 23. Februar erschien ein Zollfahnder bei Gewalt und „beschlagnahmte“ die überlebenden Tiere. Das bedeutet erst einmal gar nichts, denn in ganz Deutschland gibt es überhaupt nur ein Wasserbecken, wo sie im richtigen Kunst-Salzwasser bei gleichbleibender Temperatur von sechs Grad leben können: im Duisburger Zoo. Die beschlagnahmten Tiere dürfen aber zur Zeit nicht ausgestellt werden.

Die Geschichte eskalierte, als der Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Klaus Matthiesen (SPD), das Duisburger Zoo-Stück einen „Skandal“ nannte und ihm dar-

aufhin von der Gegenseite der Vorwurf gemacht wurde, er versuche im Hinblick auf den kommenden NRW-Wahlkampf mit „Tierschutz“ auf Stimmung zu gehen. Gewalt in der Zeit noch unbeantworteten Briefen an den Minister: „Delphindramen spielen sich nicht in wissenschaftlich geleiteten zoologischen Gärten, sondern in verübten, überfüllten, unbeaufsichtigten Meeresbecken ab... Der Zoologische Garten Duisburg ist eine öffentliche Kultur- und Bildungseinrichtung für inzwischen über 30 Millionen Bürger.“

Um zu sehen, ob er das ist, hat das Frankfurter Bundesamt jetzt als Gutachter die Hamburger Meeres-Biologin Petra Delmer mit einer Prüfung der „artgerechten Haltung“ und der „Einhaltung der Tierschutzgesetze“ in Duisburg beauftragt. Fällt das Gutachten negativ aus, kommt das Bundesamt also zu der Überzeugung, daß die Delphine „hauptsächlich zu kommerziellen Zwecken“ importiert wurden, könnte in diesem Fall tatsächlich die Rückreise der Kaltzootiere in die Magellan-Straße angeordnet werden.

WETTER: Weiterhin bewölkt

Wetterlage: Während der Norden von einem Ausläufer des Nordmeertiefs gestreift wird, verbleibt der Süden in einer schmalen Hochdruckrinne zwischen dem atlantischen und dem russischen Hoch.



Vorhersage für Donnerstag: Gesamtes Bundesgebiet und Rann-Berlin: Überwiegend stark bewölkt oder neblig-trüb mit gelegentlichen Auflockerungen oder Aufhellungen in der Mitte Deutschlands. Im Küstengebiet zeitweise leichter Sprühregen, sonst weitgehend niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen zwischen 2 und 7 Grad, nachts im Norden um 2 Grad, im Süden leichter bis mäßiger Frost.

Weitere Ansichten: Bei aufströmendem Wind bis zum Main aufkommende Niederschläge, sonst zunächst noch wenig Änderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:		
Berlin	5°	Kairo 20°
Bonn	5°	Kopenhagen 1°
Dresden	2°	Las Palmas 19°
Essen	6°	London 4°
Frankfurt	4°	Madrid 4°
Hamburg	6°	Mailand 8°
List/Sylt	6°	Mailorca 11°
München	1°	Moskau -6°
Stuttgart	2°	Nizza 11°
Algier	12°	Oslo 3°
Amsterdam	-1°	Paris 3°
Athen	16°	Prag 3°
Barcelona	8°	Rom 15°
Brüssel	4°	Stockholm 2°
Budapest	6°	Tel Aviv 20°
Bukarest	1°	Tunis 17°
Helsinki	-4°	Wien 4°
Istanbul	6°	Zürich 0°

„Sonnenlaufgang am Freitag: 7.05 Uhr, Untergang: 18.05 Uhr. Mondaufgang: 7.33 Uhr, Untergang: 17.37 Uhr.“
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Tankwart erkannte den Todesschützen

Der Mann, der seine Frau an der Haltestelle erschoss, wurde nach 28 Stunden gefaßt

H. H. KANNENBERG, Weiburg

28 Stunden lang waren ihm Autobahnstreifen und Polizeihubschrauber auf den Fersen – vergebens. Erst die Aufmerksamkeit eines Tankwarts in Weiburg/Lahn beendete gestern gegen 13.00 Uhr die Flucht des Luftkassenschießers Roger Müller (25) aus Eschbach bei Usingen/Taunus. Der Tankwart hatte Müller nach Zeitungsfotos wiedererkannt und verständigte die Polizei, die den jungen Mann kurz danach im Schlossgarten von Weiburg festnahm. Die Flucht des Mannes, der am Dienstag um 8.20 Uhr an einer Omnibus-Haltestelle in Petterweil bei Friedberg/Hessen aus einem dunkelblauen Opel Rekord mit einem Revolver auf eine Gruppe von etwa 30 wartenden Omnibus-Fahrgästen gefeuert hatte, war zu Ende.

Tödlich getroffen brach eine junge Frau zusammen. Ein 18-jähriges Lehrlingsmädchen und ein 18-jähriger Mann wurden schwer verletzt. Die Anfangsversion der Polizei, ein „Amokschütze“ habe auf Unbeteiligte geschossen, war schon nach einer Stunde zusammengebrochen. Als man über das Autokennzeichen die Identität

des Opfers ausfindig gemacht hatte, war klar: Roger Müller hatte an der Haltestelle seine Ehefrau Ilona Elisabeth Müller (26) erschossen, mit der er seit sechs Monaten in Scheidung lebte. Müller war am Dienstag zuletzt gesehen worden, als er kurz nach dem Feuerüberfall haarscharf einer Karambolage mit dem nahenden Bus auswich und davonbraute. Danach gab es von dem Täter nur noch vage Spuren. Während die Flughäfen für den Revolverhelden offen gemacht wurden, fuhr dieser offenbar ziellos durch den Taunus.

Gestern mittag erkundigte sich Müller dann in Weiburg an einer Tankstelle nach dem nächsten Weg zur Autobahn. Dem Tankwart kam sein Gesicht irgendwie bekannt vor: „Den hast du doch schon in der Zeitung gesehen...“

Das gemeinsame Kind des Ehepaars, der fünfjährige Dennis wird bei seinen Großeltern – den Eltern der Mutter – in Petterweil bleiben. Gestern haben sie ihm erzählt, die Mama sei plötzlich gestorben. Daß das Kind schon am Morgen des Tattages gemerkt: Kurz nach dem Revolverüberfall an der Haltestelle wurde

Dennis aus dem Kindergarten geholt – von der Polizei. Das war zum Schutz des Jungen notwendig, weil Müller zuletzt mehrmals gedroht hatte: „Ich bringe meine Frau und das Kind um!“ Bekannte hielten solche Reden allerdings nur für „leere Drohungen eines Mannes, der die Scheidung nicht überwinden kann!“

Das letzte Kapitel der gescheiterten Ehe lief mit der Zwangsläufigkeit eines Uterus-Übertritts. Als Ehefrau Ilona Elisabeth Müller hatte sich mit ihrem Kind zu den Eltern geflüchtet. Sie fürchtete offenbar die Morddrohungen ihres Mannes. Am Dienstag ließ sie nämlich zum ersten Mal seit Monaten ihr Auto zu Hause, um mit dem Omnibus zur Arbeit zu fahren. „Unter den vielen Menschen im Bus wird er mir nichts tun“, fühlte sie sich sicher. Doch sie hatte die Rechnung ohne den tödlichen Haß ihres Mannes gemacht. Der hatte sich an seinem Arbeitsplatz krank gemeldet und sich mit dem Auto auf die Spur seiner Frau gemacht. Das Schicksal erreichte sie an der Haltestelle, im Schutz von 30 unbeteiligten, nichtsahnenden Menschen.

Die beiden Zufallsopfer befinden sich auf dem Weg zur Besserung.

Smalltalk und Redekunst

Wissenschaftler zur Rolle der deutschen Sprache

dpa, Bielefeld

Die vielfältige Rolle der deutschen Sprache stand ebenso auf dem Programm einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft (DGfS) in Bielefeld wie auch kindliche und erwachsene Sprachfehler, Redekunst, Smalltalk und Slang. „Ich Kindergarten gehen, dann der Rudi kommen, dann der Rudi draufhaut, dann der Rudi rausläuft.“ So spricht beispielsweise ein Sechsjähriger, dessen Sprachentwicklung stark verzögert ist und überdies auch noch lispelt. Die Sprachwissenschaftler nennen das „Dysgrammatismus“, was möglicherweise auf einen frühkindlichen Hirnschaden zurückzuführen ist. Um die Ursachenforschung, Früherkennung und die Entwicklung von heilpädagogischen Mitteln kümmern sich neben Behindertenlehrern mittlerweile auch Psychologen und Physiker. Um das Gegenteil von Sprachfehlern, um die Kunst der freien Rede, ging es aber auch: Da diskutierten Rhetorik-Experten um den Abbau von Sprechängsten, um die richtige Auswahl und Gliederung von Wichtigen und Unwichtigen und über Rhetorik-Programme von Unterneh-

men, Parteien und Gewerkschaften, die auf gute Redner nicht verzichten können. Linguistisch hochinteressant war zudem eine sogenannte Diskursanalyse über Regeln, die befolgt werden sollten, wenn ein Gespräch in geordneten Bahnen verläuft. Es ist schließlich ein großer Unterschied, sich vor Gericht rechtfertigen zu müssen oder auf einer Party „Smalltalk“ zu pflegen. Auch gibt es Unterschiede im Sprachgebrauch von Männern und Frauen. Die Weiblichkeit redet, so haben Linguistiker festgestellt, intensiver („Ich fand das wahnsinnig toll“) bedienen sich Frage-Anhängeln wie „Ist doch schön, nicht?“ Harte „Männer“-Schimpfwörter hört man aus weiblichem Mund dagegen seltener. „Substandardsprachen“ wie Slang oder Gauner-Idiome wurden in Bielefeld zwar eher am Bande behandelt, machten jedoch deutlich, daß die Bandbreite der deutschen Sprache kaum Grenzen kennt.